Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

TROTZ ALLEDEM!

Nr. 80 • Januar 2019 • 2,50 €

Fokus Afrika
Kontinent im Aufbruch?

Gilets Jaunes
Französisch kämfen

Deutsche Zustände
Rassismus & Faschisierung

Palästina – Israel
Neues und Nicht Neues

Inhalt

Schwerpunkt

Gemeinsame Erklärung
Vermächtnis von Rosa & Karl 3

International

Fokus Afrika – Serie – Teil 13
Afrika – Kontinent im Aufbruch? 11

Antirassismus & Antifaschismus

Deutsche Zustände
Widerstand organisieren! 25

Klassenkampf

Faschistische Netzwerke im Betrieb
AfD-Nazis drängen in Betriebsräte 35

Korrespondenz aus Frankreich
Was ist von der Bewegung der Gelben Westen zu halten? 44

Aktuell

Solidaritätserklärung
Verbot der „Roten Hilfe" verhindern! 52

Palästina – Israel
Neues und Nicht Neues 53
Thesen zur Palästina-Israelfrage 58

Leserbrief

200. Geburtstag von Karl Marx
Ausstellungs-Eindrücke aus Trier 60

Reportage

Linke Literaturmesse Nürnberg 62

Umwelt

Hambacher Forst:
Nehmt ihnen – eh sie verbrannt die Erde aus der Hand! 66

Kontaktadresse: Postfach 48,
73550 Waldstetten
trotzalledem1@gmx.de
http://trotzalledem.bplaced.net
V.i.S. d.P.: H. König, Kafkastr. 56, 50829 Köln
Jahresabo 15.- Euro inklusive Versand

Liebe TA-LeserInnen, GenossInnen und Mitkämpfer!

Ein ereignisreiches „Jubiläumsjahr" liegt hinter uns.
100 Jahre Novemberrevolution, 50 Jahre 1968 und 200 Jahre Geburtstag von Karl Marx.
Die Bourgeoisie hat mit ihrer Propagandamaschinerie alles Revolutionäre an diesen erinnerungswürdigen Daten einfach gestrichen. Ihre eigene Macht gefeiert.
Der wichtigste, proletarische, revolutionäre Aufstand in Deutschland wurde mit bürgerlichen Folkloreveranstaltungen abgewickelt: „Geburtsstunde unserer Demokratie". Die Bluthunde der Bourgeoisie, die Sozialdemokraten wurden als Helden, als Gründungsväter gefeiert. Sie haben die mögliche proletarische Demokratie im Blut erstickt. 1968, der Aufstand vor allem der Jugend für eine neue, aus dem Mief tausender Jahre befreite Welt endete wie bekannt im „Marsch durch die Institutionen".
Was fehlte, um die revolutionären Aufstände in wirklich erfolgreiche proletarische Revolutionen umwandeln zu können hatte die Oktoberrevolution 1917 in Russland gezeigt: Eine bolschewistische Partei. Das zeigen auch heutige Erhebungen der Massen, z.B. die „Gelbwesten-Bewegung" etc.
Alles und mehr in dieser Nummer. . .
Lernen wir aus den Erfahrungen – Die Toten mahnen uns!

Euer Redaktionskollektiv

Wofür stehen wir?

Wir sind KommunistInnen verschiedener Nationalitäten, die als Alternative zum imperialistischen BRD-System für die sozialistische Revolution in Deutschland arbeiten. 1996 erschien die erste Nummer unserer Zeitung *Trotz alledem!*. Für uns ist sie eine Waffe im Kampf für die Bolschewistische Partei in Deutschland. Trotz aller Abgesänge vom Ende des Kommunismus, von der‚nicht machbaren Utopie' halten wir daran fest: Der Sozialismus ist keine Utopie! Er ist die einzige Alternative zur imperialistischen Barbarei. Unser Fundament ist die Theorie des Marxismus-Leninismus. Sie ist die in den unerbittlichen Kämpfen der internationalen ArbeiterInnenbewegung gewonnene Erkenntnis, Verallgemeinerung und Anleitung zur revolutionären Praxis. Die heutige revolutionäre Praxis des Parteiaufbaus umfasst die Entwicklung der Theorie der Revolution in der BRD, die Herausbildung von standhaften KämpferInnen und die Schaffung einer organisatorischen Struktur. Sie ist untrennbar verbunden mit unserem täglichen Klassenkampf. In den Fabriken wird sich die Avantgarde des Proletariats herausbilden, wenn der wissenschaftliche Sozialismus mit der Kampfkraft der ArbeiterInnen sich zusammenfügt.

Redaktionskollektiv *Trotz alledem!*

100. Jahrestag – Ermordung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht

Vermächtnis von Rosa und Karl

Trotz alledem wird die proletarische Weltrevolution das imperialistische System zerschlagen!

Im Kommunismus wird sich die Menschheit befreien!

Am **15. Januar 1919** wurden Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg in Berlin im Auftrag des sozialdemokratischen Reichswehrministers Noske von Reichswehrsoldaten ermordet.

Die **Novemberrevolution 1918** wurde von der SPD-Ebert/Scheidemann-Regierung im Interesse der deutschen Bourgeoisie erstickt. In den blutigen **Januarkämpfen 1919** wurden die proletarisch-revolutionäre Arbeiterschaft und ihre FührerInnen blutig niedergeschlagen.

Nur zwei Wochen früher, am **30. Dezember 1918** war auf energisches Drängen der beiden GenossInnen Rosa und Karl die **Kommunistische Partei (KPD)** gegründet worden. Endlich und leider zu spät.

Die revolutionäre Erhebung in Deutschland sollte eine proletarische Führung erhalten. Eine kommunistische Kampfpartei aus dem Zusammenschluss der besten KämpferInnen des Proletariats, die sich von allen Sozialchauvinisten und Opportunisten klar getrennt hat. Nur sie konnte die revolutionäre Bewegung gegen den Krieg weiter zur Diktatur des Proletariats, zur unumschränkten politischen Macht der ArbeiterInnenklasse und **zum Sozialismus** führen.

Nur so hätte in Deutschland ein für alle Mal **Schluss mit den imperialistischen Kriegen** gemacht werden können. Aber die bürgerliche Konterrevolution unter Führung der SPD besiegte das kämpfende Proletariat. Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht – und die unter ihrer Leitung gegründete KPD – standen in offenem Gegensatz zur Politik der deutschen Sozialdemokratie, die sich im 1. Weltkrieg auf die Seite des deutschen Imperialismus geschlagen hatte. Sie verwarfen vehement deren illusionäre Bestrebungen, ohne Revolution auf dem Weg von Verhandlungen mit dem Kaiser den Krieg zu beenden und auf dem Weg von Reformen den Sozialismus zu erreichen.

Die **Oktoberrevolution 1917** unter Führung Lenins und der Bolschewiki beendete den Krieg in Russland und hatte ungeheure Auswirkungen auf die revolutionäre Bewegung weltweit und speziell auch in Deutschland.

Im **Mai 1915**, knapp ein Jahr nach Kriegsbeginn, stellte Karl Liebknecht in einem Flugblatt fest: *„Der **Hauptfeind des deutschen Volkes steht in Deutschland**: der deutsche Imperialismus, die deutsche Kriegspartei, die deutsche Geheimdiplomatie."* [1]

Kurz nach Beginn der Novemberrevolution 1918 formulierte Rosa Luxemburg das Ziel der revolutionären

1 Liebknecht, „Der Hauptfeind steht im eigenen Land!", Gesammelte Reden und Schriften, Bd. VIII, S. 225, Dietz Verlag 1972

ArbeiterInnenbewegung: *„Sozialismus heißt nicht, sich in ein Parlament zusammensetzen und Gesetze beschließen, Sozialismus bedeutet für uns* ***Niederwerfung der herrschenden Klassen*** *mit der ganzen Brutalität, die das Proletariat in seinem Kampfe zu entwickeln vermag."* [2]

Wer hat uns verraten? … Sozialdemokraten!

Die Ermordung von Rosa und Karl, den damals bewusstesten und entschlossensten VorkämpferInnen für den Sozialismus in Deutschland, verdeutlicht die konterrevolutionäre Rolle der Sozialdemokratie schon am Beginn des 20. Jahrhunderts.

In den darauf folgenden Jahrzehnten hat diese Partei der Arbeiteraristokratie, die auch heute noch vorgibt, die Interessen der breiten Massen zu vertreten, dutzendmal bewiesen, dass sie im Ernstfall immer auf der Seite des Monopolkapitals für dessen Repressionspolitik nach innen (Notstandsgesetze, Polizeigesetze!) und imperialistische Kriegspolitik (Afghanistan, Zerstörung Jugoslawiens!) steht.

Es ist maßgeblich der in den 1970er Jahren scheinbar so erfolgreichen und seit Ende des 20. Jahrhunderts im Niedergang befindlichen Sozialdemokratie zu verdanken, dass es den Herrschenden gelungen ist, die ArbeiterInnen- und Volksmassen in den 100 Jahren seit der Novemberrevolution 1918 ideologisch-politisch niederzuhalten und militärisch niederzuschlagen.

Nach der Ermordung der KPD-Vorsitzenden unterstützten die Sozialdemokraten in **Deutschland** direkt und indirekt die Niederschlagung der revolutionären und antifaschistischen Kämpfe in Hamburg, an Rhein und Ruhr und in Mitteldeutschland. Die SPD bereitete darüber hinaus mit ihrem militanten Antikommunismus (Berliner Blutmai 1929!) und Spaltung der ArbeiterInnenklasse dem Hitlerfaschismus den Weg.

In **Österreich** organisierten die Sozialdemokraten die Niederschlagung der Novemberrevolution und u.a. die Ermordung von sechs revolutionären Arbeitern beim Gründonnerstagsmassaker in Wien im April 1919.

Später war die SPÖ für das Polizei-Massaker am 15. Juli 1927 vor dem Justizpalast mit 90 Toten und hunderten Verletzten und nicht zuletzt für die schwere Niederlage der Februarkämpfe 1934 verantwortlich.

Gegenüber dieser **proimperialistischen bürgerlichen Politik der Sozialdemokratie** betonten Rosa und Karl schon 1918:

*„**Der Imperialismus ist bankrott mit seiner Wirtschaftspolitik, mit seiner Nationalitätenpolitik, mit seiner Kriegspolitik**. Er ist am Ende seines Lateins. Er kann noch Ruin, Elend und Anarchie verbreiten, den Tod organisieren. Er kann nicht mehr aufbauen, nicht mehr Leben organisieren, er kann die bürgerliche Gesellschaft nicht mehr aus der Anarchie und dem Bacchanal seines Todes auf normale Bahnen herausführen.*

Dies alles könnte der ***Sozialismus allein, die proletarische Revolution****, die mit einem mächtigen Ruck die herrschende Mörderbande zum Purzeln bringen und der gemarterten Menschheit den rettenden Ausweg zu einer* ***neuen Gesellschaftsordnung*** *zeigen würde."* [3]

Und Rosa prangerte an: *„Die unzertrennliche Verbindung des Imperialismus mit der kapitalistischen Entwicklung, deren legitimes Kind er ist … das ist, was wir die Arbeiterklasse begreifen lehren müssen.*

Und daraus muss sie die Konsequenz ziehen, dass man den Imperialismus, Krieg, Länderraub, Völkerschacher, Rechtsbruch, Gewaltpolitik nur bekämpfen kann, indem man den Kapitalismus bekämpft, indem man dem ***weltpolitischen Völkermord die soziale Revolution*** *entgegenstellt.*

Sucht man aber ***innerhalb*** *der imperialistischen Politik Abhilfe und Lösungsmittel für seine Konflikte und will man sich seinem Sturm und Drang widersetzen, indem man ihn einfach auf das bereits überwundene zurückzuschrauben versucht, so ist das nicht proletarische, sondern kleinbürgerlich hoffnungslose Politik.*

Diese Politik ist im Grunde nichts anderes als stets ***Verteidigung des Imperialismus von gestern gegen den Imperialismus von heute****."* [4]

Nur sozialistische Revolutionen werden imperialistische Kriege beenden!

Unser Gedenken an Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht ist untrennbar mit ihrem Kampf gegen Kolonialismus und imperialistische Kriege verbunden. Sie kämpften entschlossen gegen die Verbrechen des deutschen Imperialismus in den Kolonien, Halbkolonien und abhängigen Ländern.

Damals prangerten sie vor allem den deutschen Völkermord an den Völkern der Herero und Nama im heutigen Namibia (Südwestafrika), die Expansion des deutschen Imperialismus im Osmanischen Reich und

2 Luxemburg, „Verbandsgeneralversammlung der USPD von Groß-Berlin am 15.12.1918 – Schlußrede", Gesammelte Werke, Bd. 4, S. 459, Dietz Verlag 1970

3 „Spartakusbriefe", Spartakus Nr. 10, August 1918, S. 437, Dietz Verlag 1958

4 Luxemburg, „Kleinbürgerliche oder proletarische Weltpolitik", 19.08.1911, Bd. 3, S. 30

seine Beteiligung am Völkermord an der armenischen Nation an.
Sie sind uns damit ein unvergessenes Vorbild im Kampf gegen heutige imperialistische Aggressionen am Balkan, in West- und Mittelasien und Afrika.
In Fortsetzung der Politik von Rosa und Karl betonen wir unsere **internationalistische Verpflichtung** und Solidarität vor allem mit den vom **„eigenen" Imperialismus unterdrückten und ausgebeuteten Völkern**.
Sie waren entschlossene VorkämpferInnen gegen den imperialistischen Krieg. So stellte **Rosa Luxemburg** immer wieder auf Antikriegskundgebungen am Vorabend des 1. Weltkriegs die Fragen:
Welchen Grund hat denn ein deutscher Arbeiter einen französischen Arbeiter als Feind zu betrachten, der sich in derselben unterdrückten und ausgebeuteten Situation befindet? Warum sollten sie sich für die Interessen ihrer Unterdrücker gegenseitig abschlachten?
In einer Rede im Mai 1914 forderte sie ein:
„Das Militär ist der Lebensnerv des heutigen Staates. Und gerade gegen diesen müssen wir unsere ganze Kraft richten." [5]
Als sie bei einer Kundgebung in Frankfurt/Main zur Kriegsdienstverweigerung aufrief, wurde sie als„Vaterlandsverräterin" verfolgt. Rosa wurde wegen „Aufforderung zum Ungehorsam gegen Gesetze und gegen Anordnungen der Obrigkeit" angeklagt und zu einem Jahr Gefängnis verurteilt.
Karl Liebknecht widersetzte sich als erster SPD-Abgeordneter dem parlamentarischen Fraktionszwang und stimmte am **2. Dezember 1914** gegen die **Kriegskredite**. Ab Frühjahr 1915 flammten in Deutschland immer wieder Antikriegsdemonstrationen von ArbeiterInnen auf, und am 1. Januar 1916 beteiligte sich Karl an der (illegalen) Gründung eines Vorläufers des Spartakusbundes, der **späteren KPD**. Am **1. Mai 1916** agitierte er auf einer Antikriegskundgebung mit 20 000 TeilnehmerInnen in Berlin und wurde wegen seiner Rede ***„Nieder mit dem Krieg, nieder mit der Regierung"*** sofort verhaftet und des Hochverrats angeklagt. Am Tag des Prozessbeginns (28. Juni1916) streikten 55 000 ArbeiterInnen zu seiner Unterstützung.
Wenn wir heute gegen laufende und drohende imperialistische Kriegsbeteiligungen unserer Bourgeoisien, gegen imperialistische „Friedensmissionen" aller Art auftreten und demonstrieren, sind uns Rosa und Karl leuchtende Vorbilder.

5 Luxemburg, „Über Militarismus u. Arbeiterklasse", Bd. 3, S. 444

Mit Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht für den Sozialismus und die Kommunistische Partei

Entgegen den Behauptungen heutiger Reformisten traten Rosa und Karl vehement für den Kommunismus und für die Notwendigkeit der Kommunistischen Partei ein. Karl auf dem Gründungsparteitag der KPD:
*„eine Partei, die entschlossen und rücksichtslos die Interessen des Proletariats vertritt, eine Partei, die **geschlossen und einheitlich** zusammengesetzt ist **im Geiste und im Willen**, eine Partei, die ein **klares Programm** hat, eine Partei, in der das Ziel und die Mittel zum Ziele gewählt sind mit klarer Entschlossenheit, mit einer Entschiedenheit, die nicht verwirrt werden kann, [in der] die Mittel gewählt worden sind nach den Interessen der sozialistischen Revolution, nach den Interessen, die die sozialistische Weltrevolution erfordert."* [6]
Um die KPD, Rosa und Karl zu diskreditieren, pochen Reformisten und Opportunisten aller Schattierungen immer wieder auf das von **Rosa Luxemburg** – in der Gefängnisisolation verfasste und bis zu ihrem Tod nie und dann aus dem Nachlass veröffentlichte – **Manuskript (!) zur russischen Revolution**. Dazu stellen wir klar, dass Rosa Luxemburg, die maßgeblich die Gründung der KPD vorbereitet und durchgesetzt hat, auf dem Gründungsparteitag erklärte: *„Wir sollten es nie vergessen, wenn man uns mit den Verleumdungen gegen die russischen Bolschewisten kommt, darauf zu antworten: Wo habt ihr das Abc eurer heutigen Revolution gelernt? Von den Russen habt ihr's geholt… Die **russische Revolution** war es, die die **ersten Losungen für die Weltrevolution** ausgegeben hat!"* [7]
Gleichzeitig betonte sie in der Roten Fahne zur **Perspektive in Deutschland**, *„daß die Kommunistische Partei Deutschlands als Stoßtrupp der proletarischen Revolution zum Totengräber der bürgerlichen Gesellschaft wird. Jetzt gilt es mit aller Kraft ans Werk zu gehen… Unsere Aufgabe ist, diese Propaganda der objektiven Verhältnisse mit Klarheit, Energie und Begeisterung zu unterstützen und zu leiten. Das deutsche Proletariat zu dem gewaltigen Hammer zu schmieden, der die **Klassenherrschaft zerschmettern** wird, das ist die **geschichtliche Mission der Kommunistischen Partei Deutschlands**."* [8]
Wie die russischen Bolschewiki, vor allem Lenin, in der internationalen Debatte zu Recht kritisierten, war die Gründung der KPD verspätet, haben Rosa und Karl,

6 Liebknecht, „Die Krisis in der USPD", 30.12.1918 Bd. IX, S. 674
7 Luxemburg, „Rede zum Programm", 30.12.1918, Bd. 4, S. 496
8 Luxemburg, „Der erste Parteitag", 03.01.1919, Bd. 4, S. 514f

die deutschen KommunistInnen zu lange an der Einheit in der SPD und später in der USPD festgehalten.
Es fehlte in den Januaraufständen 1919 die erprobte Kommunistische Partei, die die ArbeiterInnen zum bewaffneten Aufstand organisiert.
Aus den **positiven wie negativen Erfahrungen** des Spartakusbundes, der KPD und dem großartigen Wirken von Rosa und Karl zu lernen, bedeutet für uns KommunistInnen heute: Für die **Einheit der MarxistInnen-LeninistInnen, der KommunistInnen** in unseren Ländern unermüdlich zu kämpfen.
Die Schaffung der Kommunistischen Partei als **Hauptaufgabe** mit aller Kraft gemeinsam anzupacken. Die politisch-ideologische Abgrenzung gegen alle Reformisten und Opportunisten, die falschen FreundInnen der ArbeiterInnenklasse voranzutreiben um kommunistisches Bewusstsein in der Bewegung zu verankern.
Am 100. Jahrestag der Ermordung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht gedenken wir dieser beiden **herausragenden Internationalistinnen, Vorkämpferinnen für die proletarische Revolution**.
Nicht als historische Gestalten aus längst vergangener Zeit. **Nein, als unsere GenossInnen, die in unseren Kämpfen weiter wirken, uns Kraft und Mut geben.**
Nach wie vor leben und leiden die **Werktätigen in unseren Ländern und weltweit** unter den grundsätzlich gleichen Bedingungen, die der Imperialismus als letztes Stadium des Kapitalismus geschaffen hat.
Nach einer relativ kurzen Phase des Aufschwungs in Westeuropa nach den Verheerungen des 2. Weltkriegs erleben wir seit der „neoliberalen Wende" in den 1980er Jahren auch hier eine ständig fortschreitende Verschlechterung der Lebensbedingungen der ArbeiterInnenklasse, wenn nicht in scharfen Klassenkämpfen der Bourgeoisie einzelne Verbesserungen abgerungen werden.
Insbesondere seit der 2008er Krise steigt auch in Europa mit jedem Jahr die Zahl der in Armut und Elend abgedrängten. Der Kapitalismus ist in der imperialistischen Epoche von der brutalsten Konkurrenz der großen monopolkapitalistischen Konzerne gekennzeichnet, die über „ihre" Staaten und Staatenverbände ihre Interessen weltweit durchzusetzen versuchen. Dieser **globale Kampf um Profitanteile** führt notwendig immer wieder regional und weltweit zu **Kriegen** um Rohstoffe, Absatzmärkte und strategische Positionen.
Die **Hauptbetroffenen** sind die ArbeiterInnen- und Volksmassen in den **neokolonialen und abhängigen Ländern**, die unmittelbar mit Hungersnöten, Kriegselend und Vertreibung konfrontiert sind. Aber auch in den hochentwickelnden **kapitalistisch-imperialistischen Zentren**, wie in Europa, nehmen **Armut** und **Verelendung** breiter ArbeiterInnenmassen unübersehbar zu.
Als revolutionäre KommunistInnen sind wir – nicht zuletzt aufgrund der Geschichte der letzten 100 Jahre seit den gescheiterten Versuchen proletarischer Revolutionen in Westeuropa – der festen Überzeugung, dass der auch von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht 1918 beschrittene revolutionäre Weg den ArbeiterInnen- und Volksmassen eine neue Welt eröffnen kann.

Auf dem von Rosa und Karl gewiesenen Weg kämpfen wir für die Machtergreifung der ArbeiterInnenklasse und für den Sozialismus!

Für eine kommunistische Zukunft ohne Unterdrückung und Ausbeutung!

Januar 2019

Bolschewistische Partei (Nordkurdistan/Türkei) – BP (KK/T)
mail@bolsevikparti.org ★ www.bolsevikparti.org
K. İnan • 12 rue de Rome • Boite Postale No: 287 • 67000 France

Initiative für den Aufbau einer Revolutionär-Kommunistischen Partei Österreich – IA★RKP
ia.rkp2017@yahoo.com ★ www.iarkp.wordpress.com
Stiftgasse 8 • A 1070 Wien • Österreich

Trotz alledem! (Deutschland) – TA
trotzalledem1@gmx.de ★ http://trotzalledem.bplaced.net
Postfach 48 • 73550 Waldstetten • Deutschland

Novemberrevolution
Lehren & revolutionäre Praxis

Rosa Luxemburg
Die Rote Fahne (Berlin), 18. November 1918

Der Anfang

Die Revolution hat begonnen. Nicht Jubel über das Vollbrachte, nicht Triumph über den niedergeworfenen Feind ist am Platze, sondern strengste Selbstkritik und eiserne Zusammenhaltung der Energie, um das begonnene Werk weiterzuführen. Denn das Vollbrachte ist gering, und der Feind ist *nicht* niedergeworfen.

Was ist erreicht? Die Monarchie ist hinweggefegt, die oberste Regierungsgewalt ist in die Hände von Arbeiter- und Soldatenvertretern übergegangen. Aber die Monarchie war nie der eigentliche Feind, sie war nur Fassade, sie war das Aushängeschild des Imperialismus. Nicht der Hohenzoller hat den Weltkrieg entfacht, die Welt an allen Ecken in Brand gesteckt und Deutschland an den Rand des Abgrundes gebracht. Die Monarchie war wie jede bürgerliche Regierung die Geschäftsführerin der herrschenden Klassen.

Die imperialistische Bourgeoisie, die kapitalistische Klassenherrschaft - das ist der Verbrecher, der für den Völkermord verantwortlich gemacht werden muß.

Die Abschaffung der Kapitalsherrschaft, die Verwirklichung der sozialistischen Gesellschaftsordnung – dies und nichts Geringeres ist das geschichtliche Thema der gegenwärtigen Revolution.

Ein gewaltiges Werk, das nicht im Handumdrehen durch ein paar Dekrete von oben herab vollbracht, das nur durch die eigene bewußte Aktion der Masse der Arbeitenden in Stadt und Land ins Leben gerufen, das nur durch höchste geistige Reife und unerschöpflichen Idealismus der Volksmassen durch alle Stürme glücklich in den Hafen gebracht werden kann.

(…) Das Fazit der ersten Woche der Revolution heißt: Im Staate der Hohenzollern hat sich im wesentlichen nichts verändert, die Arbeiter-und-Soldaten-Regierung fungiert als Stellvertreterin der imperialistischen Regierung, die bankrott geworden ist. All ihr Tun und Lassen ist von der Furcht vor der Arbeitermasse getragen. Bevor die Revolution noch Kraft, Schwung, Anlauf genommen, wird ihre einzige Lebenskraft, ihr sozialistischer und proletarischer Charakter, eskamotiert.

Alles ist in Ordnung. Der reaktionäre Staat der zivilisierten Welt wird nicht in 24 Stunden zum revolutionären Volksstaat. Soldaten, die gestern in Finnland, Rußland, der Ukraine, im Baltikum als Gendarmen der Reaktion revolutionäre Proletarier mordeten, und Arbeiter, die dies ruhig geschehen ließen, sind nicht in 24 Stunden zu zielklaren Trägern des Sozialismus geworden.

Das Bild der deutschen Revolution entspricht der inneren Reife der deutschen Verhältnisse. Scheidemann-Ebert sind die berufene Regierung der deutschen Revolution in ihrem heutigen Stadium. Und die Unabhängigen, die mit Scheidemann-Ebert zusammen Sozialismus machen zu können glauben, die jenen in der „Freiheit" feierlich attestieren, daß man gemeinsam mit ihnen eine „rein sozialistische Regierung" bilde, qualifizieren sich damit selbst als die berufenen Mitträger der Firma in diesem ersten provisorischen Stadium.

Aber die Revolutionen stehen nicht still. Ihr Lebensgesetz rasches Vorwärtsschreiten, über sich selbst Hinauswachsen. Das erste Studium treibt schon durch seine inneren Widersprüche vorwärts.

Die Lage ist als Anfang begreiflich, als Zustand auf die Dauer unhaltbar. Soll die Gegenrevolution nicht auf der ganzen Linie Oberhand gewinnen, müssen die Massen auf der Hut sein.

Der Anfang ist gemacht. Das weitere ist nicht in der Hand der Zwerge, die den Lauf der Revolution aufhalten, dem Rad der Weltgeschichte in die Speichen fallen wollen. Die Tagesordnung der Weltgeschichte heißt heute: Verwirklichung des sozialistischen Endziels. Die deutsche Revolution ist in die Bahn dieses leuchtenden Gestirns geraten. Sie wird wenn Schritt um Schritt, durch Sturm und Drang, durch Kampf und Qual und Not und Sieg zum Ziel gelangen.

Sie muß!

Rosa Luxemburg, Bd. 4, S. 397

Karl Liebknecht
Rote Fahne, 15. Januar 1919

Trotz alledem!

Generalsturm auf Spartakus! »Nieder mit den Spartakisten!« heult es durch die Gassen.(…)
»Spartakus niedergerungen!« Jawohl! Geschlagen wurden die revolutionären Arbeiter Berlins! Jawohl! Niedergemetzelt an die hundert ihrer Besten! Jawohl! In Kerker geworfen viele Hunderte ihrer Getreuesten! Jawohl! Sie wurden geschlagen. Denn sie wurden verlassen von den Matrosen, von den Soldaten, von den Sicherheitsmannschaften, von der Volkswehr, auf deren Hilfe sie fest gebaut hatten. Und ihre Kraft wurde gelähmt durch Unentschlossenheit und Schwäche ihrer Leitung.
Jawohl! Die revolutionären Arbeiter Berlins wurden geschlagen! Und die Ebert-Scheidemann-Noske haben gesiegt. Sie haben gesiegt, denn die Generalität, die Bürokratie, die Junker von Schlot und Kraut, die Pfaffen und die Geldsäcke und alles, was engbrüstig, beschränkt, rückständig ist, stand bei ihnen. Und siegte für sie mit Kartätschen, Gasbomben und Minenwerfern.

Aber es gibt Niederlagen, die Siege sind; und Siege, verhängnisvoller als Niederlagen.
Die Besiegten der blutigen Januarwoche, sie haben ruhmvoll bestanden; sie haben um Großes gestritten, ums edelste Ziel der leidenden Menschheit, um geistige und materielle Erlösung der darbenden Massen; sie haben um Heiliges Blut vergossen, das so geheiligt wurde. Und aus jedem Tropfen dieses Bluts, dieser Drachensaat für die Sieger von heute, werden den Gefallenen Rächer erstehen, aus jeder zerfetzten Fiber neue Kämpfer der hohen Sache, die ewig ist und unvergänglich wie das Firmament.
Die Geschlagenen von heute werden die Sieger von morgen sein. Denn die Niederlage ist ihre Lehre. Noch entbehrt ja das deutsche Proletariat der revolutionären Überlieferung und Erfahrung. Und nicht anders als in tastenden Versuchen, in jugendhaften Irrtümern, in schmerzlichen Rückschlägen und Mißerfolgen kann es die praktische Schulung gewinnen, die den künftigen Erfolg gewährleistet.
Für die lebendigen Urkräfte der sozialen Revolution, deren unaufhaltsames Wachstum das Naturgesetz der Gesellschaftsentwicklung ist, bedeutet Niederlage Aufpeitschung. Und über Niederlage und Niederlage führt ihr Weg zum Siege.
Die Sieger aber von heute? Für eine ruchlose Sache verrichteten sie ihre ruchlose Blutarbeit. Für die Mächte der Vergangenheit, für die Todfeinde des Proletariats.
Und sie sind schon heute unterlegen! Denn sie sind schon heute die Gefangenen derer, die sie als ihre Werkzeuge zu gebrauchen dachten und deren Werkzeuge sie seit je waren.
Noch geben sie der Firma den Namen. Aber nur eine kurze Galgenfrist bleibt ihnen.
Schon stehen sie am Pranger der Geschichte. (…)
»Spartakus niedergerungen!« O gemach! Wir sind nicht geflohen, wir sind nicht geschlagen. Und wenn sie uns in Bande werfen, wir sind da, und wir bleiben da! Und der Sieg wird unser sein.
Denn Spartakus, das heißt: Feuer und Geist, das heißt: Seele und Herz, das heißt Wille und Tat der Revolution des Proletariats. Und Spartakus, das heißt alle Not und Glückssehnsucht, alle Kampfentschlossenheit des klassenbewußten Proletariats. Denn Spartakus, das heißt Sozialismus und Weltrevolution.
Noch ist der Golgathaweg der deutschen Arbeiterklasse nicht beendet aber der Tag der Erlösung naht. Der Tag des Gerichts für die Ebert-Scheidemann-Noske und für die kapitalistischen Machthaber, die sich noch heute hinter ihnen verstecken. Himmelhoch schlagen die Wogen der Ereignisse, wir sind es gewohnt, vom Gipfel in die Tiefe geschleudert zu werden. Aber unser Schiff zieht seinen geraden Kurs fest und stolz dahin bis zum Ziel.
Und ob wir dann noch leben werden, wenn es erreicht wird – leben wird unser Programm; es wird die Welt der erlösten Menschheit beherrschen. **Trotz alledem!**
Unter dem Dröhnen des herangrollenden wirtschaftlichen Zusammenbruchs werden die noch schlafenden Scharen der Proletarier erwachen wie von den Posaunen des Jüngsten Gerichts, und die Leichen der hingemordeten Kämpfer werden auferstehen und Rechenschaft heischen von den Fluchbeladenen. Heute noch das unterirdische Grollen des Vulkans, morgen wird er ausbrechen und sie alle in glühender Asche und Lavaströmen begraben.

Karl Liebknecht, Bd. IX, S. 709

W.I. Lenin
August 1921

Brief an die deutschen Kommunisten

Werte Genossen!
Soweit ich es beurteilen kann, ist die Lage der Kommunistischen Partei in Deutschland besonders schwierig. Das ist begreiflich.
Erstens, und das ist die Hauptsache, hat die internationale Lage Deutschlands seit Ende 1918 seine innere revolutionäre Krise außerordentlich rasch und jäh zugespitzt und die Vorhut des Proletariats zur sofortigen Eroberung der Macht gedrängt.
Gleichzeitig hat sich die ausgezeichnet bewaffnete und organisierte, durch die „russische Erfahrung" gewitzigte deutsche wie auch die ganze internationale Bourgeoisie mit tollem Haß auf das revolutionäre Proletariat Deutschlands gestürzt.
Zehntausende der besten Menschen Deutschlands, seiner revolutionären Arbeiter, sind erschlagen und zu Tode gefoltert worden von der Bourgeoisie, von ihren Helden, den Noske und Co., von ihren direkten Lakaien, den Scheidemännern u. a., von ihren indirekten und „raffinierten" (und daher für sie besonders wertvollen) Helfershelfern, den Rittern der „zweieinhalbten Internationale", mit ihrer niederträchtigen Charakterlosigkeit, ihren Schwankungen, ihrer Pedanterie und ihrem Spießergeist.
Die bewaffnete Bourgeoisie stellte den wehrlosen Arbeitern Fallen, mordete sie in Massen hin, mordete ihre Führer, lauerte systematisch einem nach dem anderen auf, wobei sie das konterrevolutionäre Geheul aus den Reihen der Sozialdemokraten beider Schattierungen, sowohl der Scheidemänner als auch der Kautskyaner, glänzend auszunutzen wußte.
Eine wirklich revolutionäre Partei hatten die deutschen Arbeiter im Augenblick der Krise nicht, infolge der zu spät vorgenommenen Spaltung, infolge des Drucks der verfluchten Tradition der „Einheit" mit der korrupten (die Scheidemann, Legien, David und Co.) und charakterlosen (die Kautsky, Hilferding und Co.) Bande der Lakaien des Kapitals.
In jedem ehrlichen, klassenbewußten Arbeiter, der das Basler Manifest von 1912 für bare Münze nahm und nicht für „Ausflüchte" der Schurken „zweiter" und „zweieinhalbter" Sorte hielt, erwachte in unglaublicher Schärfe der Haß gegen den Opportunismus der alten deutschen Sozialdemokratie, und dieser Haß – das edelste, erhabenste Gefühl der Besten aus der unterdrückten und ausgebeuteten Masse – machte die Menschen blind, nahm ihnen die Möglichkeit, kaltblütig zu überlegen und eine eigene richtige Strategie auszuarbeiten als Antwort auf die glänzende Strategie der bewaffneten, organisierten, durch die „russische Erfahrung" gewitzigten, von der Entente, von Frankreich, England und Amerika, unterstützten Kapitalisten. Dieser Haß trieb sie zu vorzeitigen Aufständen.
Das ist der Grund, warum die Entwicklung der revolutionären Arbeiterbewegung in Deutschland seit Ende 1918 einen besonders schweren und qualvollen Weg gegangen ist.
Aber sie ist vorwärtsgeschritten und schreitet unaufhaltsam vorwärts. Die allmähliche Linksschwenkung der Arbeitermassen, der wirklichen Mehrheit der Werktätigen und Ausgebeuteten in Deutschland, sowohl der in den alten, menschewistischen (d.h. der Bourgeoisie dienenden) Gewerkschaften organisierten als auch der gar nicht oder fast gar nicht organisierten, ist eine unbestreitbare Tatsache.
Kaltes Blut und Standhaftigkeit bewahren; systematisch die Fehler der Vergangenheit korrigieren; unaufhörlich darauf

Zeitung für den Aufbau der Bolschewistischen Partei Deutschland
TROTZ ALLEDEM!
Sozialismus oder Untergang in der Barbarei!
NR. 7 • DEZEMBER 1997 • 1,-DM
80 Jahre Oktoberrevolution: Die Zukunft gehört überall dem Bolschewismus
(Rosa Luxemburg)
Rosa Luxemburgs Haltung zur russischen Revolution

bedacht sein, die Mehrheit der Arbeitermassen sowohl in den Gewerkschaften als auch außerhalb der Gewerkschaften zu erobern; geduldig eine starke und kluge kommunistische Partei aufbauen, die fähig ist, bei allen und jeglichen Wendungen der Ereignisse die Massen wirklich zu führen; sich eine Strategie ausarbeiten, die der besten internationalen Strategie der (durch die jahrhundertelange Erfahrung im allgemeinen und durch die „russische Erfahrung" im besondern) „am meisten aufgeklärten" fortgeschrittenen Bourgeoisie gewachsen ist – das ist es, was man tun muß und was das deutsche Proletariat tun wird, was ihm den Sieg garantiert.

Lenin Werke, Bd. 32, *S.* 537, 14.08.1921

Chronologie

1914

20. Februar Verurteilung von Rosa Luxemburg zu einem Jahr Gefängnis wegen Volksverhetzung. Sie hatte auf einer Protestaktion aufgerufen, in dem kommenden Weltkrieg nicht auf die französischen Klassenbrüder zu schießen.

28. Juli Ausbruch des 1. Weltkriegs

4. August geschlossene Zustimmung der SPD-Reichstagsfraktion zu ersten Kriegskrediten für die deutsche Monarchie. Auch Karl Liebknecht, der als Minderheit mit 13 weiteren Reichstagsabgeordneten in der Fraktion gegen die Zustimmung opponierte, unterwirft sich dem Fraktionszwang. Ein Fehler, den er später bitter bereut.

2. Dezember Karl Liebknecht stimmt als einziger Abgeordneter im Reichstag gegen die Kriegskredite. Der Reichstag verweigert die Veröffentlichung seiner schriftlichen Begründung. Als illegales Flugblatt wird sie in der Arbeiterbewegung verbreitet.

1915

18. Februar Haftantritt von Rosa

15. April Herausgabe Nummer 1 der Zeitschrift „Die Internationale" (Rosa Luxemburg und Franz Mehring). Publikation der revolutionären Opposition, der sich herausbildenden Gruppe „Internationale". Sofort nach Erscheinen wird die Zeitschrift verboten.

Mai 1915 Flugblatt Karl Liebknechts „Der Hauptfeind steht im eigenen Land" legt die Strategie der deutschen KommunistInnen für die Revolution, der Umwandlung des imperialistischen Krieges in den Bürgerkrieg fest. Gleichzeitig beginnt die Linke, zu selbständigen revolutionären Aktionen aufzurufen.

5.-8. September I. Internationale Sozialistische Konferenz in Zimmerwald

18. Februar Rosa Luxemburg tritt einjährige Gefängnisstrafe an.

1916

1. Januar Reichskonferenz der Gruppe „Internationale" in Berlin. Verabschiedung der „Leitsätze über die Aufgaben der Internationalen Sozialdemokratie", die „Junius Thesen" verfasst von Luxemburg.

12. Januar Ausschluss Liebknechts aus der SPD-Reichstagsfraktion

27. Januar Veröffentlichung der ersten Nummer „Politischer Brief" unterzeichnet mit Spartakus. Herausgegeben von der Gruppe „Internationale".

18. Februar Entlassung Rosas aus Gefängnis in Berlin

19. März Illegale Reichskonferenz der Gruppe „Internationale", die sich nun auch Spartakusgruppe nennt.

24. März Außer Liebknecht stimmt auch Otto Rühle im Reichstag gegen den Not-Etat der Regierung.

24.–30. April II. Internationale Sozialistische (Zimmerwalder) Konferenz in Kienthal

1. Mai Auf der Mai-Demonstration am Potsdamer Platz in Berlin fordert Karl Liebknecht „Nieder mit dem Krieg! Nieder mit der Regierung". Er wird verhaftet.

28. Juni Liebknecht wird zu zweieinhalb Jahren Zuchthaus wegen Hochverrat verurteilt. Am 23. August wird im Revisionsverfahren die Strafe auf vier Jahre und einen Monat erhöht.

1917

7. Januar Gemeinsame Konferenz der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft und der Spartakusgruppe in Berlin

6.–8. April Gründung der USPD (Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands) in Gotha. Trotz tiefgreifender Widersprüche schließt sich die Gruppe „Internationale" (Spartakusgruppe) der USPD an.

5.-12. August III. Internationale Sozialistische (Zimmerwalder) Konferenz in Stockholm

7. November Oktoberrevolution in Russland

1918

3. März Friede von Brest-Litowsk zwischen Deutschem Reich und der Sowjetunion

7. Oktober Reichskonferenz der Spartakusgruppe und der Bremer Linksradikalen

23. Oktober Liebknecht wird aus der Haft entlassen und wird in Berlin von Tausenden von ArbeiterInnen begrüßt.

27.–30. Oktober Befehlsverweigerung von Matrosen zum Auslaufen der deutschen Flotte, Verhaftungen und revolutionäre Solidaritätsaktionen

3. November Ausbruch der Novemberrevolution durch bewaffneten Aufstand der Matrosen in Kiel. Rasche Ausbreitung der Revolution im ganzen Reich. Bildung von revolutionären Arbeiter- und Soldaten-Räten in ganz Deutschland

9. November Revolution in Berlin. ArbeiterInnen und Werktätige erobern die Straßen, Generalstreik. SPD-Scheidemann ruft die „Deutsche Republik aus". Liebknecht verkündet die „ Freie sozialistische Republik".

11. November Gründung des Spartakusbundes und Bildung einer zentralen Leitung

15. November Die „Zentralarbeitsgemeinschaft" zwischen Kapitalisten und Gewerkschaften wird gegründet. Die „Sozialpartnerschaft" wird durch das Stinnes-Legien-Abkommen besiegelt.

18. November „Die Rote Fahne" erscheint als Tageszeitung

16.–21. Dezember Erster Kongress der Arbeiter- und Soldaten-Räte in Berlin

23./24. Dezember „Blutweihnacht" in Berlin, Proteste der Revolutionären Volksmarinedivision werden von der SPD-Regierung niedergeschlagen. 70 Tote.

24. Dezember 2. Reichskonferenz der Internationalen Kommunisten Deutschlands (IKD) beschließt Vereinigung mit dem Spartakusbund

30. Dezember bis 1. Januar 1919 Gründungsparteitag der KPD, Kommunistische Partei Deutschlands (Spartakusbund), Verabschiedung des Parteiprogramms

1919

4. Januar Absetzung des Berliner Polizeipräsidenten Eichhorn (USPD) durch die SPD-Ebert-Regierung

4.–12. Januar „Januaraufstand" in Berlin, militante Massendemonstrationen und Streiks in Berlin, Besetzung der SPD-Parteizentrale und der Vorwärts-Redaktion. Hunderttausende folgen dem Aufruf: Entwaffnung der Konterrevolution – Bewaffnung des Proletariats, Sturz der Ebert-Regierung und „Eroberung der Macht durch das revolutionäre Proletariat". Blutige Niederschlagung der Kämpfe durch SPD-Volksbeauftragen für Heer und Marine, Noske (später Reichswehrminister). Militärische Besetzung Berlins durch konterrevolutionäre Truppen.

15. Januar Ermordung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht. Auf Befehl von Noske und Generalstabsoffizier Pabst.

19. Januar Wahlen zur deutschen Nationalversammlung und Februar Bildung einer neuen „Reichsregierung".

20. Januar Beisetzung von Rosa und Karl. Hunderttausende Menschen ziehen durch die Stadt zum Friedhof der Märzgefallenen.

Fokus Afrika – Serie – Teil 13

Afrika – Kontinent im Aufbruch?

Vorweg

Seit fünf Jahren veröffentlichen wir in *Trotz alledem!* die Reihe „Fokus Afrika". Im Auftaktartikel in der Nummer 65 vom Januar 2014 haben wir einen allgemeinen Überblick zur Geschichte, zu Kriegen, zur Armut und neokolonialen Ausplünderung und Ausbeutung des Kontinents gegeben. In diesem Zusammenhang sind wir auf die „Fluchtursachen" und die rassistische Ausgrenzung und Verfolgung von Geflüchteten vor allem auf dem europäischen Kontinent eingegangen. Gleichzeitig haben wir den Trend „Afrika vor dem großen Sprung" analysiert und die vielfältigen Widerstands-Kämpfe in den verschiedenen afrikanischen Ländern.

Wir haben konkret die historische und aktuelle Entwicklung einzelner Regionen und Länder des afrikanischen Kontinents thematisiert: Von Zentralafrika mit dem Schwerpunkt DR Kongo über Ostafrika mit Kenia, über Westafrika mit Nigeria, über das südliche Afrika mit einer Analyse der Republik Südafrika bis hin nach Nordafrika mit dem Schwerpunkt Tunesien, Ägypten. (Siehe Überblick über alle Artikel der Serie „Fokus Afrika", sowie weitere Artikel über Afrika in den Ausgaben der *Trotz alledem!*)

In dieser Nummer schließen wir die Reihe „Fokus Afrika" ab. Wir wollen ein Resümee ziehen, was hat sich in den letzten fünf Jahren verändert und einen Ausblick versuchen über die weiteren Entwicklungstendenzen dieses in der Weltpolitik zentralen Kontinents.

Warum Afrika?

Unsere Serie hat überraschend viele positive Rückmeldungen von LeserInnen unserer Zeitung erhalten. Gezielt werden wir auf Aktionen, in Bündnissen und in unserer alltäglichen politischen Arbeit gerade auf die Afrikaartikel angesprochen. Es wird nachgefragt, was sind die nächsten Themen und wir werden ermuntert, diese Analysen zu vertiefen.

Gleichzeitig werden uns in Diskussionen folgende Fragen gestellt: Warum beschäftigt ihr euch als kommunistische Organisation in Deutschland mit dem afrikanischen Kontinent? Solltet ihr euch nicht eher mit Themen beschäftigen, die mit Deutschland zu tun haben?

Unsere Antworten darauf sind: Zum einen herrschen in der linken, revolutionären und kommunistischen Bewegung in Deutschland (und nicht nur dort) enormes Unwissen und Ignoranz über diesen Kontinent. Ebenso über die dort stattfindenden Klassenkämpfe und sozialpolitischen Entwicklungen. Das erkennen wir auch, wenn beispielsweise R.T. Erdoğan aus der Türkei nach Deutschland kommt wie September 2018. Unzählige Demonstrationen werden organisiert, die natürlich richtig und wichtig sind. Im Oktober desselben Jahres reiste Ägyptens Präsident **Abdel Fattah al-Sisi** nach Berlin. Während des Treffens im Bundeskanzleramt fand sich vor dem Gebäude eine kleine Gruppe zu einer Protest-Kundgebung gegen Sisi ein. Organisiert vom Deutsch-Ägyptischen Verein für Demokratie (DAUD) und von Amnesty International, richtete sie sich gegen einen Präsidenten, der das faschistische Herrschaftssystem Ägyptens enorm ausgebaut und verschärft hat.

Zum anderen sind schwarze Menschen, die in Deutschland leben, ganz besonders rassistischer Unterdrückung ausgesetzt. Angefangen vom „Racial profiling", dem schwarze und arabische Menschen

ausgeliefert sind, bis hin zu gewaltsamen Angriffen oder Morden in Polizeigewahrsam wie bei Oury Jalloh in Dessau, Jaja Diabi in Hamburg und Ahmad A. in Kleve. Dieser Rassismus ist tief verwurzelt in Deutschland – im Staat und in der Gesellschaft: In der langen, brutalen kolonialistischen Tradition des deutschen Kaiserreichs und in der „Untermenschen"-Ideologie des Nazi-Hitler-Faschismus. Bis heute wirkt diese Ideologie weiter und wird von den „modernen Faschisten" von Sarrazin bis AfD angefacht.

Und nicht zuletzt betreiben die imperialistischen und kapitalistischen Länder einen neokolonialen Konkurrenzkampf um die reichen Ressourcen, um strategisch wichtige Einflussgebiete und um die Ausbeutung der Arbeitskräfte auf diesem Kontinent.

Und hier schließt sich auch der Kreis, warum wir uns mit Afrika beschäftigen: Der deutsche Imperialismus

hat in Afrika eine grausame koloniale und neokoloniale Vergangenheit und Gegenwart. Vor dem 1. Weltkrieg war er die viertgrößte Kolonialmacht weltweit. Seinen ersten Völkermord hat der deutsche Imperialismus an den Nama und Herero Völkern Anfang des 20. Jahrhunderts im Gebiet des heutigen Namibia verübt.

Heute im Jahr 2018/2019 nimmt Deutschland mittlerweile eine Vorreiterrolle auf dem afrikanischen Kontinent ein, sowohl wirtschaftlich als auch politisch sowie in noch geringem Maße militärisch. Somit hat der Kontinent auch mit uns – in Deutschland kämpfenden KommunistInnen – zu tun. Im Sinne des proletarischen Internationalismus fühlen wir uns besonders verpflichtet, uns mit dem Kampf der von unserem „eigenen" Imperialismus ausgebeuteten und unterdrückten Völker praktisch zu solidarisieren.

Wie Lenin bereits 1916 ausführte: *„Die Mehrheit der Sozialisten der Welt gehört in unserer imperialistischen Epoche den Nationen an, die andere Nationen unterdrücken und diese Unterdrückung zu erweitern suchen. Eben deshalb wird „unser" Kampf gegen Annektionen inhaltlos bleiben, ein für Sozialpatrioten gar nicht gefährlicher Kampf bleiben, wenn wir nicht erklären: Derjenige Sozialist einer unterdrückenden Nation, der nicht im Frieden wie auch im Kriege die* ***Separation*** *der unterdrückten Nationen propagiert, ist kein Sozialist und kein Internationalist, sondern ein Chauvinist."* [1]

Zwar gibt es heute **fast** keine Kolonien – im klassischen Sinne – mehr auf dem **afrikanischen** Kontinent, [2] deren Befreiung als unterjochte Nationen auf der Tagesordnung stehen, wie Lenin analysierte. Heute handelt es sich auf dem afrikanischen Kontinent mit wenigen Ausnahmen (z.B. Südafrika) um Neokolonien, deren Befreiung von imperialistischer Ausbeutung und Unterdrückung anstehen.

Kriege

Die verheerende Lage vor fünf Jahren: *„Die weltweiten Rüstungsausgaben sind 2010 um 1,3 Prozent gestiegen – auf 1,6 Billionen US-Dollar. Weltweit fanden im Jahr 2012 etwa 34 Kriege und bewaffnete Konflikte statt. Davon wüteten 15, also fast die Hälfte, in Ländern des afrikanischen Kontinentes. In Algerien, in Äthiopien, in Burundi, in Mali, in der Demokratische Republik Kongo, in Libyen, in Nigeria, im Senegal, in Somalia, im Sudan (2 Kriege), in Südsudan (2 Kriege), in Uganda und in der Zentralafrikanischen Republik."* [3]

Hat sich daran qualitativ etwas verändert? **Nein!** Die Jahre 2017 standen im Zeichen einer zunehmenden Anzahl von Kriegen in Afrika.

Neue Kriege brachen in der Demokratischen Republik Kongo, in der Zentralafrikanischen Republik und in Äthiopien aus. [4]

Armut in Afrika

Die verheerende Situation vor fünf Jahren war:

„380 Millionen Menschen in Afrika müssen von weniger als 1,25 US-Dollar am Tag leben. Mehr als die Hälfte der Bevölkerung in Angola, etwa zwei Drittel in Tansania und fast 90 Prozent in Kongo. Ca. ***240 Mio. Menschen*** *in*

1 Lenin Werke, „Das revolutionäre Proletariat und das Selbstbestimmungsrecht der Nationen", S. 419, 1916, Bd. 21

2 Die Westsahara ist heute noch eine Kolonie Marokkos.

3 Trotz alledem!, Nr. 65, Januar 2014, S. 3

4 hiik.de/konfliktbarometer/aktuelle-ausgabe/, Stand 2018

Afrika leiden an chronischem Hunger, d.h. sie müssen dauerhaft mit weniger als 1 800 Kalorien pro Tag auskommen." [5] Hat sich daran qualitativ etwas verändert? **Nein!** Die Anzahl der in Armut lebenden Menschen der unterdrückten Klassen und Schichten hat auf dem afrikanischen Kontinent laut **globalhungerindex** (Globaler Hungerindex) sogar zugenommen. [6]

In nahezu allen Publikationen ist der Hunger auf dem afrikanischen Kontinent *„im Kern aber fast überall auf das politische Versagen einer korrupten, autokratischen Elite zurückzuführen, die vorab am eigenen Machterhalt und an der Selbstbereicherung interessiert ist*." [7]
Aber sind das die tatsächlichen Hauptgründe für Krisen, Armut, Erwerbslosigkeit, Kriege und Ressourcenplünderung?

Wirkliche Ursachen

Die Hauptgründe für Kriege und Armut haben wir in *Trotz alledem!* Nr. 65 ausführlich analysiert: *„In Wahrheit ist es die Ausplünderung des Kontinents durch die Imperialisten, die Afrika als Rohstoffquelle und Warenabsatzmarkt (...) ausbeuten und die Kämpfe zwischen den korrupten Fraktionen der Herrschenden, Regierungs- und Oppositionsparteien, die neokolonial mit den imperialistischen Großmächten verbunden sind. Auf dem afrikanischen Kontinent spielt sich eine gigantische Neuaufteilung unter den größten Räubern ab.*"

2012: Boom, Investitionen, und aufstrebende Mittelklasse. Und heute?

Anfang 2012 mit dem Ölboom und steigenden Rohstoffpreisen war der Schrei des internationalen Finanzkapitals groß: Investitionen in Afrika! „Afrika auf dem großen Sprung", „Die Löwen brechen auf, Afrika boomt", titelt der Spiegel eine dreiteilige Reihe über Afrika im Jahr 2013. Afrika im Fokus 2013, Chancen und Projekte, so Germany Trade & Invest, Marktchancen in Afrika 2011/12 – Potenzial für den deutschen Mittelstand, so der Afrika-Verein der deutschen Wirtschaft.
Die Trendstudie „Afrika 2025" des Afrika-Vereins der deutschen Wirtschaft stellt fest: *„...woran denken Sie, wenn Sie „Afrika" hören? Denken Sie noch an die „3 K": Krieg, Korruption und Krankheiten? Oder haben Sie schon gehört, dass sechzehn der derzeit am schnellsten wachsenden Ökonomien der Welt heute bereits in Afrika liegen.*" und weiter *„Etwa 7% könnte das jährliche durchschnittliche Wachstum aller afrikanischen Ökonomien betragen, sagen die Forscher des WEF.*" [8] Dies dürften wohl die Gründe dafür sein, warum Afrika zur Wachstumsregion der Zukunft stilisiert wurde. Der Tenor dabei ist oft überdimensioniert. So ist etwa die Rede von Afrika als zukünftigem „globalen Motor" oder vom „afrikanischen Wirtschaftswunder".

Wirtschaftswachstum Heute

Schauen wir die Länder mit dem größten Wirtschaftswachstum an: Unter den **zwanzig** wachstumsstärksten Ländern der Welt befanden sich im **Jahr 2012** laut Weltbank insgesamt **zehn** afrikanische Staaten. Ihr Wachstum lag **zwischen 8,3 Prozent** in Äquatorial-Guinea bis zu sagenhaft hohen **123,1 Prozent** in Libyen.

Wirtschaftswachstum im Vergleich

	2012	2017
Libyen	123,1	26,7
Sierra Leone	15,2	4,2
Simbabwe	14,8	3,4
Niger	11,8	4,9
Elfenbeinküste	10,7	7,8
Ghana	9,3	8,5
Tschad	8,9	-3
Äthiopien	8,6	10,2
Ruanda	8,6	6,1
Äquatorial-Guinea	8,3	-3,2

Das Wirtschaftswachstum von Libyen liegt im **Jahr 2017** bei nur noch 26,7 Prozent (was weltweit dennoch am höchsten liegt), in Sierra Leone bei 4,2 Prozent, das von Simbabwe bei 3,4, in Niger bei 4,9, im Tschad bei **Minus** 3,0 und in Äquatorial-Guinea bei **Minus** 3,2 Prozent.

Afrika auf dem großen Sprung? Wachstum über Alles?

Unter den zwanzig am schnellsten wachsenden Ökonomien der Welt **2017** liegen nur noch **sechs** in Afrika: Libyen, Äthiopien, Ghana, Guinea, Elfenbeinküste und Tansania.
Afrika macht immerhin rund **22 Prozent** der weltweiten **Landfläche** aus und etwa **17 Prozent** der **Weltbevölkerung** leben auf dem Kontinent. Trotzdem erwirtschaften alle afrikanischen Länder mit rund 2 250 Mrd. US-Dollar gerade einmal **2,8 Prozent** der

5 Trotz alledem!, Nr. 65, Januar 2014, S. 3
6 globalhungerindex.org/pdf/de/2018.pdf
7 nzz.ch/international/ursachen-des-hungers-in-afrika-die-hausgemachte-hungerkrise-ld.151578, Stand 16.03.2017
8 Afrika 2025: Trendstudie des 2b AHEAD ThinkTanks, Leipzig, 2bahead.com/trendstudien/afrika_2025, veröffentlicht am: 05.06.2014

weltweiten Wirtschaftsleistung (insgesamt: 80 684 Mrd. US-Dollar). [9]

Zudem konzentriert sich der Großteil der afrikanischen Wirtschaftsleistung auf nur wenige Staaten. So erzielen im Jahr 2017 Nigeria 376 Mrd. US-Dollar (16,7 Prozent des afrikanischen BIPs); Südafrika mit 349 Mrd. US-Dollar (15,5 Prozent); Ägypten 235 Mrd. (10,4 Prozent) und Algerien 170 Mrd. (7,5 Prozent). Das heißt, **nur vier** der insgesamt **56 Staaten** erwirtschaften **50,1 Prozent (mehr als die Hälfte!)** des afrikanischen **BIPs**.

Danach folgen Angola 124 Mrd. (5,5 Prozent), Sudan 117 Mrd. (5,2 Prozent), Marokko 109 Mrd. (4,8 Prozent), Äthiopien 80,5 Mrd. (3,6 Prozent), Kenia 75 Mrd. (3,3 Prozent), Tansania 52 Mrd. (2,3 Prozent). Das sind **zehn Staaten**, die zusammen knapp **75** Prozent der afrikanischen Wirtschaftsleistung erbringen. Das restliche **Viertel** entfällt auf die verbleibenden **46(!)** Staaten.

Reichtum?

Über die wirkliche Stärke einer kapitalistischen Wirtschaft sagt das BIP pro Kopf (kaufkraftbereinigt – BIP pro Kopf ppp) viel mehr aus als lediglich das BIP. Je höher das BIP pro Kopf desto kapitalistisch entwickelter ist ein Land. Laut Schätzungen des IWF für 2017 (Stand April 2018) steht **im weltweiten Ranking** als **erstes** afrikanisches Land an **39. Stelle** von 192 Ländern Äquatorial-Guinea mit 36 017 US-Dollar pro Kopf. [10]

Wie wir bereits in *Trotz alledem!* Nr. 67 vom Mai 2014 auf S. 7 festgehalten haben, liegt hier das BIP pro Kopf so hoch, weil ExxonMobil und Texaco dort Öl fördern. Beide Konzerne sind eng mit der Familie des Präsidenten, der auch bereits Multimillionär ist, verbandelt. Das bedeutet, nicht die Werktätigen profitieren von der Ölförderung und dem Reichtum des Landes, sondern die winzige Schicht der herrschenden Kompradorenbourgeoisie. Der Anteil der Bevölkerung Äquatorial-Guineas **unter der Armutsgrenze** lag 2001-2012 bei **76,8 Prozent**, was weltweit mit am höchsten liegt.

Das BIP pro Kopf in **Afrika** liegt bei **1 700 US-Dollar**. Das BIP pro Kopf im Durchschnitt der **Welt** liegt bei **10 600** US-Dollar. [11]

Wachstum?

Auch im weltweiten Vergleich zeigt sich, dass **Subsahara-Afrika** im Jahr 2012 mit **+4,3 Prozent** der wirtschaftlich am schnellsten wachsende Erdteil war. Der Anteil lag sogar höher als jener von Asien (+4,2 Prozent) und wesentlich höher als der der EU (-0,4 Prozent). Im Jahr 2015 betrug die Wachstumsrate für ganz Afrika südlich der Sahara 3,1 Prozent und ging 2016 auf **nur** noch **1,4 Prozent** zurück.

Wachstum und Rassismus?

Afrika ist heute der demografisch am schnellsten wachsende Kontinent. Auf dem afrikanischen Kontinent leben 1,1 Mrd. Menschen, fast **17 Prozent** der **Weltbevölkerung**. 2050 werden es voraussichtlich 2,4 Mrd. sein – 1,3 Mrd. mehr als heute. Nur 50 Jahre später werden auf dem afrikanischen Kontinent über **vier** Mrd. Menschen leben, so eine neue Prognose der Vereinten Nationen. [12]

Nicht nur die „RetterInnen der christlich-westlichen Welt" benutzen solche Zahlen und Voraussagen für völkisch-faschistoide Untergangprognosen. Politik und bürgerliche Mainstream-Medien geben die Melodie vor. Merkels persönlicher Afrikabeauftragter, Günter

9 Zum Vergleich: Die USA erwirtschaften 19 391 Mrd. US-Dollar (24 Prozent), China 12 238 (15 Prozent); Japan: 4 872 (6 Prozent); Deutschland: 3 677 (4,56 Prozent); Großbritannien: 2 622 (3,25 Prozent); Frankreich: 2 583 (3,2 Prozent) und Brasilien: 2 055 (2,54 Prozent). Der gesamte afrikanische Kontinent setzt also weniger als das kleine (verglichen mit Afrika) Frankreich und nur etwas mehr als Brasilien um.
Weltbank, data.worldbank.org

10 de.wikipedia.org/wiki/Liste_der_L%C3%A4nder_nach_Bruttoinlandsprodukt_pro_Kopf

11 un.org/development/desa/dpad/wp-content/uploads/sites/45/publication/WESP2018_Full_Web.pdf

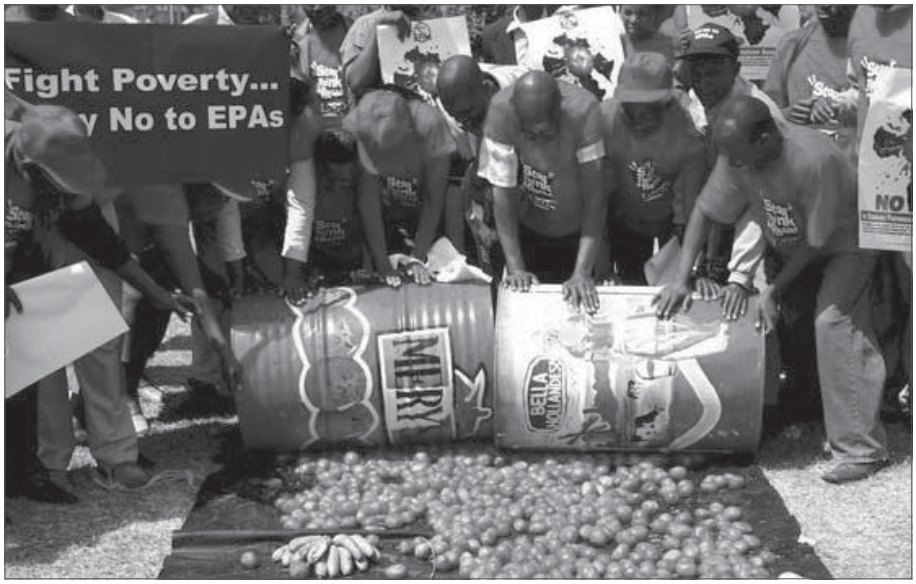
12 kfw.de/stories/gesellschaft/demografischer-wandel/wissenstransfer/

Nooke, überschlägt sich in rassistischen Stereotypen: *„Aber wegen des Bevölkerungswachstums fällt Afrika jetzt wieder zurück. Die Herausforderungen sind riesig. Wir müssen uns bewusst machen: Afrika ist anders… In Niger bekommen die Frauen im Schnitt 7,3 Kinder, die Männer hätten gern elf!"* [13] „Der Tagesspiegel" baut eine Drohkulisse auf: *„2100 ist jeder Dritte Afrikaner"* [14] und auch „Die Welt" beschwört: *„Leben derzeit noch 16 Prozent der Weltbevölkerung in Afrika, werden es in 35 Jahren 25 Prozent sein – und am Ende des Jahrhunderts gar 40 Prozent"*. [15]

Das sind nur einige Beispiele für die rassistische Neo-Kolonisatoren-Haltung. Die angebliche Aufgabe des Westens ist in Afrika, „die Überbevölkerung einzudämmen", um die Länder weiterhin zu ihren postkolonialen Reservaten machen können.

Wachstum und Reichtum?

Während das **Wirtschaftswachstum** im Afrika südlich der Sahara 2016 auf 1,4 Prozent geschmolzen ist, wächst die Zahl seiner Menschen mit rund 2,7 Prozent **fast doppelt** so stark. 2017 ist das Wirtschaftswachstum zwar auf 2,6 Prozent gestiegen, liegt jedoch immer noch unter dem Bevölkerungswachstum. [16]



Wie hängen Wirtschaftswachstum und Bevölkerungswachstum zusammen?

Um einen Hinweis auf Wirtschaftswachstum zu bekommen, nehmen wir das **reale** BIP (um Preisveränderungen bereinigtes BIP). Wird der BIP-Wert durch die Bevölkerungszahl dividiert, erhalten wir das BIP pro Kopf. Dieses können wir sowohl als Produktivitäts- wie auch als Wohlstandsmaß verwenden. Liegt das Wirtschaftswachstum also dauerhaft unter dem Bevölkerungswachstum, so wie es auf dem afrikanischen Kontinent seit Jahren ist, kann es **im Imperialismus** keinen zunehmenden Wohlstand geben.

Und ein weiterer Fakt ist: **43 Prozent** der Bevölkerung sind unter 15 Jahre alt. **60 Prozent** der jungen AfrikanerInnen sind **erwerbslos**. Die absolute Anzahl der in Armut lebenden Menschen hat auf dem afrikanischen Kontinent laut **globalhungerindex** während der besagten Wachstumsphase sogar noch zugenommen.

Insbesondere die starke Nachfrage der BRICS – Länder [17] nach Rohstoffen – allen voran China – hat den „**Wettlauf um Afrika**" immens gesteigert. Dementsprechend sind die vergleichsweise geringen afrikanischen Wachstumsraten nach 2015 auf den Preisverfall bei Rohöl und das abgeschwächte Wachstum der BRICS-Länder zurückzuführen. Zusätzlich auch durch das unglaublich klimaschädliche Fracking, welches den Preis für Rohöl natürlich drückt. Weiterhin haben die extrem hohen Summen von Spekulations- und Investitionsgeldern eine bedeutende Rolle gespielt.

Allein **25 Prozent** des gesamten afrikanischen Wirtschaftswachstums zwischen den Jahren 2000 und 2012 lassen sich auf den **Preisanstieg** bei **Rohstoffen** zurückführen. Dieses Wachstum ist jedoch nicht nachhaltig, da ein Großteil der Ressourcen nicht erneuerbar ist. Ebenso wenig werden dadurch in größerem Umfang neue Arbeitsplätze geschaffen. Wie wir bereits dargelegt haben, verlangsamt sich das Wachstum nach 2015 und zwar insbesondere in den Erdöl und Mineralien exportierenden Ländern: Erdöl in Nigeria, Gold in Ghana, Kupfer in Sambia, Kobalt in der DR Kongo, Uran in Namibia und Niger, sowie Bauxit in Guinea.

Fallende Ölpreise

Im Januar **2012** lag der Preis pro Barrel Brent bei 113,68 US-Dollar. **2013** bei 112,40; **2014** bei 107,71; **2015** bei 52,79; **2016** bei **35,04**; **2017** bei 57 und

13 30.07.2018, tagesspiegel.de/politik/vertreter-der-bundesregierung-rassismus-vorwurf-gegen-afrikabeauftragten-nooke/23170868.html

14 tagesspiegel.de/wissen/demographie-2100-ist-jeder-dritte-afrikaner/10722562.html

15 welt.de/politik/ausland/article131157709/2050-muss-Afrika-zwei-Milliarden-ernaehren.html

16 Weltbank, data.worldbank.org

17 BRICS: Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika

2018 bei 67,99 US-Dollar. [18] Das bedeutet, im Jahr 2016 haben die Erdölexportierenden Länder mehr als zwei Drittel (69,2 Prozent) **weniger Geld für ein Barrel Brent-Rohöl erzielt** als im Jahr 2012. In diesen Ländern führte der daraus resultierende Rückgang der Export- und Haushaltseinnahmen zu einer rapiden Verschlechterung der Lebensbedingungen der Werktätigen.

Aktuelle wirtschaftliche Entwicklung Afrikas

BIP nach Sektoren

Die volkswirtschaftliche Produktion wird in drei Sektoren unterteilt: Der erste Sektor – **Primärsektor** – erfasst die **land- und forstwirtschaftliche Produktion** sowie die Fischerei; der zweite Sektor – **Sekundärsektor** – die **industrielle Produktion**; der dritte Sektor – **Tertiärsektor** – die **Produktion von Dienstleistungen**.

Nach der „Drei-Sektoren-Hypothese" findet der größte Anteil der Wertschöpfung in wenig entwickelten Volkswirtschaften im Primärsektor statt; mit zunehmender wirtschaftlicher Entwicklung verlagert sich die Wertschöpfung in den Sekundärsektor, um dann in einem dritten Schritt vor allem im Tertiärsektor zu erfolgen.

In allen afrikanischen Ländern zusammengenommen ist die Aufteilung wie folgt: Im **Dienstleistungssektor** sind **31,4 Prozent** der **Erwerbstätigen** beschäftigt, der Anteil des Dienstleistungssektors am **BIP** liegt bei **54,4 Prozent**.

In der **Industrie** arbeiten **11,2 Prozent** der Erwerbstätigen, ihr Anteil am **BIP** liegt bei **28,3 Prozent** (davon **11,1** im verarbeitenden Gewerbe, in dem **6 Prozent** der **Erwerbstätigen** beschäftigt sind).

In der **Landwirtschaft** arbeiten **57,4 Prozent** der Erwerbstätigen, ihr Anteil am **BIP** liegt bei **17,3** Prozent. [19]

Der Anteil der Landwirtschaft in **Afrika** am BIP machte im **Jahr 2000 18,9** Prozent und im Jahr **2017 17,3 Prozent** aus, ist also in siebzehn Jahren kaum gesunken. Der Anteil des Dienstleistungssektors hat von 2000 bis 2017 lediglich um 6 Prozent zugenommen, während der Anteil an der Industrie um 4,4 Prozent abgenommen hat.[20]

Alle diese Entwicklungszahlen zeigen, dass es den afrikanischen Ländern vorrangig an der Entwicklung einer eigenen Industrie mangelt. Ohne eine eigene Industrie, mit einer eigenen Schwerindustrie, die die Basis einer verarbeitenden, maschinellen Produktion aufbaut, können sich die anderen beiden Bereiche nicht selbständig und unabhängig von der imperialistischen Ausplünderung und Ausbeutung entwickeln. Solange sie nur Trabanten der imperialistischen Weltökonomie sind, werden für sie nur Krümel des Wohlstandes abfallen.

Das Auf und Ab der BIP Zahlen zeigt diese Abhängigkeit von den imperialistischen Ländern. Und steigende BIP Zahlen bedeuten im Imperialismus nicht automatisch Wohlstand für alle.

Ausländische Direktinvestitionen (ADI / FDI engl)

Der Kapitalimport und -export hat seit Entstehung des Imperialismus enorm an Bedeutung gewonnen.

FDI Zahlen im Vergleich

Direktinvestitionsexportbestand (FDI stock)

Die FDI stock bezeichnen den akkumulierten Kapitalexport – oder Importwert in Form von Direktinvestitionen.

FDI inward stock – der Bestand, den die Staaten erhalten haben

Afrika hat einen Bestand von **2,75 Prozent** aller weltweit akkumulierten Direktinvestitionen.

Kapitalimport in Form von Direktinvestition (FDI inflows)

2017 betrugen die Direktinvestitionen weltweit 1 429 807 Mio. Dollar. In die EU flossen 303 580 Mio. Dollar, nach China 136 320 Mio. Dollar und **41 772 Mio.** Dollar sind das **nach Afrika** eingeführte Kapital (**2,9 Prozent** im Weltranking).

Kapitalexport in Form von Direktinvestition (FDI outflows)

Aus Afrika flossen **12 078** Mio. Dollar (**0,8 Prozent** im Weltranking). Afrika ist damit ein großer Netto-Kapital-Nehmer.

Nach Afrika sind die Direktinvestitionen 2017 auf etwa 42 Mrd. Dollar gesunken. Ein **Rückgang** um **21 Prozent** seit 2016. Allerdings sind weltweit die Kapitalflüsse um 23 Prozent auf 1,43 Billionen Dollar gesunken.

Direktinvestitionen **aus Afrika** dagegen sind um **8 Prozent** auf 12 Mrd. Dollar **gestiegen**.[21]

Investoren aus den **USA** halten mit 57 Mrd. Dollar, **Großbritannien** mit 55 Mrd. und **Frankreich** mit 49 Mrd. nach wie vor die größten Direktinvestitionen in Afrika. Gefolgt von **China** mit 40 Mrd. und Südafrika

18 finanzen.net/rohstoffe/oelpreis/historisch?type=Brent, Stand November 2018

19 AFRICAN STATISTICAL YEARBOOK 2018, afdb.org/fileadmin/uploads/ afdb/Documents/Publications/ African_Statistical_Yearbook_2018.pdf

20 African Economic outlook 2018, Jahresbuch der Afrikanischen Entwicklungsbank Gruppe, afdb.org/en/knowledge/publications/african-economic-outlook/

21 World Investment Report 2018, unctad.org/en/PublicationsLibrary/wir2018_en.pdf

mit 24 Mrd. Italien hat sich auch zu einem wichtigen Investor entwickelt, insbesondere im Energiesektor. Der Bestand an Chinas Direktinvestitionen hat sich allerdings von 16 Mrd. Dollar in 2011 auf 40 Mrd. in 2016 mehr als verdoppelt.

Handelsbilanz – immer negativ

Die Handelsbilanz ist die Gegenüberstellung des Exports und Imports von Waren in einer Volkswirtschaft. Aktiv ist die Handelsbilanz, wenn der Wert der Exporte den Wert der Importe übersteigt (Handelsbilanzüberschuss), passiv ist sie im umgekehrten Fall (Handelsbilanzdefizit).

In Afrika herrscht seit Jahren ein **Handelsbilanzdefizit**:

Export

Jahr	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017
Ökonomie									
Africa	393 529	521 435	610 715	639 715	602 322	553 130	389 783	355 425	413 836
Northern Africa	141 943	177 764	172 707	204 741	183 610	152 933	105 794	101 998	113 392
Sub-Saharan Africa	251 586	343 671	438 008	434 974	418 712	400 197	283 989	253 427	300 444

Import

Jahr	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017
Ökonomie									
Africa	411 660	479 324	567 181	616 723	640 538	644 698	555 143	496 311	534 262
Northern Africa	158 767	178 712	191 610	220 151	227 643	224 681	196 106	183 036	194 127
Sub-Saharan Africa	252 893	300 612	375 571	396 572	412 895	420 017	359 038	313 274	340 135

Im Jahr 2017 exportierte Afrika Waren im Wert von 413 836 Mio. US-Dollar und importierte zugleich für 534 262 Mio. US-Dollar. Das macht ein **Defizit** von **120 426 Mio.** US-Dollar aus. [22]

Forciert durch das Handelsbilanzdefizit steigen die **Leistungsbilanzdefizite** Afrikas stetig an, insbesondere zwischen 2009 und 2015. [23]

Afrika **importiert** hauptsächlich Eisen und **Stahlprodukte**, **Kraftfahrzeuge** für den Güter- und Personentransport, **Fertigwaren**, Brennstoffe und Agrarprodukte (vor allem Getreide). Importiert wird hauptsächlich aus China, Frankreich, Deutschland, Italien und aus Spanien.

Die Exporte Sub-Sahara-Afrikas in den Rest der Welt sind noch immer von **Rohstoffen** dominiert. Fast zwei Drittel der Exporte umfassen Brennstoffe, Erze und Metalle. 15 Prozent sind Agrarprodukte und nur 16 Prozent Fertigprodukte. Seit der **Kolonialzeit** hat sich an dieser Situation **wenig verändert**. Exporte gehen hauptsächlich nach Frankreich, Italien, Spanien, Großbritannien und in die USA. [24]

Der Anteil am Erlös von Rohstoffen war zwischen 2012 und 2016 ziemlich deutlich gesunken. Das lag aber nicht daran, dass weniger Ressourcen geplündert wurden, sondern am Verfall der Preise. In Nigeria führte das zu einer ökonomischen Krise. Zwischen 2012 und 2016 sank in Nigeria der Anteil am Erlös von Rohstoffen dramatisch von 16 auf 6 Prozent des BIP.

Inflationsrate

Auf der **Welt** liegt die durchschnittliche Inflationsrate 2017 bei 2,6 und 2018 bei geschätzten **2,8 Prozent**.

2017 beträgt sie auf dem **afrikanischen Kontinent** 13 Prozent, 2018 **9,5 Prozent**.

In der **DR Kongo** ist die Inflation 2017 schätzungsweise um 20 Prozentpunkte auf fast **45 Prozent** hochgeschnellt. In **Ägypten** wird die durchschnittliche Inflationsrate auf **30,5 Prozent** geschätzt. Libyen und der Sudan werden ebenfalls mit einer Inflation von fast 27 Prozent veranschlagt. [25]

Imperialistische Neuaufteilung Afrikas

Bereits in *Trotz alledem!* Nr. 65 haben wir festgestellt: Bis zum Zusammenbruch der sozialimperialistischen Sowjetunion waren Frankreich, England, die USA und Deutschland die stärksten imperialistischen Mächte auf dem afrikanischen Kontinent. Jedoch ist die imperialistische Großmacht China seit der Jahrtausendwende zum wichtigsten Wirtschaftspartner Afrikas aufgestiegen und hat die alten Kolonialmächte verdrängt. Die aufsteigenden Mächte Indien, Brasilien und Südafrika mischen ebenfalls an vorderster Stelle mit, und die kleinere Macht Türkei versucht auch, im

22 Im Jahr 2016 exportierte Afrika Waren im Wert von 355 425 Mio. US Dollar und importierte zugleich für 496 311 Mio. US Dollar. Das macht eine Defizit von 140 886 Mio. US Dollar. UNCTADSTAT, Statistik der UN, unctadstat.unctad.org/EN/

23 Die Leistungsbilanz erfasst neben Exporten und Importen von Waren und Dienstleistungen auch Zahlungen und Transfers aus Erwerbs- und Vermögenseinkommen.

24 AFRICAN STATISTICAL YEARBOOK 2018, S. 112

25 un.org/development/desa/dpad/wp-content/uploads/sites/45/publication/WESP2018_Full_Web.pdf

Kampf um Rohstoffe mitzumischen.
Auch an dieser Einschätzung hat sich **im Wesentlichen nichts verändert**. Im Gegenteil, diese Situation hat sich insoweit verstärkt und zugespitzt als die zwischen imperialistischen Widersprüche in der „multipolaren" Welt sich enorm verschärfen.

Imperialistische Großmacht China

In kürzester Zeit ist China in Afrika mit einem Handelsvolumen von 170 Mrd. Dollar im Jahr 2017 mit Abstand die wichtigste Wirtschaftsmacht geworden. Der Anteil Chinas an afrikanischen Exporten betrug 1,6 Prozent im Jahr 1995 und schnellte auf 9,7 Prozent im Jahr 2009. 2017 belief er sich auf 12,43 Prozent.
Chinas Anteil an Importen aus Afrika wuchs im gleichen Zeitraum von 2,5 Prozent auf 11 Prozent und umfasste 2017 mehr als 15 Prozent. [26]
Der Bestand an Direktinvestitionen ist zwar noch niedriger als derjenige der USA, Großbritanniens oder Frankreichs. Das liegt aber **nur** daran, dass diese Länder bereits seit längerer Zeit in Afrika investiert haben. Es ist nur eine Frage der Zeit, bis China auch hier vorne liegt.
Die Wachstumsraten der Direktinvestitionen zeigen: Zwischen 2010 und 2014 stieg der Zufluss von Direktinvestitionen von China nach Afrika um 25 Prozent, der Großbritanniens um 11 Prozent, der der USA um 10 Prozent und der Frankreichs um 6 Prozent.
Am 3. und 4. September 2018 fand das Forum On China Africa Cooperation (FOCAC) statt. Zu Beginn dieses Gipfels kündigte der chinesische Staatspräsident Xi Jinping neue chinesische Investitionen von insgesamt **60 Mrd. Dollar** an. Das ist nicht neu, denn fast täglich berichten die Medien über chinesische Investitionen auf dem afrikanischen Kontinent. Mehr als 10 000 chinesische Firmen sind in Afrika aktiv. [27]

26 IWF, data.imf.org
27 mckinsey.com/featured-insights/middle-east-and-africa/the-closest-look-yet-at-chinese-economic-engagement-in-africa, Stand Juni 2017

China ist nicht nur der größte Infrastrukturfinanzier auf dem Kontinent. 50 Prozent der international ausgeschriebenen Projekte werden von chinesischen Firmen ausgeführt. Chinesische Megakonzerne bauen Straßen, Schienen, Brücken und Stromleitungen. Flughäfen, Kraftwerke, Fußballstadien. Regierungs- und andere öffentliche Gebäude werden aus dem Boden gestampft. In Äthiopien, Gabun, Ghana, Kamerun und Sambia haben chinesische Firmen riesige Staudämme errichtet und ein komplett neues Stadtviertel in der angolanischen Hauptstadt Luanda, Nova Cidade de Kilamba.
Zwei neue Eisenbahnstrecken sollen bald durch Kenia, Uganda, Ruanda, Burundi und den Südsudan führen. Gebaut wird die 13,8 Mrd. Dollar teure Strecke von der staatlichen China Road and Bridge Corporation (CRBC). Die chinesische Export-Import-Bank finanziert den Bau zu 90 Prozent. Die Telekommunikationsmonopole Huawei und ZTE haben einen Großteil der digitalen Netze in Afrika eingerichtet und kontrollieren sie.

Chinas Mammutprojekt „Neue Seidenstraße"

„One Belt, One Road" (Ein Band, Eine Straße) ist weltweit das größte Infrastrukturprogramm. Dieses Megaprojekt ist ein Geflecht aus Handelswegen, das in den nächsten Jahrzehnten gebaut werden soll. Diese Handelswege zu Land, zu Wasser und in der Luft werden die asiatischen, afrikanischen und europäischen Staaten miteinander verbinden. Über eine Billion Dollar will China in die „Neue Seidenstraße" investieren. Durch strategische „Partnerschaften" entlang der Handelsrouten schützt China seine eigene Wirtschaft. Die chinesische Regierung sichert sich zugleich durch Kooperationsverträge Zugriff auf dringend benötige Rohstoffe und baut zukünftige Absatzmärkte auf.

Landgrabbing

In Äthiopien, Mosambik, Sambia und anderen Ländern haben chinesische Agrarkonzerne bereits große landwirtschaftlich nutzbare Flächen erworben – man

Trotz alledem! Ausgaben mit Schwerpunktthemen Afrika:

Nr. 30/31, Februar 2004
Vor 100 Jahren Beginn des deutschen Kolonialkrieges gegen Herero und Nama
Afrika-Stiftung Anticolonial Africa Conference Berlin „Eine unbelastete Kolonialmacht?"
Nr. 32/33, Juni 2004
Die Kolonialpolitik der deutschen Bourgeoisie, D. Schreiber, Die Internationale – Zeitschrift für Praxis und Theorie des Marxismus! 1926
Nr. 34/35, Januar 2005
Deutscher Völkermord in Afrika: Das Deutsche Reich und der Völkermord in „Deutsch-Südwest" Buchbesprechung: „Herero" von Gerhard Seyfried
Nr. 36, Mai 2005
„Ein wichtiger Standort": Namibia und die BRD Deutsche Regierung zu ihrer Verantwortung am Völkermord
Nr. 57, April 2011
Aufruhr: Revolution der Völker in Nordafrika und Mittlerem Osten Intervention in Libyen
Nr. 58, September 2011
Sudan und Südsudan: Geschichte kolonialistischer Ausbeutung

kann es auch Landgrabbing nennen. Die afrikanischen Völker werden hierbei gewaltsam von ihrem Land vertrieben oder zum Verkauf ihres Grund und Bodens gezwungen. Nahrungsmittel und Biosprit sollen für den Export und den aufgrund der niedrigen Lohnkosten hohen Extra-Profit produziert werden.

Wirtschaft – Politik – Militär

Natürlich hat mit dem wirtschaftlichen Einfluss auch der politische zugenommen. Afrika stellt ein Viertel der Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen (UN). Diese sind somit wichtige Partner für die chinesischen Herrschenden zur Durchsetzung ihrer machtpolitischen Interessen. Die Hälfte der Unterstützer von Chinas Ansprüchen in der UN auf das strategisch wichtige und mutmaßlich rohstoffreiche Südchinesische Meer kommt allein aus Afrika.

In dem Maße, in dem die imperialistischen Interessen der chinesischen Monopolbourgeoisie auf dem afrikanischen Kontinent wachsen, strebt sie eine verstärkte militärische Präsenz an. Militärische Einmischung und Intervention wird in ihrer Logik immer notwendiger.

Etwa ein Fünftel der chinesischen Rüstungsexporte gehen nach Afrika. 2017 wurde in Dschibuti, der ehemaligen französischen Kolonie am Horn von Afrika, die erste chinesische Militärbasis auf dem afrikanischen Kontinent errichtet. Laut Pachtvertrag dürfen dort bis zu 10 000 chinesische SoldatInnen stationiert sein. 2014 hat China 700 Soldaten in einer UN-Mission im Südsudan stationiert. Bis zu 80 Prozent der südsudanesischen Ölexporte sollen nach China fließen.

Ein Bruch mit dem Prinzip der Nichteinmischung in die Angelegenheiten anderer Länder, das China bisher traditionell hochgehalten hat, um sich als „sozialistischer Partner" zu präsentieren. Beispiel Simbabwe: Nur eine Woche, bevor das Militär im November den langjährigen Präsidenten Robert Mugabe von der Macht putschte, befand sich der simbabwische Armeechef in Peking und traf sich mit dem chinesischen Verteidigungsminister Chang Wanquan.

Imperialistisches Bündnis EU – militärisch auf dem Vormarsch – Deutschland weitet Führungsanspruch in EU aus

Die EU hat in den letzten beiden Jahren einen enormen Wandel durchgemacht. Großbritannien, das bisher einer eigenständigen militärischen EU Politik kritisch gegenüberstand, ist durch den Brexit quasi raus. Kriegsministerin Ursula von der Leyen: *„Der Brexit (...) bringe ‚ein Momentum' mit sich, zumal auch Frankreich inzwischen bereit sei, in die Richtung einer gemeinsamen europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik zu gehen."* [28]

Bereits 2013 im Vorfeld der Münchner Sicherheitskonferenz hatte von der Leyen angekündigt, *„dass sich das neue deutsche Selbstbewusstsein durch mehr militärische Einsätze in Afrika zeigen werde. Seitdem wurden in und bei den Hauptstädten Malis und Nigers mehrere zivil-militärische EU-Stützpunkte aufgebaut, die sichtbar auf Dauer angelegt sind und in denen Deutschland eine zentrale Rolle spielt."* [29]

Seitdem rüstet die EU kräftig auf. Die Gründung der **PESCO** [30] im Dezember 2017 zeigt klar, worauf die Strategie der EU abzielt. Eine gemeinsame **Sicherheits-** und **Verteidigungspolitik** soll durchgesetzt werden. Eine **EU-Armee** wird aufgebaut, um die Durchführung gemeinsamer Rüstungsprojekte unter der Führung Deutschlands und Frankreichs abzusichern. In der **EU-Globalstrategie** vom Juni 2016 werden daher als gemeinsame „Interessen" ein „offenes und faires Wirtschaftssystem" und der „**Zugang zu Ressourcen**" sowie der „**Schutz**" von **Handelswegen** festgelegt. Als potenzielle Einsatzgebiete werden öst-

28 tagesspiegel.de/politik/initiative-ursula-von-der-leyens-der-brexit-als-chance-fuer-eine-eu-verteidigungspolitik/14553468.html

29 imi-online.de/2017/12/13/das-kerneuropa-konstituiert-sich-im-sahel/

30 (englisch Permanent Structured Cooperation, kurz PESCO, deutsch Ständige Strukturierte Zusammenarbeit, kurz SSZ)

Nr. 59, Januar 2012
Ostafrika/Somalia Hungertod:Barbarei
Hungerrevolten: Einziger Ausweg
Nr. 61, September 2012
Interview mit Mercedesarbeiter aus Südafrika
Nr. 62, Januar 2013
Vergessene Westsahara: Sahrauische Volk im Widerstand Interview über den 13. Kongress der Frente Polisario
ArbeiterInnen Südafrikas – Im Aufbruch!
Nr. 64, September 2013
Ägypten: Wie wird eine Volksrebellion in einen Militärputsch umfunktioniert?

Fokus Afrika Serie
Nr. 65, Januar 2014 – Teil 1
Fokus Afrika – Unterwerfung und Kolonialgeschichte Interview: „Insgesamt haben die Menschen in Afrika viele Hoffnungen ..."
Deutsche Weltstrategien… Beispiel Afrika
Nr. 66, Mai 2014 – Teil 2
Zentralafrika – im Herzen des Kontinents
Interview mit Zacharias, von IMI – Militarisierung und deutsche Politik
Nr. 67, September 2014 – Teil 3
Demokratische Republik Kongo – lange Geschichte von Krieg und Ausplünderung
Interview: Roger von der Revolutionary Organization from the Congo Republik Kongo

lich die Länder „Zentralasiens" und südlich alle Staaten bis „**Zentralafrika**" benannt. Gleichzeitig gelte es, die Seewege im „Indischen Ozean" ebenso zu sichern, wie „am **Golf von Guinea** bis hin zum **Südchinesischen Meer** und der Straße von Malakka." Sieben militärische **„Missionen", d.h. Interventionen** werden zurzeit in Afrika durchgeführt und drangsalieren die Völker.

EU – Im Wettlauf um den besten Zugang zu den für die Industrieproduktion wichtigen Rohstoffen und Absatzmärkten

Die führenden Länder Europas, Deutschland und Frankreich, betrachten Afrika aufgrund ihrer kolonialen Vergangenheit noch immer als ihre Einflusssphäre. Sie behandeln die Länder Afrikas wie „ihren Hinterhof". Doch die neokoloniale Abhängigkeit Afrikas von Europa wird durch massiven Einfluss der imperialistischen Großmacht China und auch der Großmacht Russlands untergraben. Aber auch sich kapitalistisch entwickelnde Länder, wie Indien, Saudi-Arabien, Brasilien und die Türkei treten als Konkurrenten auf den Plan.

Europa – Größter Handelspartner Afrikas

35,9 Prozent des afrikanischen Handels im Jahr **2015** (Import und Export) findet mit der EU statt. Mehr als **ein Drittel** der afrikanischen **Exporte** gehen in die EU. Die **Hälfte** aller Exporte machen Rohstoffe aus, nimmt man Agrargüter hinzu, sind es fast **drei Viertel**.

41,1 Prozent der afrikanischen Importe kommen im gleichen Jahr aus der EU. Afrika importiert aus der EU vor allem Maschinen, Fahrzeuge sowie weitere Technologieprodukte. Dies führt dazu, dass Produkte mit hohen Wertschöpfungsanteilen aus den Staaten der EU geliefert, während Rohprodukte mit niedrigen Wertschöpfungsanteilen aus Afrika in die EU importiert werden.

Die Handelsbilanz Afrikas zur EU ist negativ, Afrika importiert mehr aus der EU, als der Kontinent exportiert. Und innerhalb der EU exportiert kein Land so viel auf den afrikanischen Kontinent wie Deutschland.

32 Mrd. Euro wurden 2015 in Afrika von EU-Unternehmen investiert. Der Gesamtbestand an ausländischen Direktinvestitionen aus der EU in Afrika belief sich auf 294 Mrd. Euro, was etwa ein Drittel der ausländischen Direktinvestitionen in Afrika ausmacht.

Die Europäische Investitionsbank hat im gleichen Jahr mehr als 20 Mrd. Euro in mehr als 330 öffentliche und private Projekte in Afrika investiert. [31]

Ende November 2017 fand in der Elfenbeinküste das 5. Treffen der Afrikanischen Union (AU) mit der Europäischen Union (EU) statt (**EU-Afrika-Gipfel**). Seit einiger Zeit steht Afrika im Fokus der europäischen geopolitischen Strategen. Auch dieses Treffen diente dazu, Europas Einfluss auszubauen, um die Konkurrenz auszubooten.

Landgrabbing à la EU

In der Abschluss-Erklärung des Gipfels über *„Agrobusiness" und „Agro-Wertschöpfungsketten*" wird vor allem die Öffnung der afrikanischen Landwirtschaft für internationale Investoren vorgesehen. Zugleich soll der afrikanische Markt für Saatgut und Landmaschinen für Agromonopole aus der EU geöffnet werden. Das begünstigt das Landgrabbing à la EU. Der Agrarbereich fällt unter das Diktat der EPAs. [32] Damit fallen EU-Monopole unter den Schutz von Investitionsklauseln. Eine treibende Rolle spielt hier der Finanzsektor auf der Suche nach neuen Spekulationsprojekten.

Flüchtlingsabwehr à la EU

Und nicht zuletzt spielt die Flüchtlingspolitik auf dem

31 consilium.europa.eu/media/31793/au-eu-summit_factsheet-v27nov.pdf

32 Economic Partnership Agreements – Ökonomische Partnerschafts-Abkommen. Für die EU sind die EPAs immens wichtig, um sich in der Rohstoffkonkurrenz durchsetzen zu können. Rohstoffreiche Länder werden mittels den EPAs gezwungen, ihre Rohstoffe verbilligt und bevorzugt an Europa abzugeben. Damit fallen EU-Monopole unter den Schutz von Investitionsklauseln. Eine treibende Rolle spielt hier der Finanzsektor auf der Suche nach neuen Spekulationsprojekten.

Nr. 68, Januar 2015 – Teil 4
Boomendes Ostafrika?!
Kolonialgeschichte+ Abhängigkeit
Nr. 70, September 2015 – Teil 5
Westafrika – Paradies für das Finanzkapital
Elend für die Völker
Nr. 71, Januar 2016 – Teil 6
Nigeria: In den Fängen des Imperialismus
Nr. 72, Mai 2016 – Teil 7
Südliches Afrika – Ökonomie – Widerstand
Nr. 73, September 2016 – Teil 8
Südafrika I: Vom Kampf gegen Rassismus und Kolonialismus zum Kampf der Klassen!
Geschichte der südafrikanischen Republik
Nr. 74, Januar 2017 – Teil 9
Südafrika II: Aktuelle Politik der Dreierallianz ANC, SACP und COSATU + Klassenkampf
Nr. 75, Mai 2017 – Teil 10
Südafrika III: Imperialistische Ausplünderung Südafrikas, hegemonial-kapitalistische Politik der südafrikanischen Herrschenden.
Südafrika ein (neo-)imperialistisches Land?
Nr. 78, Mai 2018 – Teil 11
Nordafrika – Geschichte + Algerien und Marokko – RIF Kämpfe
Nr. 79, September 2018 – Teil 12
Tunesien: Revolte und neokoloniale Herrschaft!
Ägypten 2018: Auf die Rebellion folgte die brutale Konterrevolution

Gipfel eine vorrangige Rolle. Die Staaten der EU setzen vor allem auf Flüchtlingsabwehr, Rücknahmeabkommen und die Schaffung von Flüchtlingszentren in den Staaten Afrikas. Nordafrika ist für die EU das Abschottungszentrum gegen Fluchtbewegung aus dem Süden, dem ganzen afrikanischen Kontinent sowie Asien und Naher Osten.

Großmacht Deutschland

Die Rolle Deutschlands lässt sich nicht klar von der Rolle der EU auf dem afrikanischen Kontinent trennen. Im Kampf um eine Vormachtstellung in der Welt ist Deutschland alleine noch zu schwach. Dazu braucht es die EU und Frankreich. Auf der Konferenz des deutsch-französischen Ministerrates vom 13. Juli 2017 reklamierten Deutschland und Frankreich *„ihren Führungsanspruch in der EU"*. Gemeinsam bauen sie den sicherheitspolitischen Pfeiler aus, um *„... sich als deutsch-französisches EUropa auch gegenüber der NATO zu positionieren..."* [33]
Im Kampf um die Vorherrschaft innerhalb der EU setzt Deutschland aber nicht nur auf Frankreich, sondern macht sich zugleich in ehemaligen französischen Kolonien und neokolonialen Einflussgebieten breit.
Neben militärischen Einsätzen gibt es auch die diversen Denkfabriken der deutschen Wirtschaft, die über Märkte in Afrika informieren, z.B.: Der Afrika-Verein der deutschen Wirtschaft, der Lobbyarbeit für das deutsche Finanzkapital in den Ländern Afrikas macht.

Deutschland wirtschaftlich Zahlen und Fakten

Der **Exportanteil** von BRD nach Afrika gesamt liegt seit 15 Jahren um **2 Prozent** des deutschen Gesamtexports. Für Subsahara Afrika liegt der Wert bei 1,1 Prozent, für Nordafrika bei 3,4 Prozent im Jahr 2017. Der **Import** von Afrika nach Deutschland beträgt aus Nordafrika 1,3 und aus Subsahara-Afrika 1,2 Prozent aller Importe.
Deutschland hat mit den meisten Ländern Afrikas einen Außenhandelsüberschuss. [34]

Von den weltweit eine Billion Euro Direktinvestitionen der deutschen Wirtschaft machen Investitionen nach Afrika bislang **nur etwa ein Prozent** aus. [35]

Politisch-ökonomisch

Beim neokolonialistischen „Scramble for Africa" (Wettlauf um Afrika) liegt die deutsche Großmacht weit abgeschlagen gegenüber China, Indien… wie die Zahlen-Fakten zeigen. Nicht mal **zwei Prozent** Handel, **nur etwa ein Prozent** an Direktinvestitionen, der afrikanische Absatzmarkt und lukrative Aufträge stehen auf dem Spiel. Inzwischen hat auch Deutschland Afrika als großen Absatzmarkt identifiziert.
„Im Augenblick sind leider China, Russland und die Türkei Hauptinvestoren. Diese Länder haben erkannt, welche Chancen auf dem Kontinent liegen. Zunehmend erkennen auch europäische Firmen, dass Afrika der Zukunftsmarkt vor der Haustür ist, wir sollten den Markteintritt nicht verpassen", so Gerd Müller, Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. [36]
In den letzten Jahren präsentierten Ministerien, politische Stiftungen und Parteien immer wieder neue Afrikapläne. Damit sollen für die deutsche Wirtschaft günstigere Bedingungen geschaffen werden, um auf dem afrikanischen Kontinent zu investieren.
Die **Afrikakonzepte des Auswärtigen Amtes** (2011), **der Bundesregierung** (2014) und schließlich im Jahr 2017 der **Marshallplan des BMZ** (Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung). Der G20-Gipfel in Hamburg im Juli 2017 entwickelte ein Programm „**Compact with Africa**" – Investitionspartnerschaften, in dem der Schwerpunkt auf die Förderung von Privatinvestitionen gesetzt wird.
Vorgespiegelt wird, die Länder Afrikas für private Investoren attraktiver zu machen. In Wahrheit geht es lediglich darum, eine Privatisierungs- und Deregulierungsinitiative in den afrikanischen Ländern für deut-

33 imi-online.de/2017/12/13/das-kerneuropa-konstituiert-sich-im-sahel/
34 Fakten zum deutschen Außenhandel, Berlin, Oktober 2018, Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi), S. 11, siehe: bmwi.de/Redaktion/DE/Publikationen/Aussenwirtschaft/fakten-zum-deuschen-aussenhandel.pdf?__blob=publicationFile&v=20
35 German Business in Africa – Neue Chancen für deutsche Unternehmen afrikaverein.de/fileadmin/user_upload/AV_Jahresbericht_2017_2018.pdf
36 augsburger-allgemeine.de/politik/Gerd-Mueller-ueber-Afrika-Wir-haben-die-Menschen-billigst-ausgenutzt-id41947761.html, 05.07.2017

sche Monopole zu erleichtern. Auf dem G20-Gipfel wurden daher sogenannte Reformpartnerschaften beschlossen. Die Bundesregierung kündigte an, Ghana, Elfenbeinküste und Tunesien stärker zu unterstützen – **im Gegenzug für Reformen**. [37]

Im Zeichen des Marshallplans reiste BMZ-Minister Müller im August dieses Jahres in sieben afrikanische Länder: Eritrea, Äthiopien, Mosambik, Botswana, Simbabwe, Tschad und nach Ghana. Parallel dazu war auch Kanzlerin Merkel in Westafrika. Bei ihrer Reise nach Senegal, Ghana und Nigeria ging es neben Wirtschaftsabkommen – Merkel will Afrika nicht gänzlich China überlassen – vor allem auch um die Rückkehr Geflüchteter nach Afrika.

Politisch-militärisch

Die Bundeswehr ist heute in sechs afrikanischen Ländern stationiert: In Libyen, im Sudan, im Südsudan und in Dschibuti, Marokko und Mali.

Dabei zeigt sich deutlich, dass das deutsche Militär genau dort aktiv ist, wo die Interessen der deutschen Wirtschaftspolitik besonders betroffen sind: In der nördlichen Hälfte des afrikanischen Kontinents.

Z.B.: Am Horn von Afrika und im Sudan, wo der freie Warenverkehr gesichert werden soll.

Z.B.: In Mali, wo viele wichtige Rohstoffe vorhanden sind und von wo aus strategisch die gesamte Sahelzone kontrolliert werden soll. *„Unsere Wirtschaft ist ebenso auf gesicherte Rohstoffzufuhr und sichere internationale Transportwege angewiesen wie auf funktionierende Informations- und Kommunikationssysteme. Die Sicherheit maritimer Versorgungswege und die Garantie der Freiheit der hohen See sind für eine stark vom Seehandel abhängige Exportnation wie Deutschland von herausragender Bedeutung. Störungen unserer Versorgungslinien durch Piraterie, Terrorismus und Regionalkonflikte können Auswirkungen auf den Wohlstand unseres Landes haben.“* [38]

Imperialistische Ausplünderung

Wir konzentrieren uns in diesem Artikel zum Thema Ausplünderung Afrikas auf wenige Länder: China, weil diese imperialistische Großmacht auf dem afrikanischen Kontinent vorherrschend ist. Einige kommunistische Organisationen halten Chinas Expansion **sogar** für sozialistische Bruderhilfe. Das imperialistische EU-Bündnis und die Großmacht Deutschland, weil wir KommunistInnen in Deutschland sind. Der deutsche Imperialismus ist unser Hauptfeind und wir solidarisieren uns mit den Kämpfen der Völker, die von „unserem“ Imperialismus ausgebeutet und unterdrückt werden.

Im Wettlauf um Afrika machen sich auf dem afrikanischen Kontinent auch andere Länder breit: Die aufstrebende Macht Indien ist mittlerweile der zweitgrößte Handelspartner Afrikas.

Auch Saudi-Arabien, die Vereinigten Arabischen Emirate, Brasilien, die Türkei, Italien, aber auch südostasiatische Staaten, wie Indonesien und natürlich die alte Großmacht Russland sind dabei, ihren Einfluss in Afrika zu vergrößern.

Die alten Kolonialmächte Frankreich und Großbritannien versuchen, ihre Stellung zu halten. Die USA ziehen sich aus dem afrikanischen Kontinent stückweise zurück und überlassen der EU die wirtschaftliche und militärische Präsenz. Natürlich gibt es Konflikte zwischen der EU und den USA – auch um Afrika. Diese sind im aktuellen Machtgefüge allerdings untergeordnet.

Die Hauptfeinde der USA sind aktuell China und Russland. Deren Kämpfe verlagern sich Richtung Ostasien und dem südchinesischen Meer. Zudem ist das Verhältnis vieler afrikanischer Länder zu den USA derzeit angespannt. 53 Staaten Afrikas haben sich im Januar dieses Jahres in einer Erklärung gegen den US-Präsidenten Donald Trump gewandt, der ihre Länder pau-

37 bmz.de/de/presse/aktuelleMeldungen/2018/august/180830_pm_041_Minister-Mueller-bekraeftigt-deutsche-Unterstuetzung-fuer-Reformland-Ghana/index.jsp

38 Bundesministerium für Verteidigung, WEISSBUCH „016 – ZUR SICHERHEITSPOLITIK UND ZUR ZUKUNFT DER BUNDESWEHR“, Juni 2016, S. 50, bmvg.de/resource/blob/13708/015be272f8c0098f1537a491676bfc31/weissbuch2016-barrierefrei-data.pdf

schal als „Dreckslöcher“ (shitholes) abgestempelt hatte.

Fazit

Afrika ist eine der umkämpften Regionen in der weltweiten Geopolitik

Die koloniale und neokoloniale Ausbeutung, der Rohstoffhandel...

Der Rohstoffreichtum ist in Wahrheit ein Fluch. Die Gewinne fließen in die imperialistischen und kapitalistischen Länder, in die transnationalen Konzerne, sowie in die Taschen einiger weniger Kompradoren in Afrika. Für die Mehrheit der Werktätigen Afrikas bedeuten er enorme Klimaveränderung, Dürren, Überschwemmungen, Verschmutzung sowie Rohstoffkriege.

Die imperialistischen Länder, allen voran die Großmächte halten den afrikanischen Kontinent nach wie vor auf niedrigstem Industrialisierungsgrad. Die Landwirtschaft macht einen enormen Anteil am BIP aus (17,3 Prozent). **Weltweit** liegt der Anteil der Landwirtschaft am BIP nur bei **3,2 Prozent**.

Die Industrieproduktion in Afrika ist als Anteil des BIP ziemlich gering und konzentriert sich hauptsächlich auf nordafrikanische Länder und die Republik Südafrika. Der Anteil des verarbeitenden Gewerbes am gesamtafrikanischen BIP ist in den letzten Jahren leicht zurückgegangen und liegt mit 11,1 Prozent weit unter dem in anderen gering entwickelten, abhängigen Ländern. Afrikas Anteil am verarbeitenden Gewerbe weltweit ist von ca. drei Prozent im Jahr 1970 heute auf unter zwei Prozent gesunken.

Der Dienstleistungssektor ist der am schnellsten wachsende Sektor, liegt jedoch mit 54,4 Prozent weit unter dem Weltdurchschnitt.

Die neokoloniale Abhängigkeit Afrikas hat sich nicht vermindert – im Gegenteil, sie hat sich verstärkt!

Die chinesische Großmacht befindet sich ungebremst auf dem Vormarsch und hat zumindest die wirtschaftliche Kontrolle über fast alle Gebiete in Afrika, vor allem in Ostafrika.

Der deutsche Imperialismus als eine führende Macht innerhalb der EU schmiedet ungehemmt Pläne, um seinen Einfluss auf dem afrikanischen Kontinent zu verstärken.

Inwieweit sich die Völker Afrikas aus den neokolonialen Klauen befreien können, hängt auch von ihrer Kampfstärke ab.

Widerstand und Klassenkampf

2018

Dezember: Aufstand im Sudan – Seit die Regierung Mitte Dezember 2018 die Verdreifachung des Brotpreises ankündigt, demonstrieren und streiken Ärzte, Studierende und andere Werktätige im ganzen Land. Sie fordern Veränderung, Freiheit und Demokratie. Sie wollen sich vom brutalen Regime Omer Al-Bashirs befreien.

Dezember: Ägypten – Die britische Zeitung Guardian berichtet, dass die Behörden in Kairo den Verkauf gelber Warnwesten stark begrenzt haben. Diese dürfen jetzt nur an Unternehmen und das auch nur nach einer polizeilichen Erlaubnis verkauft werden. Offensichtlich hat die ägyptische Regierung Angst vor Aufständen. [39]

November: Tunesien – Generalstreik in Tunesien für Lohnerhöhungen im öffentlichen Dienst. Mehr als 90 Prozent der staatlichen Angestellten legen laut tunesischen Medien ihre Arbeit nieder. Im Dezember kommt es nach der Selbstverbrennung eines Journalisten zu weiteren Aufständen.

August: Südliches Afrika – Frauen in verschiedenen Teilen Südafrikas sind auf die Straße gegangen, um gegen die zunehmende geschlechtsspezifische Gewalt im Land zu protestieren.

August: Namibia – Im August erkämpften ArbeiterInnen einen Erfolg gegen Südafrikas größte Einzelhandelskette Shoprite. Der Konzern wollte die Beschäftigten erpressen, musste jedoch vor ihrem Widerstand

39 theguardian.com/world/2018/dec/11/egypt, eingesehen 12.2018

zurückweichen und die Erpressung zurücknehmen. [40]

Juli: Mosambik – Der Widerstand in Nakarari und anderswo hat ProSavana, dem größten Agrobusinessprojekt in Afrika, einen schweren Schlag versetzt. Entlang des Nacala-Korridors im Norden Mosambiks sollen auf 14 Mio. Hektar Land „Cash Crops" (Soja, Baumwolle und Mais) für den Weltmarkt angebaut werden. Das ProSavana-Projekt ist Teil des großen Wettrennens um Ackerflächen in der Subsahara. Seit sich die Preise für Grundnahrungsmittel verdoppelt oder sogar verdreifacht haben, verspricht der Erwerb riesiger Anbauflächen schnellen Profit.

Juni: Gambia – In Faraba Banta protestierte die Bevölkerung seit einiger Zeit gegen den industriellen Sandabbau, der die Reisfelder massiv schädigt. Am 18. Juni riefen mehrere Organisationen zu einer Protestdemonstration auf. Die Demonstration wurde von der Polizei ohne Vorwarnung angegriffen – mit tödlichen Schüssen. Drei Demonstranten starben. Sechs Demonstranten wurden festgenommen, allerdings im Zuge landesweiter Kritik wieder frei gelassen.

April: Südafrika – Der klassenkämpferische Gewerkschaftsbund SAFTU demonstrierte während eines landesweiten Protests gegen den niedrigen Mindestlohn. [41]

Januar-März: Tschad – Sieben Wochen lang streiken 90 000 ArbeiterInnen vor allem in der Verwaltung, den Schulen und Krankenhäusern bis die Regierung der gemeinsamen Gewerkschaftsfront im öffentlichen Dienst zusagt, die ausstehenden Februargehälter so schnell wie möglich auszuzahlen und auf weitere Kürzungen zu verzichten.

2017

Oktober-Dezember: Uganda – Ärzte im öffentlichen Gesundheitssystem traten drei Wochen lang in einen Streik, obwohl Regierung, Ärztegewerkschaft und der Gewerkschaftsbund NOTU den Streik für illegal erklärten. Dennoch haben die streikenden Ärzte einen Erfolg verbucht: Sowohl ihre Gehaltsforderungen, als auch die Forderung nach höheren Ausgaben für den Gesundheitssektor im Staatshaushalt werden erfüllt.

November: Kenia – 51 Tage lang streiken rund 25 000 Krankenschwestern in Kenias öffentlichen Krankenhäusern für die Einhaltung eines Tarifvertrages, den ihre Gewerkschaft KNUN bereits im Jahr 2013 abgeschlossen hatte. Die Krankenschwestern erhielten keinen Lohn, und es gab zwei Mal den Beschluss, die Krankenschwestern per Entlassungs-Ultimatum zur Beendigung des Streiks zu erpressen. Nach einem langen Streik erkämpfen sie einen neuen Tarifvertrag. Alle Kündigungen und angedrohten Kündigungen müssen zurückgenommen werden. Auch die Ausbezahlung der ausstehenden Löhne wurde vereinbart.

40 jungewelt, 13.08.2018, S. 9

41 Im April 2017 hat sich in Südafrika der South African Federation of Trade Unions, Südafrikanischer Gewerkschaftsbund – SAFTU gegründet. Im SAFTU sind 30 Gewerkschaften organisiert, darunter zwei, die aus der COSATU ausgeschlossen wurden, die Metallarbeiter der NUMSA und die FAWU (Gewerkschaft der Nahrungsmittelindustrie).
saftu.org.za/the-federation/, eingesehen 12.2018

Aus dem Inhalt Nr. 76

ÖSTERREICH

Kühle Aussichten und ein heißer Herbst

Nur der Sturz des imperialistischen Systems beendet die Flüchtlingstragödie!

Sex statt 12 – mehr Zeit für dich!

Kampf gegen den 12-Stundentag (Proletarische Fahne)

Schlechtes Klima? – Scheiß System!

WIRTSCHAFT

Konjunkturentwicklung &prognostizierter Wachstumseinbruch 2019

KLASSENJUSTIZ

Freiheit für Turgut Kaya!

Urteil im NSU-Prozess

Jahrestag Berkin

AuO: Prozess gegen die Anatolische Föderation

INTERNATIONAL

Ehre den TIKKO-Gefallenen (TKP/ML)

NEPAL: Auflösung des Maoist Centre in die UML ein Sprung rückwärts

Abkommen Griechenland und Mazedonien dient den Kriegsplänen der USA! (KKE-ml)

Verurteilt das Massaker an palästinensischen DemonstrantInnen (KP Philippinen)

Rohani in Wien und die Lage im Iran (MLSK)

Türkei-Nordkurdistan: Seit 700 Wochen Proteste gegen das Verschwindenlassen

50 Jahre Besetzung der ČSSR durch Warschauer Pakt-Truppen

Philippinen: Armee-Massaker in Panay (Migrante)

THEORIE

Der vermeintliche Faschismus Donald Trumps und der Antifaschismus eines Bob Avakian

Bestellen bei: www.prolrevol.wordpress.com

Deutsche Zustände

Krieg, Rassismus und innere Faschisierung

Flüchtlingsbekämpfung – Fall Amri – DFB Affäre Özil – Hetzjagd Chemnitz – Polizeigesetzverschärfung

Widerstand organisieren!

68,5 Mio. Menschen waren laut UNHCR [1] Ende 2017 weltweit auf der Flucht. Die höchste Zahl seit 1951. 2007 mussten 37,5 Mio. Menschen fliehen. Ende 2017 leben 85 Prozent der Geflüchteten weltweit in Staaten mit sehr niedrigen oder mittleren Einkommen. Das heißt, in abhängigen, neokolonialistisch unterdrückten Ländern. Gemessen an der Gesamtzahl der geflüchteten Menschen, schaffen es nur sehr wenige Menschen in die imperialistischen Länder zu fliehen. Trotzdem wird gerade in diesen reichen Ländern eine abweisende, rassistische Politik gegen Geflüchtete praktiziert. Ins Zentrum der gesellschaftlichen Debatten wird das „Flüchtlings"-Thema als Bedrohung gestellt und eine chauvinistisch-nationalistische Haltung geschürt.

Nicht nach Fluchtursachen wird gefragt. Sondern im Gegenteil: Bewusst werden die Ursachen unter den Teppich gekehrt. Geflüchtete Menschen, die um ihr Leben und das ihrer Kinder zu retten, unfreiwillig ihr Land verlassen müssen, werden als die Schuldigen und als Feinde der „westlichen" Sozialsysteme angeprangert.

Eine der Hauptursachen sind die mörderischen Kriege und ihre verheerenden Folgen für die Werktätigen in all diesen Ländern. Geführt von den imperialistischen Großmächten und regionalen Staaten für die Neuaufteilung der Welt. Laut „Konfliktbarometer" des Heidelberger Instituts für Internationale Konfliktforschung (HIIK) wurden 2017 20 Kriege in der „höchsten Eskalationsstufe" und 16 als „begrenzten Kriege" eingestuft. Außerdem 222 bewaffnete Konflikte. Kriege wüten aktuell in Afghanistan, Irak, Syrien, Jemen, Libyen, Mali, Kongo, Somalia, Ukraine, Südsudan – um nur einige zu nennen.

Die Flucht von Menschen in die imperialistischen Metropolen, in die EU, USA, Australien etc. soll mit allen Mitteln verhindert werden. Eine über 3 000 km lange Mauer zwischen USA und Mexiko ist schon längst errichtet. Und wird weiter verlängert und ausgebaut. Durch die Westsahara, durch Palästina und weitere Länder ziehen sich Tausende Kilometer lange Mauern und Grenzanlagen.

Der türkische Staat ließ in den letzten Jahren eine 911 km lange Mauer an der Grenze zu Westkurdistan/Rojava installieren. EU-Staaten haben allein seit 2015 ca. 760,8 km lange Grenzbefestigungen errichtet. Im Mittelmeer und der Ägäis führt die EU mit Frontex einen offenen Krieg gegen Menschen auf der Flucht. Die Meere sind „Massengräber".

Wenn Menschen trotz aller Repressionen schaffen, nach Europa zu gelangen, erleben sie einen anderen Horror. Von wegen Hilfe! Von wegen Schutz! Systematische Abschiebepolitik und rassistische Angriffe, so sieht der Alltag aus. Die Herrschenden äußern immer mehr „Verständnis" für den faschistischen Mob und deren Hetzjagden auf Geflüchtete und MigrantInnen.

Die imperialistischen Großmächte führen nicht nur in den oben genannten Ländern Krieg, sondern bereiten sich auch auf einen Weltkrieg vor. Dafür benötigen sie ein „ruhiges Hinterland". Während sie militärisch weiter aufrüsten, verstärken sie die innere Faschisierung. Rassismus und Chauvinismus sind ihre Hauptinstrumente. Ergebnis ist eine nationalistische, rassistische und faschistische Entwicklung weltweit.

In etlichen Ländern, auch in der EU sind offene Rassisten und Faschisten an Regierungen beteiligt, z.B. Ungarn, Polen, Österreich, Italien… In Brasilien wurde aktuell mit J. Bolsonaro ein bekennender, weißer Faschist zum Präsidenten gewählt, in Kolumbien der Faschist Iván Duque ...

In Deutschland, Frankreich, Finnland, Niederlande, Griechenland, Dänemark, Schweden, Schweiz u.a. werden „moderne" faschistische Parteien immer stärker. Teilweise sind sie die zweit- oder drittstärkste Kraft in den Parlamenten.

Chauvinismus und Rassismus haben in EU und USA Hochkonjunktur. Vor allem in Form des Antiislamismus, aber nicht nur: Auch Antiziganismus, Antisemitismus und alle andere Formen von Rassismus werden von den Herrschenden ständig geschürt. Diese Entwicklung ist keine vorübergehende Erscheinung, betrieben von „einigen Demagogen" oder von „durchgeknallten Alt-Nazis".

Die imperialistische Bourgeoisie im „Westen" braucht heute keine faschistische Diktatur, um ihre Herrschaft aufrechtzuerhalten. Aber für die Zeiten eines imperia-

1 www.uno-fluechtlingshilfe.de

listischen Weltkrieges ist der Faschismus an der Macht, eine Diktatur wie die Hitler-Nazi-Herrschaft eine Option.

Die heutige faschistische Bewegung wird einerseits dafür benutzt um die demokratisch-antifaschistischen Kräfte und religiöse, nationale und andere Minderheiten zu unterdrücken. Andererseits wird im Namen des Kampfes gegen den Faschismus die ganze Gesellschaft nach „rechts" gedrückt. Wie das? Die Parteien der „demokratischen Mitte" übernehmen mehr und mehr Positionen vom „rechten Rand".

Faschismus und reaktionäre bürgerliche Demokratie sind verschiedene Regierungsformen der selben Klasse: Die Klassendiktatur der Bourgeoisie, vor allem der Monopolbourgeoisie, des Finanzkapitals, über die ArbeiterInnen und Werktätigen. Deswegen darf der Kampf gegen diese Entwicklung für uns Kommunis-

tInnen auf keinen Fall bei der Verteidigung demokratischer Rechte und damit der reaktionären bürgerlichen Demokratie aufhören. Wer den Faschismus ein für alle Mal aus der Welt schaffen will, muss diesen Kampf für den Umsturz des kapitalistischen Systems und für Sozialismus führen.

Deutsche Zustände – 2018

Der institutionelle und strukturelle Rassismus verschmilzt mit dem gesamtgesellschaftlichen Rassismus und die innere Faschisierung läuft auf Hochtouren. Der Rassismus ist zur vorherrschenden Realität geworden.

Die „Flüchtlingsfrage" verbunden mit Anti-Islamismus wird dafür benutzt demokratische Rechte immer stärker abzubauen und eine Militarisierung der Gesellschaft zu legitimieren. Polizeigesetze werden verschärft, die der staatlichen Willkür Tür und Tor öffnen.

Mit den internationalen Kräfteverschiebungen, mit der sich verschärfenden innerimperialistischen Konkurrenz zwischen den imperialistischen Großmächten, ist der BRD-Imperialismus erstarkt. Seine Ambitionen bei der Neuaufteilung der Welt sind mächtig gewachsen. Deutschland wird in einem kommenden Weltkrieg einer der Hauptakteure sein. Militarisierung und Faschisierung gehen Hand in Hand.

Deutschland verstärkt seine Kriegsvorbereitungen und fördert seit Jahren in der EU – vor allem gemeinsam mit dem französischen Imperialismus – eine EU-Armee. Die Bundeswehr wird zur internationalen Eingreifarmee hochgerüstet. Für Aufrüstung werden Milliarden ausgegeben und beständig der Kriegshaushalt erhöht. Faschistische Parteien/Organisationen/Netzwerke werden heute auch gestärkt, um die Kriegsvorbereitung zu intensivieren. Die Option einer faschistischen Diktatur ist durchaus ein Werkzeug und Hebel.

Dafür wird im Inland der deutsche Rassismus geschürt. Die Spaltung der ArbeiterInnen und Werktätigen in MigrantInnen, in Geflüchtete und in „das deutsche Volk", diese rassistische Schiene ist Hauptpropaganda-Mittel in der Faschisierung. Daher wird heute die völkisch-faschistische AfD-Propaganda hoffähig gemacht. Der Boden dafür ist durch die rassistische Hetze aller bisherigen staatstragenden Parteien bereitet worden. Bis hin zur Linken, wie Frau Wagenknecht, die politisches Asyl für ein „Gastrecht" hält und von den AfD-Faschisten dafür Lob bekommt.

Die deutsche Großbourgeoisie und deutsche internationale Monopole stellen sich als weltoffen dar. Scheinbar wenden sie sich gegen faschistische Tendenzen. Aber gleichzeitig unterstützen sie eine faschistische Option als Sicherheitsgarantie.

Allein wenn wir uns die staatliche Repression gegen G20-GegnerInnen, nicht nur während des G20-Gipfels in Hamburg, sondern bis heute vergegenwärtigen. Vergleichen wir die „Großzügigkeit" des Staates und seiner Institutionen gegenüber FaschistInnen, wird ganz deutlich, auf wessen Seite die Herrschenden stehen.

Die Nazi-Netzwerke haben zwischen Januar und September 2018 12 613 Straftaten begangen und dabei 886 Menschen verletzt. Laut einer Antwort der Regierung auf eine Anfrage von „Die Linke" sind 467 mit gerichtlichen Haftbefehlen gesuchte, zur Fahndung ausgeschriebene Faschisten auf freiem Fuß. Und die Behörden wissen angeblich wieder nicht, wo sich die

faschistischen Gewalttäter aufhalten… Genauso wie bei den NSU-Mördern!

Diese ganze aktuelle Entwicklung wird von den meisten „Linken" und AntifaschistInnen bis hin zu sich kommunistisch nennenden Kräften als „Rechtsruck" bezeichnet. Verharmlosend wird von „Rechtspopulisten" oder „Rechtsextremisten" gesprochen. Sogar die offen faschistische Partei AfD wird nicht als solche eingeschätzt. Diese Begriffe dienen alle nur dazu, das Bewusstsein der ArbeiterInnen und werktätigen Massen zu vernebeln.[2]

Die in Deutschland sich sichtbar verschiebenden Grenzen der politischen Auseinandersetzungen innerhalb der herrschenden Klasse verlaufen nicht zwischen „links" und „rechts" oder „rechts" und „noch weiter rechts" sondern zwischen der reaktionären bürgerlichen Demokratie und Faschismus. Und um es nochmal bewusst zu machen, die Faschisierung geht von diesem Staat aus. Der antifaschistische und antirassistische Kampf, der Kampf um demokratische Rechte muss gegen das System, gegen den deutschen imperialistischen Staat geführt werden.

Flüchtlingspolitik

Nach den Bundestagswahlen im September 2017 hat die Neuauflage der GroKo am 14. März 2018 ihre Arbeit aufgenommen… CDU/CSU und SPD schwafeln im Koalitionsvertrag über die Einhaltung der Europäischen Menschenrechtskonvention, Genfer Flüchtlingskonvention oder zur UN-Kinderrechtskonvention etc. Sie versprechen, dass sie das Grundrecht auf Asyl nicht antasten werden. Aber sofort nach der Regierungsbildung starteten die Auseinandersetzungen über eine Verschärfung der Asylgesetzgebung.

Innenminister Seehofer und Kanzlerin Merkel stritten monatelang. Das hat fast zu einer Regierungskrise geführt. Anfang Juli hatten sie im „Asylstreit" mit Zustimmung der SPD eine Einigung erzielt. Es wurde ein „Paket zur Neuordnung der Asylpolitik" beschlossen. SPD Chefin Nahles lobte dies als „gute Lösung" und erklärte, Gesetzesänderungen seien dafür nicht nötig gewesen.

Tatsächlich ist im Koalitionsvertrag die grundlegende Haltung der Regierung in dieser Frage enthalten: Gegen geflüchtete Menschen, für härtere Abschottung und konsequentere Abschiebung. Trotz aller hohler Deklarationen über humanitäre Verpflichtungen.

Die EU-Flüchtlingspolitik hat dieselben Ziele: Möglichst viele Schutzsuchende vom Territorium der EU fernzuhalten bzw. in ihre Heimatländer zurück zu schicken. Das Schengen-Abkommen, das keine Kontrollen an den EU-Binnengrenzen vorsieht, längst unterlaufen.

Seehofer wollte als Innenminister weit über die Festlegungen im Koalitionsvertrag hinaus gegen geflüchtete Menschen vorgehen. Es ging letztendlich bei der Diskussion darum: Seehofer war für einen deutschen Alleingang in der deutschen Abschottungspolitik. Merkel war für eine EU-Lösung.

Die Einigkeit, die nach langer Diskussion erzielt wurde, beinhaltet, dass Asylverfahren beschleunigt werden sollen. Zurückweisungen sollen innerhalb von 48 Stunden erfolgen. Es wurde kein neues Gesetz verabschiedet. Aber die geführten Auseinandersetzungen haben zusätzlichen Boden für die rassistische Haltung in der deutschen Bevölkerung bereitet. AfD-Faschisten haben die „Asyleinigung" als ihr Verdienst verkauft und kündigten an: *„Wir jagen die Union, wir*

2 Wir lehnen die von bürgerlichen Politologen und auch ansonsten oft genutzten Begriffe wie „rechtsextrem, rechtsradikal, extreme Rechte, rechtsaußen, rechtspopulistisch" ab. Also benutzen wir in Artikeln diese Begriffe nur in Anführungsstrichen und wenn wir Bezug nehmen auf andere Dokumente. Die Theorie, dass die Demokratie das Mittlere ist, „ausgewogen" und sich an den „extremen Rändern" Demokratiefeindlichkeit, Gewaltbereitschaft und Terrorismus bewegen, lehnen wir ab. Faschismus ist neben der bürgerlichen Demokratie eine mögliche Herrschaftsform im Kapitalismus. Charakteristisch für die faschistische Ideologie sind Rassismus, Antisemitismus, Frauenfeindlichkeit, Militarismus, Nationalchauvinismus, Demokratiefeindlichkeit, Relativierung der Verbrechen des Hitlerfaschismus, menschenverachtendes Denken. Die Vertreter dieser Ideologie sind (Neo)Nazis, faschistisch, braun … Feinde der ArbeiterInnenklasse – und so benennen wir sie auch.

treiben sie vor uns her. Und das ist erst der Anfang.“ [3]
Das ist ein Beispiel wie bürgerliche Politiker und die Regierung selbst rassistische Maßnahmen ergreifen und gleichzeitig die Bevölkerung gegen Geflüchtete hetzen. So wird der Boden für die Faschisten bereitet.

Angeblicher „BAMF-Skandal“

Seit Januar 2017 wurde das BAMF von Jutta Cordt als Präsidentin geleitet. Wir wollen im Folgenden auf den „Skandal“ in der BAMF – Außenstelle Bremen eingehen, für das sie auch zuständig war.
Im Mittelpunkt standen Beschuldigungen in staatsanwaltlichen Ermittlungen gegen die mittlerweile suspendierte Chefin Ulrike Bremermann der Bremer BAMF-Behörde. Der Vorwurf lautete, sie habe unrechtmäßig zwischen 2013 und 2016 mehr als 1 200 Asylanträge positiv beschieden. Laut ihrer Nachfolgerin,

J. Schmid, seit Januar 2018 Leiterin der Außenstelle Bremen, wurden mindestens 3 332 Asylanträge falsch bearbeitet. Am 8. Mai wurde Schmid an ihren alten Arbeitsplatz zurückversetzt. Monatelang war der angebliche „Missbrauch des Asylrechtes“ in den Medien Hauptthema.
Bremermann arbeitete seit 1990 im Amt, ab 1993 als Leiterin der Außenstelle. Die betroffenen Geflüchteten, deren Anträge auf Asyl angeblich „zu Unrecht“ positiv beschieden wurden, waren hauptsächlich Jesidinnen und Jesiden aus Syrien und dem Irak. Obwohl sie in den Jahren 2015 und 2016 zu 90 bis 100 Prozent als „Schutzbedürftige“ anerkannt waren, wurden ihre Verfahren jetzt noch einmal „unter die Lupe genommen“. Sie selbst wurden auf das Übelste verdächtigt, angeblich mit falschen Informationen über ihre Identität, die deutschen Behörden angelogen zu haben. Unterstellungen über ganze Netzwerke „krimineller Asylantenhelfer aus Anwälten und Behördenvertretern“ wurden konstruiert. Neben Bremermann wurden auch drei Anwälte, ein Dolmetscher und eine weitere Person beschuldigt.
In Sondersitzungen des Innenausschusses wurden der derzeitige Innenminister Seehofer und die ehemaligen Friedrich und de Maiziere befragt. Gegenseitig haben sich die Herren die Verantwortung für die „Zustände im BAMF“ zugeschoben.
Der wirkliche Skandal, den das Innenministerium und der Beauftragte für Flüchtlingspolitik Peter Altmaier zu verantworten hatte, wurde unter den Teppich gekehrt. Stattdessen wurde Bremermann eine „falsche Humanität“ vorgeworfen. Also, wenn eine Beamtin sich gegenüber Schutzbedürftigen nach Worten der Herren Altmeier und Seehofer menschlich verhält, dann ist das ein „Skandal“ in Deutschland. Anfang Juni wurden die Ermittlungen der Polizei auch auf betroffene Geflüchtete ausgeweitet. Das Landeskriminalamt Bremen war angewiesen, hierzu eine fünfzig Beamte umfassende Ermittlungsgruppe „Antrag“ aufzubauen.
Am 23. Mai 2018 verbot Seehofer der Bremer Außenstelle, Asylentscheidungen zu treffen, bis zum vollständigen Abschluss der Ermittlungsverfahren und der laufenden Überprüfungen.
Zur Überprüfung wurden neben der BAMF Innenrevision, mehrere weitere Institutionen herangezogen. Verfassungsschutz, Bundespolizei, Sondersitzungen des Innenausschusses des Bundestages und so weiter. Die Ergebnisse des Abschlussberichtes der Innenrevision wurden im August veröffentlicht. Das BAMF musste wesentliche Teile des Revisionsberichts vom 11. Mai zu Gunsten der Außenstelle Bremen korrigieren. Die Präsidentin des BAMF, Cordt, wurde am 15. Juni 2018 von Innenminister Seehofer entlassen.
Die überwiegende Mehrzahl der Bescheide war korrekt ausgestellt. 18 315 seit dem Jahr 2000 positiv ausgestellte Bescheide wurden überprüft und letztlich 165 Fälle, also 0,9 Prozent bemängelt. Bremermann hat also korrekt ihre Rolle in der Abschiebemaschinerie ausgeführt. Weniger als ein Prozent Abweichung! Das wird skandalisiert. Allerdings wird trotzdem weiter polizeilich ermittelt, so aktuelle Medienberichte.
Fazit: Es gab keinen „Skandal“ in der Außenstelle Bremen. Aber es ist genauso wie Pro-Asyl-Geschäftsführer Günter Burkhardt einschätzt: Das hatte eine *„kata-*

3 jungeWelt, 04.07.2018

strophale öffentliche Wirkung. Es ist der Eindruck erweckt worden, Menschen aus Kriegs- und Krisengebieten hätten zu Unrecht Schutz bekommen. Diese Vorurteile hat auch der zuständige Bundesinnenminister durch seine Handeln bestärkt." [4] Die weiter geschürten Vorurteile gegen geflüchtete Menschen haben den deutschen Rassismus in der Bevölkerung gestärkt.
Die AfD- und alle anderen Faschos nutzen auch diese Gelegenheit, um ihre menschenverachtende Propaganda zu verbreiten. Die menschenfeindliche Flüchtlingspolitik der BRD und die Umsetzung dieser Politik durch die Regierung werden nicht als Skandal angesehen!

Fall Amri: Lügen der Behörden Staat und Verfassungsschutz verstrickt

Am 19. Dezember 2016 wurden auf dem Weihnachtsmarkt, Berliner Breitscheidplatz, zwölf Menschen durch einen LKW-Anschlag ermordet. Viele der Opfer waren Touristen aus verschiedenen Ländern. Diese Nachricht empörte zu Recht viele Menschen im Lande. Was folgt von bürgerlicher Politik und Medien?
Sofort wird eine Kampagne gegen MigrantInnen und geflüchtete Menschen gestartet, weil der mutmaßliche Haupttäter, Anis Amri, ein aus Tunesien stammender Muslim war. Die Hetze gegen Migranten und geflüchtete Menschen aus den islamischen Ländern wird weiter angefacht. Parallel dazu werden Rufe zur Verschärfung der Polizeigesetze und nach schnelleren Abschiebungen lauter.
Im Fall Amri zeigt sich, dass es viele Widersprüche und Ungereimtheiten in der offiziellen staatlichen Darstellung des Falles gibt. Drei Untersuchungsausschüsse über die Ermittlungen werden im Bundestag, in Berlin und NRW gebildet. Laut einer Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage der Grünen im Januar 2017 wurden *„Im Umfeld des Amri … keine V-Leute des BfV eingesetzt."* [5] Allerdings beweisen die im August 2018 in die Öffentlichkeit gelangten Informationen, dass die Regierung gelogen hatte. Weitere Lügen der Staatsbehörden folgen.
Beispielsweise war das LKA NRW auf der Spur Amris vor seiner Übersiedelung aus Dortmund nach Berlin. Der dortige V-Mann „Murat" alias „VP-01" war gezielt auf Amri angesetzt. „Murat" brachte Amri mit dem Auto nach Berlin. Anderes Beispiel: Eine Sachbearbeiterin des BfV (Bundesamt für Verfassungsschutz) sagte im Untersuchungsausschuss des Düsseldorfer Landtags aus, ihrer Behörde haben bereits im Januar 2016 Kenntnisse über Amri vorgelegen. Er habe als Islamist mit Gefährdungspotential gegolten und sei mit„nachrichtendienstlichen Mitteln" beobachtet worden. Das bestritt der damalige BfV-Chef Maaßen bei seiner Befragung. Weiter leugnete er, dass das BfV irgendwelche V-Leute im Umfeld von Amri eingesetzt habe. Auf Lügen folgen neue Lügen.
Der Anschlag in Berlin wurde faktisch unter den Augen des LKA Berlins begangen. Mitte November 2018 räumte der Berliner LKA-Leiter ein, dass mindestens drei V-Männer auf Amri angesetzt waren. Einer von ihnen habe von seinem Kontakt, dem als „Gefährder" eingestuften Islamisten Feysal H., Informationen über den geplanten LKW- Anschlag von Amri erhalten.
Aktuell hat sich weitgehend bestätigt, was vielen AntifaschistInnen schon klar war. Amri war Mitglied eines faschistisch-islamistischen Netzwerkes, in das viele V-Leute involviert waren. Er ist kein durchgeknallter Einzeltäter und „Kleinkrimineller", wie immer verlautbart wurde. Er war kein „Fall" der Polizei, sondern einer der Nachrichtendienste.
Bundesregierung, Innenministerium, BfV und LfV und deren Vertreter sitzen offenbar alle zusammen in einem Lügen- bzw. Manipulations-Boot. Sie betrügen die Werktätigen systematisch und ständig. Mit ihrer Vorgehensweise schüren sie aktiv und systematisch Rassismus.
Im Fall Amri kommt noch der Fakt hinzu, dass der Dresdner Pegida-Chef Lutz Bachman einer der ersten war, der die Identität des Attentäters als tunesischer Flüchtling auf Twitter öffentlich gemacht hat. Daran können wir die Zusammenhänge von staatlichen Institutionen, von Politikern und von offenen Faschisten deutlich erkennen.

„Affäre Özil" des DFB [6]

Am 13. Mai 2018 trafen die Fußballer Mesut Özil, İlkay Gündoğan und Cenk Tosun (türkischer Nationalspieler) in London mit dem türkischen Präsidenten Erdoğan zusammen. Fotos von dem Treffen erschienen in allen Zeitungen.
Das war nicht das erste Treffen. Aus Anlass des EM-Qualifikationsspiels der deutschen Nationalmannschaft gegen die türkische in Berlin, Oktober 2010, haben sich Özil und Erdoğan getroffen. Erdoğan war auch als Gast im Stadion. Damals war er noch ein „Freund" der deutschen Regierung. Kanzlerin Merkel und Bundespräsident Wulff gingen nach dem Spiel in die Kabine. Merkel ließ sich mit Özil ablichten. Auch dieses Bild ging um die Welt. Fünf Tage zuvor hatte Wulff am Tag „der Deutschen Einheit" in seiner Rede gnädig zugestanden, „der Islam gehört inzwischen auch zu Deutschland". Özil wurde in den Medien als

4 wikipedia, angesehen am 10.12.2018
5 junge Welt, 31.08. 2018
6 Deutscher Fußballbund

Musterbeispiel für eine „gelungene Integration" gelobt und mit dem „Integrations-Bambi" ausgezeichnet.

Acht Jahre später wird ein Foto von Özil mit Erdoğan zum absoluten Skandal. Das Musterbeispiel für Integration wird zur Zielscheibe einer medialen rassistischen Kampagne.

Der Aufschrei ist groß: Wie können sich Özil und Gündoğan mit einem Autokraten wie Erdoğan treffen und fotografieren lassen? Das Erdoğan-Bashing hat viele vereint, von den offenen Faschisten der AfD bis hin zu etlichen Linken. Damit wird in Wirklichkeit offen oder verdeckt massiv deutscher Rassismus in der Gesellschaft verbreitet.

DFB-Präsident Grindel kommentiert das Treffen *„Der Fußball und der DFB stehen für Werte, die von Herrn Erdoğan nicht hinreichend beachtet werden."* [7] Was

diese Werte sein sollen, bleibt zunächst unklar.

Dann wird von den „Deutschen Werten" gesprochen. Im Mai 2018 brechen Özil und Gündoğan auf Wunsch von Trainer J. Löw ihren Urlaub ab. In Berlin findet ein Gespräch mit Grindel, Löw und DFB-Manager Bierhoff statt. Nach diesem Treffen soll das Thema erledigt sein. Im Anschluss geht es ins Bundespräsidentenamt zu einem Austausch mit Steinmeier. Um zu zeigen, dass sich Özil und Gündoğan zu Deutschland bekennen… Aber damit ist die Debatte nicht erledigt, es ist zu spät!

Bundesaußenminister Maas kommentiert, bezogen auf Özil, der in England lebt, er glaube nicht: *„dass der Fall eines in England lebenden und arbeitenden Multimillionärs Auskunft gibt über die Integrationsfähigkeit in Deutschland."* Klartext, Özil ist eigentlich kein Deutscher: Er lebt in England, ist kein Integrationsbeispiel. Außerdem scheffelt er auch noch Geld.

AfD-Faschistin von Storch wütete offen völkisch, trotz deutschem Pass sei Özil kein Deutscher. [8] Er habe in der Nationalmannschaft nichts zu suchen. Diese rassistische Propaganda haben viele AfD'ler in den sozialen Netzwerken massiv verbreitet. In Bebra/Hessen befeuert der Vize-Bürgermeister Holzhauer (SPD) die Hetze und beschimpfte Özil und Gündoğan als *„zwei Ziegenficker"*. Er muss zwar von seinem Posten zurücktreten, ist aber immer noch Mitglied der SPD. Die hessische SPD Führung schweigt dazu.

W. Steer, Leiter des Deutschen Theaters in München zeigt in seinen Tweets an Özil echtes deutsches Kulturniveau: *„So einer wie Özil, der nicht nur einem Verbrecher huldigt, sondern auch noch die Nationalhymne nicht mitsingt, weil die Werte nicht teilt, muss sofort weg!"* [9]. Und drei Tage später *„Hallo, du Idiot, du hast in der deutschen Nationalmannschaft nichts zu suchen. Verpiss dich nach Anatolien! Spiel doch bei deinem türkischen Hitler!"*.[10]

In diesem menschenverachtenden, faschistischen Stil geht es weiter. Nach dem frühen WM-Ausscheiden der deutschen Nationalmannschaft wurde das Thema weiter hochgekocht. Özil wird zum Hauptschuldigen deklariert. Grindel verlangt von ihm eine Erklärung über den Fototermin mit Erdoğan. Zum ersten Mal in der Geschichte der BRD wurde ein Nationalspieler öffentlich von der Führung seines Verbands zu einem politischen Statement aufgefordert.

Özil erklärt am 22. Juli 2018 öffentlich seinen Rücktritt aus der deutschen Nationalmannschaft und beendet damit auch sein Schweigen. Özil kommentiert bitter: *„In den Augen von Grindel und seinen Unterstützern bin ich Deutscher, wenn wir gewinnen, aber ein Migrant, wenn wir verlieren."* Jerome Boateng (Nationalspieler) teilt diese rassistische Erfahrung: *„Wenn es gut läuft, sind wir Deutsche. Wenn es schlecht läuft, sind wir Ausländer."*

Grindel hatte sich bereits als CDU-Abgeordneter 2004 im Bundestag massiv gegen die Doppel-Staatsbürgerschaft gewandt und hirnrissige Statements abgegeben wie: *„Multikulti ist in Wahrheit Kuddelmuddel."* [11]

7 Dietrich Schulze-Marmeling, „Der Fall Özil Über ein Foto, Rassismus und das deutsche WM-Aus", S. 10, 2018, Verlag die Werkstatt

8 www.mopo.de, 27.05.2018

9 11.06.2018

10 Dietrich Schulze-Marmeling, „Der Fall Özil Über ein Foto, Rassismus und das deutsche WM-Aus", S. 66, 2018, Verlag die Werkstatt

11 Focus, 28.07.2018, S. 29

Nach Özils Rücktritt äußert sich der DFB. Ihm geht es nur darum, sein Gesicht zu wahren und sich gut zu verkaufen.

Der Rassismus gegen Özil war und ist zu keiner Zeit ein Thema für den DFB. Özil hatte deutlich ausgesprochen, warum er nicht mehr für die deutsche Nationalmannschaft spielen wird: *„Da ich Rassismus und fehlenden Respekt spüre."* Das DFB-Präsidium hat das Ganze einfach umgedreht und Özil beschuldigt. Nicht Özil war das Opfer, sondern der Verband, der durch den Rassismus-Vorwurf von Özil diskreditiert werde.

Natürlich wurde diese Auseinandersetzung auch von den Medien aufgegriffen und Özil zum „Agenten" des türkischen Präsidenten Erdoğan abgestempelt. Ein Hintergrund war die Konkurrenz um die Vergabe der Europameisterschaft 2024. Soll Deutschland oder die Türkei die EM 2024 ausrichten? Der DFB unter Führung Grindel tat alles, um den Zuschlag zu bekommen. Die Rechnung ging auf. Am 27. September 2018 wurde als Austragungsland Deutschland verkündet. Für den DFB hat sich die rassistische Kampagne also gelohnt.

Der „deutsche Fußball" ist, wie Religion, Opium des Volkes. Der Herrschaftsgrundsatz „Gebt ihnen Brot und Spiele" stützt heute die Bourgeoisie wie damals Cäsar.

Wie Rassismus und Faschismus im Fußball von den Herrschenden genutzt wird, darüber lohnt sicher ein eigener Artikel. In deutschen Stadien spielen sich alltäglich üble Szenen von rechter, faschistischer Gewalt, Beschimpfungen und Verhöhnungen ab. Hooligans terrorisieren Fans von Mannschaften aus anderen Ländern ebenso wie StadionbesucherInnen, die nicht in ihr rassistisches Bild passen. Der DFB legt teure Werbekampagnen gegen Rassismus auf. Was zeigt sich an der „Affäre Özil" des DFB? Alles nur Show. In Wirklichkeit befeuert er den Rassismus.

Die Ereignisse haben noch einmal ganz deutlich gezeigt, wie mit MigrantInnen in Deutschland umgegangen wird. Auch nach 60 Jahren können sie in einer Gesellschaft, wo institutioneller und struktureller Rassismus herrscht, nicht ankommen.

Nicht nur die erste und zweite Generation, sondern auch die dritte und vierte Generation, die hier in Deutschland geboren und aufgewachsen sind, werden nicht als gleichberechtigte BürgerInnen in Deutschland angesehen und behandelt.

Wenn MigrantInnen ihre Herkunft nicht verleugnen, wenn sie ihre Identität, in zwei oder mehreren Kulturen leben und sich dazu bekennen, dann werden sie als die „ewigen Ausländer" ausgegrenzt.

Wieder wurde eine „Integrationsdebatte" gestartet, die nichts anderes als rassistische Ausgrenzung von MigrantInnen beabsichtigt. Unter dem Begriff „Integration" wird in Wirklichkeit eine brutal-rassistische Assimilationspolitik praktiziert. Sogar sich als Demokraten verstehende Journalisten oder Kolumnisten phantasieren von einer „Entfremdung" der türkischen Community in Deutschland.

Alle hier in Deutschland lebenden MigrantInnen, werden nicht als gleichberechtigt und in ihrer Vielfalt akzeptiert. Sie werden systematisch ausgegrenzt, ungleich behandelt, gewalttätig angegriffen und mit Mord bedroht.

Gegen Illusionen in Staat und seine Institutionen

Als Reaktion auf die Beteiligung der AfD an den rassistisch-nationalistischen Nazi-Aufmärschen in Chemnitz wurden Rufe lauter, das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) soll die AfD beobachten.

Seehofer sah keinen Anlass dafür. Aber die Anti-„Rechtsradikalen"-Demokraten sahen plötzlich Gemeinsamkeiten der AfD mit den Faschisten! Und die Lösung dafür fanden sie beim BfV. Was für eine verkehrte Welt?

So als habe es die Geschichte der NSU-Morde, die „Zusammenarbeit" der faschistischen Mörder mit V-Leuten und Verfassungsschutz in diesem Land nicht gegeben! Die Wahrheit wird geleugnet: Es war das BfV wie auch die jeweiligen Landesämter für Verfassungsschutz (LfV), die die Aufklärung der Nazi-NSU-Morde sabotierten.

Der BfV-Chef blockierte und verhinderte die Arbeit der Untersuchungsausschüsse! Es liegen Fakten auf dem Tisch: In mindestens 13 aufeinanderfolgenden Verfassungsschutzberichten wird in Bezug auf faschistische Morde bzw. Attentate festgestellt *„Zurzeit gibt es in Deutschland keine rechtsterroristischen Organisationen oder Strukturen"*.

Der BfV-Chef Maaßen hat sich mit Petry, Gauland und anderen AfD'lern getroffen und beraten, wie sie einer Beobachtung durch seine Behörde entgehen können. Maaßen hat auch die Informationen aus dem BfV-Bericht noch vor dessen Veröffentlichung direkt an AfD-Bundestagsabgeordneten Brandner weitergegeben.

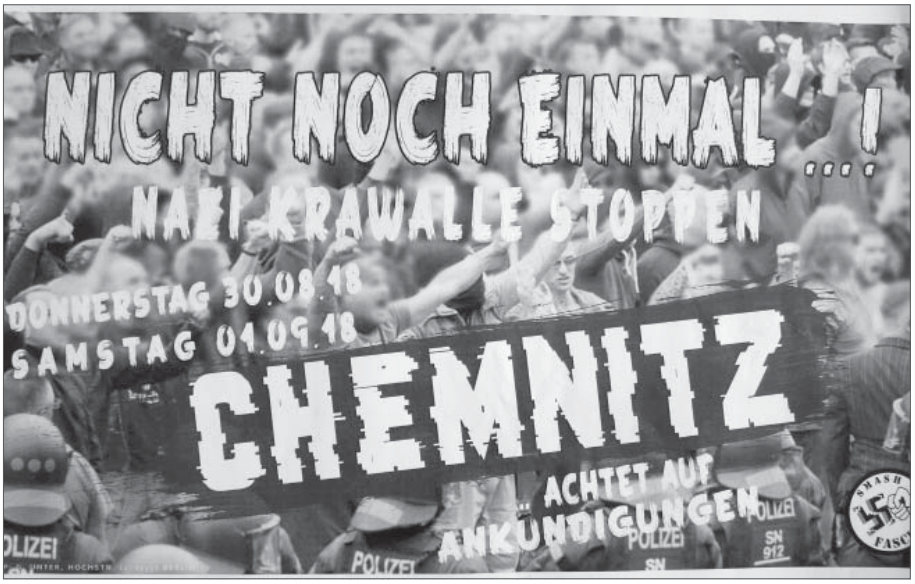
Also durch BfV gefütterte und gestärkte Faschisten, in diesem Fall aus der AfD, sollen von diesem BfV beobachtet werden, um den „Rechtsextremismus" zu bekämpfen?

Das ist purer Hohn oder politische Blindheit! Im Zentrum unseres demokratischen Kampfs muss die Forderung, Verbot aller faschistischen Organisationen und Verbot von rassistischer Hetze stehen.

Die einzig richtige Forderung ist: Sofortige Auflösung des BfV und aller Geheimdienste. Mit dem BfV können keine Bürgerrechte oder demokratischen Grundrechte verteidigt werden. Im Gegenteil!

Faschistischer Mob und Hetzjagden in Chemnitz

In der Nacht vom 25. auf den 26. August ereignete sich auf dem Stadtfest in Chemnitz eine gewaltsame Auseinandersetzung und Daniel H. starb durch Messerstiche. Daniel H. selbst war ein Nazi-Gegner und sein Vater ist kubanischer Herkunft. Zwei geflüchtete Menschen aus dem Irak und Syrien wurden als Tatverdächtige festgenommen. Am Sonntag, den 26. August 2018 zogen ca. 800 FaschistInnen und RassistInnen durch Chemnitz und grölten Parolen: *„Wir sind das Volk", „Das ist unsere Stadt", „Ausländer raus", „elendes Viehzeug", „deutsch, sozial und national", „Kanaken", „Zecken",* und zeigten den „Hitlergruß". Quer durch die Stadt gingen sie auf Jagd nach Menschen, die sie als „Ausländer" ausmachten.



An diesem Tag twitterte der AfD-Bundestagsabgeordnete M. Frohnmaier: *„Wenn der Staat die Bürger nicht mehr schützen kann, gehen die Menschen auf die Straße und schützen sich selber. Ganz Einfach! Heute ist es Bürgerpflicht, die todbringende (sic!) ‚Messermigration' zu stoppen!"* [12]

Auch am folgenden Montag wütete der faschistische Mob. Ungefähr 6 000 FaschistInnen und RassistInnen jeder Couleur marschierten in Chemnitz.

Der Verfassungsschutz hatte die zuständige Polizeibehörde gewarnt. Aus der ganzen Bundesrepublik werden sich *„rechtsradikale gewaltbereite Gruppen in Chemnitz einfinden."* Trotzdem haben die sächsischen Polizeibehörden lediglich 591 Polizisten eingesetzt. Die Stadt wurde den FaschistInnen überlassen!

Der Sprecher der Bundesregierung Seibert kommentierte die Situation: *„Solche Zusammenrottungen, Hetzjagden auf Menschen anderen Aussehens, anderer Herkunft oder den Versuch, Hass auf den Straßen zu verbreiten, das nehmen wir nicht hin."* Kurz danach erklärte Sachsens Ministerpräsident Kretschmer: *„Wir lassen nicht zu, dass das Bild unseres Landes durch Chaoten beschädigt wird."*

Um das „Ansehen" Deutschlands zu retten, konnte Bundespräsident Steinmeier nicht fehlen: *„Die Erschütterung über diese Gewalttat wurde missbraucht, um Ausländerhass und Gewalt auf die Straßen der Stadt zu tragen. Gewalt müsse geahndet werden, egal von wem sie ausgeht. Der Staat – und allein der Staat – sorgt in diesem Land für Recht und Sicherheit."* [13]

Allen ging es nur darum, das Bild von Sachsen/Chemnitz und von Deutschland zu retten.

Seehofer äußerte „Verständnis" für die „Menschen" in Chemnitz, die „demonstriert" und die Hetzjagden betrieben haben. Er könne nachvollziehen, wenn sich Leute empören und das mache sie noch lange nicht zu Nazis…

Das ist Originalsprech eines Chauvimannes, der die Migrationsfrage zur „Mutter aller politischen Probleme in Deutschland" populistisch-nationalistisch hochstilisiert.

Der Ex-BfV-Chef Maaßen „rettete" nicht nur das Bild von Deutschland und Sachsen, sondern auch die Faschisten… Er bestritt ganz einfach die rassistischen Angriffe: *„Es liegen dem Verfassungsschutz keine belastbaren Informationen darüber vor, dass solche Hetzjagden stattgefunden haben,"* aber nach seiner *„vorsichtigen Bewertung"* sprächen *„gute Gründe dafür, dass es sich um eine gezielte Falschinformation handelt, um möglicherweise die Öffentlichkeit von dem Mord in Chemnitz abzulenken."*

Belege für die Authentizität des Videos würden fehlen.

Maaßen wurde von den Faschisten dafür hoch gelobt, weil er in den Chor über die „Lügenpresse" von Pegida, AfD etc. einstimmte.

Das war auch eine Rückenstärkung für Kretschmer. Er zog sofort nach: *„Es gab keinen Mob, es gab keine Hetzjagd und es gab keine Pogrome in dieser Stadt."* Der Sprecher der Dresdner Generalstaatsanwaltschaft schloss sich umgehend an: *„es gebe keine Anhaltspunkte für sogenannte Hetzjagden".*

Deutsche Wirtschaftsverbände und etliche Vorstandchefs großer Monopole waren auch damit beschäftigt den „Ansehensverlust" von Deutschland zu begren-

12 junge Welt, 28.08.2018

13 Der Tagesspiegel, 29.08. 2018

zen. Sie haben die „Bilder von Hetzjagden und Fremdenfeindlichkeit" verurteilt… Sie fürchteten und warnten vor negativen Folgen für den „Wohlstand im Land": *„Deutsche Unternehmen sind auf der ganzen Welt aktiv und deshalb auf offene Märkte, stabile Handelsbeziehungen und gleichsam darauf angewiesen, in anderen Ländern der Welt willkommen zu sein."* [14]

Der faschistische Mob und die Hetzjagd werden verharmlost! In den folgenden Tagen kam es zu weiteren Demonstrationen von FaschistInnen und zu Gegendemonstrationen von AntifaschistInnen.

Währenddessen wurde die Zusammenarbeit von „Ordnungshütern" mit offen faschistischen Kräften in den Medien bekannt. Ein Beamter des Chemnitzer Landratsamts leitete den Haftbefehl für einen der mutmaßlichen Täter im Internet weiter an organisierte Faschisten – mit dem vollen Namen des Beschuldigten. Mitte September wurde einer der verdächtigten Männer freigelassen. Während der faschistischen Angriffe des Mobs wurden auch ein „jüdisches" und zwei „persische" Restaurants überfallen und demoliert. Im Oktober folgte ein Brandanschlag gegen das „türkische" Restaurant „Mangal".

Aber es lief auch eine **breite Welle von Aktionen** gegen die Hetzjagd und das Auftreten des faschistischen Mobs – **Solidaritätsaktionen mit den Geflüchteten und MigrantInnen**. Am 3. September 2018 wurde unter dem Motto „Wir sind mehr" ein Solidaritäts-Konzert in Chemnitz von verschiedenen Musikgruppen u.a. Kraftclub, Tote Hosen, Feine Sahne Fischfilet ... veranstaltet. 65 000 Menschen hatten sich auf den Weg gemacht und ein Zeichen gegen Rassismus gesetzt. In zahlreichen Städten gingen spontan AntifaschistInnen und AntirassistInnen auf die Straße, um gegen die rassistischen Angriffe in Chemnitz zu protestieren.

Auch hier wurde natürlich versucht, den Protest in „staatstragenden Bahnen" zu halten und auszunutzen. So verlogen und zynisch Außenminister Maas vor dem Konzert: *„Wir müssen uns den Rechtsextremen entgegenstellen. Wir dürfen uns nicht wegducken. Wir müssen Gesicht zeigen gegen Neonazis und Antisemiten. Nur dann werden fremdenfeindliche Untaten das Ansehen Deutschlands nicht nachhaltig beschädigen."*

Aber den Herrschenden ist es nicht gelungen, diese Aktionen zu einer Werbeaktion für den deutschen Imperialismus zu machen.

Letztendlich haben die Protestierenden in den zahlreichen Aktionen tatsächlich gezeigt „Wir sind mehr" als das Faschistenpack!

Verschärfung der Polizeigesetze = Weitere innere Faschisierung

Weitgehend unbemerkt verabschiedeten ab 2017 die ersten fünf Bundesländer ihre neuen Polizeigesetze. Erst als die bayrische Landesregierung für Mai 2018 eine zweite Verschärfung vorgenommen hatte, begann sich breiterer Widerstand zu regen. Proteste in Bayern, NRW, Brandenburg, Niedersachsen u.a. konnten bisher das Vorhaben verhindern.

NRW hat am 12. Dezember das neue Polizeigesetz verabschiedet. Laut Medien arbeiten alle Bundesländer, die noch keine neuen Polizeigesetze verabschiedet haben, daran, in naher Zukunft welche zu beschließen, außer Thüringen. Zusätzlich hat die Innenministerkonferenz im vergangenen Jahr beschlossen, ein gemeinsames Polizeigesetz (Musterpolizeigesetz) für alle Bundesländer zu entwerfen.

Allein dieses Vorhaben widerspricht dem Grundgesetz. Gesetzgebungs- und Verwaltungskompetenz für das allgemeine Polizei- und Ordnungsrecht ist Ländersache. Wie bei allen anderen Beispielen zeigt sich, das Grundgesetz ist nur eine Schaufensterdekoration.

Mit den neuen Polizeigesetzen werden die Voraussetzungen für polizeiliches Eingreifen weit herabgesetzt. Freiheitsentziehende Maßnahmen, Befugnisse, insbesondere hinsichtlich verdeckter technischer Überwachung werden massiv ausgeweitet.

Zentrales Element der Veränderungen ist die Einführung der „drohenden Gefahr". Bisher waren offiziell Eingriffe der Polizei grundsätzlich nur bei Vorliegen

14 DIHK Präsident Eric Schweitzer, Der Tagesspiegel, 04.09.2018

einer „konkreten Gefahr“ zulässig. Auch wenn in der Praxis das bereits zur Ausnahme geworden ist. Mit dem Tatbestand der „drohenden Gefahr“ wird diese nun offiziell abgesegnet. Damit sind für sogenannte Präventivmaßnahmen Tür und Tor geöffnet.
Die „Gefahrenprognosen“ der jeweiligen Polizeibehörden sind ausschlaggebend für das Vorgehen. Auch die Fristen für „vorbeugenden“ Freiheitsentzug werden geändert.
So kann in Bayern der „Gewahrsam“ (Knast) für bis zu drei Monate angeordnet und mit gerichtlicher Zustimmung unbegrenzt oft verlängert werden. Die Überschriften der neuen Polizeigesetze lauten wie folgt: Staatstrojaner, Elektroschocker, Schleierfahndung, Ausweitung der Videoüberwachung, Hausarrest, Kontaktverbote, elektronische Fußfesseln und längeres Wegsperren. Und das alles auf bloßen Verdacht hin! Parallel dazu wird die Polizei nach und nach militärisch aufgerüstet und mit geheimdienstlichen Befugnissen ausgestattet.
Konkret wird das Bayrische Polizeiaufgabengesetz (PAG) von vielen KritikerInnen als das schärfste, umfassendste, Grundrechte fressende Polizeigesetz der bundesdeutschen Nachkriegsgeschichte angeprangert. Und das zu Recht!
Notstandsbefugnisse werden der Polizei zugestanden, die keinen Notstand mehr als Voraussetzung haben. Entsprechend kann die Polizei Post sicherstellen, Telekommunikation abhören, Daten auslesen, verdeckte Ermittler einsetzen, mit Drohnen filmen, Bodycams nutzen usw. usf. Parallel wird der deutschlandweite Einsatz eines biometrischen Gesichtserkennungs-Systems geplant
Das bürgerliche Motto „Recht sichert Freiheit“! ist nicht mehr gültig, sondern es wird nach dem Motto: „Sicherheit sichert Freiheit“ gehandelt. Im Namen der Sicherheit wird Polizeiwillkür installiert. Während Grundrechte immer mehr abgesägt werden, wird weiter vom „Rechtsstaat“ geredet. Um die Bevölkerung weiter einzulullen! Und gleichzeitig wird die innere Faschisierung vorangetrieben.

Widerstand organisieren!
Wann wenn nicht jetzt?
Wer wenn nicht wir Werktätigen?

In vielen Städten entwickelten sich in diesem Jahr Massenproteste. Gegen die rassistische Hatz auf MigrantInnen und geflüchtete Menschen, gegen die laufende innere Faschisierung. Für offene Grenzen, demokratische Rechte für alle und für eine andere Gesellschaft. Eine Gesellschaft, die die Vielfalt lebt, die Gerechtigkeit verwirklicht, die gegen Kriege, Patriarchat, Ausbeutung und Unterdrückung, gegen Armut und Ausgrenzung und Rassismus steht.
Wie diese Gesellschaft verwirklicht und organisiert werden soll, darüber gibt es zahlreiche unterschiedliche Konzepte, Alternativen und Diskussionen.
Gegen die Verschärfung der Polizeigesetze waren Zehntausende in München, Zwanzigtausende in Düsseldorf, mehr als Zehntausend in Hannover und mehrere tausend Menschen in Magdeburg, Potsdam und anderen Städten.
Gegen Rassismus, gegen Staat und Nazis demonstrierten Tausende in München. Anlässlich des erbärmlichen Endes des NSU-Prozesses im Juli. Auch in München beteiligten sich an der **„Ausgehetzt-Manifestation“** Zehntausende vor den bayrischen Landtagswahlen.
In Hamburg zogen im September Tausende mit 40 Trucks in der Antirassistischen Parade unter dem Motto **„United Against Racism“** durch die Straßen. Veranstaltet vor allem von geflüchteten Menschen aus vielen Ländern. Ein Zeichen der Selbstbehauptung, des Widerstandes und der Solidarität.
Im Oktober war die **„Unteilbar Demonstration“** in Berlin mit 250 000 Menschen bislang die zahlenmäßig stärkste Kundgebung.
Wir haben an zahlreichen Aktionen teilgenommen und unsere revolutionäre Perspektive mit unseren Flugblättern, Zeitungen und Beiträgen zur Diskussion gestellt. Am Tag X in München haben wir in unserer Rede hervorgehoben:
*„Nur wer begreift, dass der **Faschismus auch eine Herrschaftsform des Kapitals** ist, versteht auch, dagegen zu kämpfen. Wir müssen ihn an seiner Wurzel packen. Wer bei der Bundestagswahl geglaubt hat, mit der Wahl von SPD, Grünen und Linke den Faschismus zu verhindern, irrt sich gewaltig. Wer den **Boden des Parlamentarismus** nicht verlässt und nicht eine **revolutionäre Alternative** auf der Straße, in den Betrieben, in den Schulen/Universitäten, in der gesellschaftlichen Debatte dagegen setzt, hat schon verloren…*
Der Kampf gegen Rassismus, Islamophobie, Faschismus, Antisemitismus, Sexismus und Homophobie muss zugleich als ein Kampf gegen das kapitalistische-imperialistische System geführt werden.“

Dezember 2018

Betrieb & Gewerkschaft

Kampf gegen faschistische Netzwerke im Betrieb

Betriebsratsposten im Visier AfD-Nazis drängen ins Wahlamt

Vom 1. März bis zum 31. Mai 2018 fanden bundesweit **Betriebsratswahlen** statt. Alle, die seit mindestens sechs Monaten in einem Betrieb arbeiten, können kandidieren. Der seit November 2017 im Netz veröffentlichte Aufruf „Werde Betriebsrat" der **Nazi-NGO „Ein Prozent"** und anderen fiel durchaus auf fruchtbaren Boden.

Allein am Daimler-Standort Untertürkheim traten 187 KandidatInnen auf der von altbekannten Faschisten initiierten Liste „Zentrum" an.

Diese hohe Zahl war öffentlichkeitswirksam und sollte vor allem deren Verankerung in der Belegschaft demonstrieren.

Die organisierte **Nazi-Einwanderung** in die Betriebe, ihre Machenschaften und warum sie es immer leichter haben, sich dort im KollegInnenkreis breit zu machen. Darum geht es in diesem Artikel.

Wir nutzen für unseren Überblick die umfangreichen Veröffentlichungen zu **„Zentrum Automobil e.V."** beispielhaft für das **Erstarken faschistischer Gruppierungen** in den Betrieben. Es gibt allerdings auch in vielen anderen Betrieben solche „Keimzellen". Unsere Einschätzungen stützen sich auf eigene Erfahrungen in den Betrieben, Austausch mit betrieblichen und antifaschistischen AktivistInnen sowie viele Informationen aus Zeitungsschriften, Internetveröffentlichungen, Funk und Fernsehen.

Januar bis März 2018. Als wäre das Phänomen vom Himmel gefallen, kümmern sich auf einmal die bürgerlichen Medien um den Vormarsch von *„rechten AfD Gewerkschaftern"*, wir sagen Nazis, als Interessenvertreter in einzelnen Großbetrieben.

Ein medialer Aufschrei geht durch die Republik. Von antifaschistischen Recherche-Netzwerken über Jahre gesammeltes Material fand plötzlich Interesse bei den großen Verlagen und Medienanstalten. Report Mainz sendet zweimal zum Thema: *„Rechte wollen Macht in Betriebsräten ausbauen"* am 30. Januar [1] und am 27. Februar 2018: *„Wie sich die IG Metall vor der neuen Konkurrenz wegduckt"*. [2]

Überregionale Zeitungen von FAZ bis taz befassten sich landauf landab wegen der „plötzlichen Brisanz" mit den anstehenden Betriebsratswahlen. Postwendend bekunden Konzernbosse wie Dieter Zetsche, Daimler AG, ihre Besorgnis und im gleichen Atemzug bedauern sie, nichts dagegen tun zu können.

Ja, ja! Den Kapitalisten sind die Hände gebunden, sie haben keine Möglichkeit gegen die Nazis etwas zu tun … Lassen wir uns nicht verschaukeln: Zetsche und Co geht's nur um das Außenbild von Daimler AG und Co. Sonst gar nichts. Schließlich gibt es offen braune Vertreter (ja, das sind bisher nur Männer. Auf der Untertürkheimer Liste für die Betriebsratswahl 2018 waren ein paar Frauen) in Betriebsratsgremien schon länger, zumindest im Daimler-Werk Untertürkheim seit 2010.

Faschistische Gewerkschaft „Zentrum Automobil e.V."

Kurz vorweg: „Zentrum Automobil e.V." ist die von **Oliver Hilburger** gegründete Gewerkschaft. Es gibt wie bei den DGB-Gewerkschaften eine Satzung nach dem Vereinsrecht. Die **KandidatInnenliste** für die Betriebsratswahl in Untertürkheim heißt **„Zentrum"**, ist die Liste von „Zentrum Automobil e.V."-Mitgliedern und UnterstützerInnen. In anderen Betrieben traten sie teilweise unter anderen Listennamen oder auf Listen anderer Organisation zur Wahl an.

74 Jahre so genannte Einheitsgewerkschaft könnten uns dazu bringen, der faschistischen Gewerkschaft „Zentrum Automobil e.V." den Gewerkschaftsstatus abzuerkennen. In einigen Veröffentlichungen, z.B. von

1 https://www.daserste.de/information/politik-weltgeschehen/report-mainz/videosextern/rechte-wollen-macht-in-betriebsraeten-ausbauen-106.html

2 https://www.daserste.de/information/politik-weltgeschehen/report-mainz/videosextern/wie-sich-die-ig-metall-vor-der-neuen-konkurrenz-wegduckt-102.html

Seiten der IG Metall wird sie als Scheingewerkschaft, Pseudogewerkschaft oder Möchtegern-Gewerkschaft bezeichnet. Das allerdings ist tatsächlich eine idealistische Herangehensweise. Sie sind ein Zusammenschluss von ArbeiterInnen für ihre Interessen und damit eine Gewerkschaft. Eine Richtungsgewerkschaft. Dass „ihre Interessen" letztlich gegen die ArbeiterInnenklasse gerichtet und **arbeiterInnenfeindlich** sind, hat damit nichts zu tun: Auch wenn die Sozialdemokratie in Deutschland so was wie den alleinigen Anspruch auf gewerkschaftliche Organisation erhebt, sind auch faschistische ArbeiterInnen-Zusammenschlüsse Gewerkschaften. Als solche müssen wir sie bekämpfen!

Nach geltender Rechtsprechung im heutigen Staat fehlt „Zentrum Automobil e.V." allerdings die Tariffähigkeit. Sprich die Durchsetzungsmasse und -kraft, die notwendig ist, um Tarifverträge zu verhandeln

und zu erstreiten. Notfalls mit Hilfe eines Arbeitskampfs. Aber auch hier müssen wir der Realität ins Auge sehen. Je mehr ArbeiterInnen deren Parolen Glauben schenken, umso größer sie werden, desto wahrscheinlicher werden „Zentrum"-Tarifverträge.

Wir behaupten, dass „Zentrum Automobil e.V." eine faschistische Gewerkschaft ist. Wie begründen wir das? Ihr Ziel laut Satzung ist der **Aufbau von Betriebsgruppen** in der **Automobilindustrie**, ausgehend vom **Pilotprojekt** am Daimler-Stammsitz in Stuttgart-Untertürkheim, wo sie seit 2009 aktiv sind.

All ihre wesentlichen Ziele und Methoden sind ideologisch, politisch und organisatorisch auf die neofaschistische Szene unter maßgeblicher Führung zunächst durch die NPD, seit 2013 von der AfD zurück zu verfolgen.

Dabei ist es nicht so leicht, ihre Parolen zu enttarnen. „Zentrum" nutzt geschickt z.B. auf Betriebsversammlungen oder mit ihrer Betriebszeitung „Kompass" (Werk Untertürkheim, erscheint unregelmässig, nicht online verfügbar) vorhandene Kritiken an der Klassenzusammenarbeitspolitik der Gewerkschafts- und Betriebsratsspitze. „Zentrum" stilisiert sich zur „Opposition gegen das Co-Management". So war ihre Hauptlosung zu den Betriebsratswahlen. Diese Ablehnung des Co-Managements von Gewerkschafts- und Betriebsratsapparat ist jedoch Teil ihrer **faschistischen Ideologie.** Das scheint vielen KollegInnen, sogar KandidatInnen auf der „Zentrum"-Betriebsratsliste, nicht bewusst zu sein.

Ausgehend von der Ideologie der Betriebs- und Volksgemeinschaft wird von „Zentrum" die offene Feindschaft gegen den proletarischen Klassenkampf propagiert.

„Wider den Klassenkampf! Die gegenseitige Abhängigkeit von Arbeitnehmer und Arbeitgeber muss Einzug in das Bewusstsein der einzelnen Wirtschaftsteilnehmer haben!"

Unter den Folgen der sogenannten *„Globalisierung"*, z.B. *„Masseneinwanderung"* zur *„Profitsteigerung"* des *„Establishments"* und *„multinationaler Konzerne"*, leiden laut „Zentrum" die „Deutschen". Die Neofaschisten vertreten **offen** die Interessen der **deutschen Kapitalisten.** In ihrem Verständnis ist es logisch, dass die deutsch dominierten multinationalen Konzerne, die deutschen Vertreter des internationalen Finanzkapitals, wie Daimler, gestärkt werden müssen. „Zentrum" **identifiziert** sich vollständig mit den **Ansprüchen der Daimler-Vorstände auf die Weltmarktführung.** Ihrer Auffassung nach kann Daimler diesen Spitzenplatz nur dann behaupten, wenn die Produktion von Daimler-Fahrzeugen ausschließlich *„in Deutschland, mit deutschen Arbeitern und deutschen Produkten"* stattfindet. *„‚Made in Germany' muss wieder ‚Gefertigt in Deutschland' heißen!"* Hinter der scheinbar antikapitalistischen Kritik verbirgt sich offene und reaktionäre nationalchauvinistische Hetze, die ihren Ausdruck in Parolen wie *„Solidarität nur in Untertürkheim – und nicht anderswo!"* findet.

Im Klartext: Nur in Deutschland soll produziert werden. In anderen Ländern Fabriken schließen. Arbeitsplätze nur in Deutschland! Alles nur leicht verschleierte Forderungen faschistischer Parteien, wie NPD oder AfD: *„Fremdarbeiter stoppen – Arbeit für Deutsche!"* [3]

Angeblich sind sie gegen Leiharbeit. Aber auch hier vollständig auf Linie der AfD. Leiharbeit begrenzen bei einer Quote von 15 Prozent… IG Metall und Betriebsratsfürsten machen es ihnen leicht. Mit der gegenüber dem Arbeitnehmerüberlassungsgesetz per Tarifvertrag ausgedehnten Verleihdauer fördern IG Metall und Co die Leiharbeit. Die tatsächliche Alternative wäre der Kampf für ein Verbot der Leiharbeit, gegen die weitere Zersplitterung von Belegschaften. Statt-

3 Zitate aus Satzung und Betriebszeitung „Kompass"

dessen werden LeiharbeiterInnen ständig mit einem Festvertrag geködert. So sind die meisten bereit, sich noch mehr ausbeuten zu lassen, krank zur Arbeit zu kommen, sich nicht zu wehren. Dadurch und durch den hohen Anteil von Leiharbeiterinnen in der Produktion wird die Kampfkraft in den Belegschaften geschwächt. Schon bei acht Prozent! Mit 15 Prozent vergrößern sich die Gräben. LeiharbeiterInnen für die Drecksarbeit auf der einen Seite, fest angestellte FacharbeiterInnen auf der anderen. Das will die AfD, das will „Zentrum Automobil e.V." und das wollen die „Zentrum"-Betriebsräte.

Dass „Zentrum Automobil e.V." eine faschistische Organisation ist, machen wir auch an den **vielfältigen personellen Verflechtungen** und **einschlägigen Lebensläufen** der Hauptakteure von „Zentrum Automobil e.V." fest.

Beispielhaft greifen wir eine der führenden Figuren aus „Zentrum Automobil e.V." heraus. Nachdem die IGM-oppositionelle Betriebsgruppe „alternative" im Daimler-Werk Untertürkheim 2007 die neonazistischen Aktivitäten des **CGM-Betriebsratsmitglieds Hilburger** öffentlich gemacht hatte, musste er in Folge zuerst sein Betriebsratsmandat und dann seinen Posten als ehrenamtlicher Richter am Arbeitsgericht niederlegen. Seine CGM (Christliche Gewerkschaft Metall) hat sich übrigens bis heute nicht von ihrem ehemaligen Mitglied distanziert.

Bis 2009 war Hilburger Mitglied bei „Noie Werte", einer der bekanntesten und einflussreichsten deutschen Nazirockbands. Zwei Lieder der Fascho-Band dienten dem Bekennervideo des terroristischen NSU als Hintergrundmusik. Weitere sind auf dem Index gelandet wegen Gewaltverherrlichung, Verfassungsfeindlichkeit und nationalsozialistischen Inhalten.

Außerdem war Hilburger **Mitbegründer des Neonazi-Plattenlabels G.B.F.-Records.**[4]

In den 1990er Jahren hat dieses erheblich dazu beigetragen dass das mittlerweile in Deutschland verbotene international agierende Neonazi-Netzwerk **„Blood & Honour"** in Deutschland Fuß fassen konnte. Hilburger tat seine „Nazi-Kultur-Tätigkeit" bis Ende 2017 als „Jugendsünden" ab. Klar, mit ca. 38 Jahren begeht der Mensch schon die eine oder andere Jugendsünde… Inzwischen lässt er auch diese Maske fallen.

In der oben erwähnten Sendung von „Report Mainz" vom 30. Januar 2018 äußert er sich zu diesem Thema: *„Diese 20 Jahre sind sicher nicht abgeschlossen. In einem Feld. Und dann ist man auf einmal was anderes. Das sicher nicht"*. Hilburger war und ist bekennender Nazi durch und durch. So sehr, dass sogar die zuständige Ortsgruppe der AfD Rems-Murr seinen Aufnahmeantrag ablehnte mit der Begründung, seine Aktivitäten seien *„zu rechtsradikal"*. [5] Hilburger wurde in diesem Jahr vom NSU-Untersuchungsausschuss in Baden-Württemberg vernommen. Auch wegen seines Antrags, um den NSU-Unterstützer Jan Werner in der JVA zu besuchen.

2009 gründete Hilburger die „Alternative Gewerkschaft" „Zentrum Automobil e.V.". 2010 kandidierte er bei den Betriebsratswahlen mit einer gleichnamigen Liste. Erfolgreich! Sie holten zwei Betriebsratsmandate. Bis heute ist Hilburger gewählter Betriebsrat bei Daimler in Stuttgart und Vorsitzender für „Zentrum Automobil e.V.".

Betriebsratswahlen 2018 Aufwind fürs „Zentrum"

Bei den Betriebsratswahlen 2014 wurden schon vier Vertreter der „Zentrum"-Liste in den Betriebsrat gewählt.

Für die Betriebsratswahlen 2018 nahm ihre faschistische Propaganda organisierte Dimensionen an. Sie bauten ihr Netzwerk aus, **AfD, das neonazistische Magazin Compact** um Jürgen Elsässer, die selbst ernannte NGO **„Ein Prozent"** und die **„Identitäre Bewegung".** Allesamt aktive Unterstützer des Aufrufs: **„Werde Betriebsrat".**

„Ein Prozent" hat sich bei ihrer *„Internetpräsenz vor allem durch Mobilisierungen zu asylfeindlichen Veranstaltungen, Rekrutierungen weiterer Unterstützer, Diffamierung der Asylpolitik der Bundesregierung sowie Spendenaktionen für ‚geschädigte' Teilnehmer rechter Demonstrationen hervorgetan"*, lautet die Antwort der Bundesregierung auf eine kleine Anfrage der Linken im Bundestag. [6]

Das Gesicht von „Ein Prozent" ist Philipp Stein. Einschlägig bekannt als faschistischer Ideologe mit engen Verknüpfungen zur „Identitären Bewegung".

Am 13. November 2015 stellte **Götz Kubitschek,** Nazi-Verleger, Redakteur der Zeitschrift „Sezession" und Gründer des „Instituts für Staatspoli-

4 G.B.F. steht für German British Friendship

5 Erklärung des Betriebsrates Werk Untertürkheim und Entwicklung Pkw – sehr informativ und lesenswert! labournet.de/wp-content/uploads/2018/02/br_dc_untertuerh200218.pdf

6 dipbt.bundestag.de/doc/btd/18/122/1812261.pdf S. 16 – Deutscher Bundestag, Drucksache 18/12261 vom 8.5.2017)

tik", die Initiative „Ein Prozent für unser Land" vor.
„Ein Prozent" inszeniert sich auf ihrer Homepage als *„Graswurzelorganisation"*, deren inhaltlicher Aufhänger die angebliche *„Flüchtlingsinvasion"* oder auch *„Asylkatastrophe"* ist. *„Die Bürgerinitiative „Ein Prozent" versteht sich als professionelle Widerstandsplattform für deutsche Interessen." „Die Flüchtlingsinvasion ist eine Katastrophe für Deutschland und Europa." „Wir fordern, (...) die Wiederherstellung und den Schutz unserer Rechtsordnung. Dazu gehören: – die Grenzsicherung gegen illegale Einreise – die Registrierung und konsequente Abschiebung aller bereits illegal Eingereisten und – der Schutz des Volks- und Privateigentums - Wir fordern außerdem eine offene Diskussion darüber, wie Deutschland in zehn, zwanzig, fünfzig Jahren aussehen soll. An dieser Diskussion müssen diejenigen beteiligt werden, deren Meinung bisher als engstirnig, hasserfüllt oder fremdenfeindlich geschmäht wurde."* [7]
Die Unterstützung von Elsässer und seinem „Compact Magazin" findet Ausdruck in seiner üblichen Hasspolemik. In einem Online-Beitrag schrieb er Anfang Oktober 2017: *„Vor allem in der Automobilbranche gärt es, hier fährt das grünversiffte Establishment über die Diesel-Lüge einen zusätzlichen Frontalangriff, eine Million Jobs sind bedroht. Bei Daimler-Benz haben oppositionelle Betriebsräte, die zum Teil die AfD unterstützen, zehn Prozent der Belegschaft hinter sich gebracht. Dieser Funke soll nun auch auf andere Großbetriebe überspringen."* [8]
Das ist aber längst nicht alles. Elsässer versteht sich als Einiger der „Rechten", vertritt den völkisch sozialen Flügel um Bernd Höcke auch gegen die „Neoliberalen" in der AfD, die Euro-Gegner und Schutzbeauftragten des deutschen Mittelstands". Er propagiert **„AfD = Arbeiter für Deutschland"** und *„Patrioten und Proletarier vereinigt euch"*. Wo „Zentrum" und „Ein Prozent" die neue Ausrichtung der AfD-Politik auf ArbeiterInnen betreiben, ist auch Elsässer dabei. [9]
Auf der „COMPACT-Oppositionskonferenz" am 25. November 2017 in Leipzig nahmen neben Elsässer, Höcke und „Identitären"-Chef Martin Sellner auch Nazikonzertorganisator Patrick Schröder und Pegida-Organisator Lutz Bachmann teil. Der Nazi-Betriebsrat aus Untertürkheim, Hilburger stellte sein Nazigewerkschaftsprojekt „Zentrum Automobil" und den Beginn der Kooperation mit „Ein Prozent" vor – die Kampagne, „Werde Betriebsrat".
Ausformuliertes Ziel dieser üblen Kampagne ist *„das Kartell der Gesinnungswächter"*, wie die bestehenden Betriebsräte und GewerkschafterInnen tituliert werden, zu entmachten und *„Patrioten zu schützen"*. Das Motivations-Video zur neonazistischen Kampagne „Werde Betriebsrat" [10] will uns glauben machen, dass regelmäßig *„täglich hundertfach … von einer Minute auf die andere"* Kündigungen wegen patriotischer Einstellung oder z.B. Teilnahme an Pegida-Aufmärschen ausgesprochen werden. **Entspricht diese Darstellung der heutigen Realität in den Betrieben?**
Im Leben nicht!!! Die rechtliche Grundlage für eine solche Kündigung wäre z.B. ein Verbot politischer Tätigkeit. Hier sieht es so aus: Politische, insbesondere parteipolitische, Betätigung innerhalb eines Betriebs ist in der Regel untersagt. Was ArbeiterInnen außerhalb machen, geht eine Betriebsleitung nur dann etwas an, wenn es mit dem eigenen Betrieb in Verbindung steht. Teilnahme an Pegida-Demonstrationen oder AfD-wählen gehören nicht dazu.
Auch nationalistische Parolen werden i.d.R. nicht geahndet. Es sei denn, dass festgestellt wird: Das stört den Betriebsfrieden, was z.B. bei offen faschistischer Propaganda der Fall ist. **Rassistische Diskriminierung,** nationalchauvinistische oder sonstige **Stammtischparolen** sind auch **nicht automatisch Grund** für eine **Kündigung**. Wie außerhalb der Betriebe auch, bekommen meist die Betroffenen oder Kolleginnen und Kollegen, die so ein Verhalten anprangern, Schwierigkeiten und eben nicht die „Patrioten".
Es gibt keine öffentlichen Statistiken darüber, ob Kündigungen aus politischen Gründen erfolgt sind. Auch wird nicht jede Kündigung erfasst. Die Arbeitsgerichte können nur Auskunft über die Kündigungen geben, gegen die Kündigungsschutzklage erhoben wird. Die Darstellung im Video ist also eine bewusste **Darstellung von Nazis als Opfer** und passt hervorragend zur Zielgruppe: Unzufriedene, wütende Kolleginnen und Kollegen. In den Belegschaften herrscht eben nicht, wie z.B. die MLPD immer wieder schreibt, die Offensive der ArbeiterInnen. Nein, ein großer Teil der BetriebsarbeiterInnen ist sehr wohl rassistisch, nationalistisch eingestellt. Warum?
Jahrzehntelange Stellvertreterpolitik und Co-Management (das ist keine „rechte" sondern ausgesprochen „linke" Kritik) durch **gelbe Betriebsräte und DGB- und andere Gewerkschaften** haben den **Belegschaften** ihre Handlungsmöglichkeiten und Kampfkraft geraubt. Mit dem Ohnmachtsgefühl angesichts dieses ständigen Verrats durch Betriebsratsfürsten und Gewerkschaftsbosse steigen **Unzufriedenheit, Misstrauen und Wut.**
Da sind z.B. die immer wieder kehrenden **Erpressungen durch Geschäftsleitung** und Konzernvorstände: Mit der Androhung, Arbeitsplätze zu verlagern, oder

7 Alle vorangegangenen Zitate von einprozent.de
8 compact-online.de/afd-arbeiter-fuer-deutschland-ein-kommentar-zum-tag-der-deutschen-einheit/
9 ebenda
10 www.youtube.com/watch?v=KZPdSaqI8UA

mehr Leiharbeiter einzustellen, werden Arbeitszeitflexibilisierung, Lohnkürzung, Abbau betrieblicher Errungenschaften usw. von den Belegschaften verlangt.

Betriebsrats- und Gewerkschaftsfürsten nehmen hier die **Handlanger-Rolle** ein. Verkaufen die ArbeiterInnen und ihnen den faulen Kompromiss als bestmögliches Ergebnis. Sogar mit den zur Verfügung stehenden rechtlichen Möglichkeiten wäre in der Regel mehr drin. Statt aber alles auszureizen, um den bestmöglichen Kompromiss herauszuschlagen, werden hinter verschlossenen Türen, nicht selten über mehrere Verhandlungstage z.B. in einem Konferenzhotel inklusive Verpflegung und informellen Pausengesprächen, Kompromiss-Eckpunkte vereinbart. Die Belegschaft hat das Nachsehen…die Wut wächst.

Spaltungspolitik und **Antikommunismus** des Kapitals erledigen das Übrige.

Solidarität, Zusammenhalt? Keine Rede davon! Statt den **Klassenkampf** gegen die Ausbeuterklasse von **„unten nach oben"** zu führen, resignieren viele KollegInnen und kämpfen, wenn überhaupt, nur noch für sich selbst.

Wir sind alle Teil einer Klasse, egal welcher Herkunft, Hautfarbe, Religion, Arbeits- oder Aufenthaltsstatus ... Diese Grundlage des Klassenbewusstseins ist dieser Tage leider nur gering ausgeprägt und weicht mehr und mehr dem rassistisch, **nationalchauvinistischen Kampf von „innen nach außen"**.

„Deutschland first" für ArbeiterInnen? Strategie von „Zentrum Automobil"

„Zentrum Automobil" greift die IG Metall da an, wo der Verrat der Führung deutlich wird:

„Die Herausforderungen der Zukunft liegen in der immer weiter um sich greifenden Globalisierung und deren negativen Folgen. Diese Herausforderung bedarf eines völlig neuen gewerkschaftlichen Ansatzes. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit, neue Strategien zu entwickeln. Auswege und Lösungen müssen, für die sich aus der Globalisierung ergebenden Veränderungen und Herausforderungen, aufgezeigt und angeboten werden. (…) – Kampf gegen Korruption und Co-Management. (…) Aufbau einer gewerkschaftlichen Opposition, da in vielen Fällen die Einheits- bzw. Monopolgewerkschaften nicht Teil der Lösung, sondern Teil des Problems sind!

Wir sind gegen: – Arbeitsexport – Co-Management – Begünstigung und Korruption – Lohnverzicht als Erpressungsmittel – Intransparenz – Faule Kompromisse." [11]

Nationalismus und Rassismus kombiniert mit dem Angriff auf **Privilegien, Korruption** der **Gewerkschaftsbürokratie** bilden den **Kern der Nazi-Betriebspolitik** von „Zentrum". Das Ganze schön verpackt als „Alternative" und „Opposition".

187 KollegInnen kandidierten für die Betriebsratswahl in Untertürkheim auf der Liste **„Zentrum"**, die Hälfte davon MigrantInnen. Auch wenn darunter bekannte UnterstützerInnen der **Grauen Wölfe** und anderer faschistischer Gruppierungen sind, so liegt die tatsächliche Bedeutung dieser Liste darin, dass es den FaschistInnen gelungen ist, eine Basis unter den ArbeiterInnen aufzubauen. Diese **Brauner-Sumpf-Organisationen** suchen sich ihre KandidatInnen und Mitglieder bei den Unzufriedenen, auch bei denen, die es sich einfach machen und schnell dabei sind, wenn es darum geht, Schuldige zu finden.

Das geht los bei der „Ungerechtigkeit", dass das eigene Kind keinen Ausbildungsplatz bekommt, aber im Betrieb einige wenige geflüchtete Jugendliche eine Chance bekommen – wohlgemerkt bei einem unbezahlten Praktikum. Schuldig sind in diesem Beispiel wahlweise die geflüchteten Menschen, die Politik oder die Betriebsräte, die das zulassen …

Weiter! Das folgende Beispiel gibt es in vielerlei Spielarten. Lassen wir es hier einen **Autotür-Innenbelag** sein. Dieses Teil wurde vor kurzem noch eigenproduziert. Nun kommt es aus Rumänien. Nicht die absurden Preisvorstellungen oder die miserablen Arbeitsbedingungen – unzureichende Ausbildung am Produkt, Akkord, Hungerlohn usw. – sondern die Herkunft der Produkte sind Ursache für die mangelhafte Qualität und die damit verbundenen Schwierigkeiten bei der Montage. **Rassismus!**

Aus dem Bericht einer Kollegin: *„Bei uns im Betrieb wurden, als die Produktion hochgefahren wurde, mehr als 1000 LeiharbeiterInnen eingestellt. Es ist so ziemlich die einzige Chance, bei uns einen Job zu bekommen: Als LeiharbeiterIn anfangen und auf Festvertrag hoffen. Also wollen viele KollegInnen, dass ihre Verwandten oder Freunde zum Zug kommen. Als die neuen KollegInnen ankamen, ging das Gemotze los: ‚Das sind ja alles … keine Deutschen dabei. Da sieht man wieder wie die hier bevorzugt werden und für die eigenen Leute wird nichts*

11 zentrum-auto.de/

*getan...' **Stammtischparolen! Übelste Hetze!"***
„Zentrums" Steckenpferd sind **Pseudo-Unterstützung** für LeiharbeiterInnen und das ganz große Kümmern um die Sorgen und Nöte der ArbeiterInnen in der Fabrik. Im folgenden Absatz die Zusammenfassung der Beobachtungen von „Zentrum"-Betriebsräten durch IGM-Betriebsräte z.B. in den Daimler-Standorten Untertürkheim und Rastatt:
„Mit nationalistisch-rassistischen Parolen halten sich die „Zentrum"-Leute zurück. Sie sind nah bei den KollegInnen an den Arbeitsplätzen. Händeschütteln, Probleme anhören. Hin und wieder auch lösen. Sie schaffen eine Art Vertrauensbasis. Ähnlich wie in den Kommentaren auf ihrer Facebook-Seite bekommen sie viel Zustimmung in der Art ‚Endlich traut sich mal jemand, die Wahrheit zu sagen!'.

Gewerkschaften immun gegen Faschismus?

Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde mit der Gründung der DGB-Gewerkschaften in Westdeutschland der antifaschistische Gedanke in Gewerkschaftskreisen noch hochgehalten. Trotzdem waren sich die Gewerkschaftsbonzen im Lauf der Jahrzehnte nicht zu schade, immer wieder auch gegen antifaschistische Aktivitäten Stellung zu nehmen. Eben wie die **SPD** für sich in Anspruch nimmt, **antifaschistisch** zu sein. **HA! Von wegen!** In den Betrieben ist z.B. klar, dass ein nicht geringer Teil der Belegschaften AfD wählt. Rassistische Sprüche, nationalistische Haltung bis hin zu Sprüchen, die die Verbrechen des Hitlerfaschismus relativieren: *„Der Autobahnbau war o.k.!"* zeugen von der Offenheit für braune Hetze.

Schon 2008 stellte die **IG Metall** auf ihrem „Ratschlag gegen Rechts" fest, dass rund **20 Prozent ihrer Mitglieder** offen für **nazistisches Gedankengut** sind. Und trotzdem sieht sich kaum ein Gewerkschaftsmitglied überhaupt in der Nähe von Rassisten oder gar Faschisten, meinen immer noch, in den Gewerkschaften kann es gar keine Faschisten geben. Oder so: *„Ich bin doch Gewerkschafter, da bin ich doch nicht rechts!"* Oder: *„ich habe doch türkische Freunde, da bin ich doch kein Rassist!"*
In einer aktuellen Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung zum Thema „**Gewerkschaften und Rechtsextremismus in Europa"** wird das ausführlich behandelt: Eine extrem **„rechte" Gewerkschaft** kann laut dieser Studie erhebliches **Mobilisierungspotential** entwickeln.
„Insgesamt bieten sich dem Rechtsextremismus gute Chancen, den Globalisierungs- und Modernisierungsverlierern den völkisch homogenen Nationalstaat als Gegengift gegen die unerwünschten Begleiterscheinungen der Globalisierung schmackhaft zu machen. Durch die Kritik an der Globalisierung verbindet sich die nationalistische und die völkische Komponente des Rechtsextremismus nahtlos mit der sich immer dringlicher stellenden „sozialen Frage".
Die in diesem Kontext geäußerte Kapitalismuskritik bezieht sich vor allem auf das Finanzkapital, das – angeblich in jüdischer Hand („Ostküste der USA") – die Weltherrschaft anstrebt. Typisch für diese Weltsicht ist der Aufruf der Initiative „Zukunft statt Globalisierung", aus dem folgendes Zitat stammt: „Es handelt sich bei der Globalisierung ganz allgemein um das planetarische Ausgreifen der kapitalistischen Wirtschaftsweise unter der Führung des Großen Geldes. Dieses hat, obwohl seinem Wesen nach nomadisch und ortlos, seinen politisch-militärisch beschirmten Standort vor allem an der Ostküste der USA. " [12]
Nach der letzten Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung zum Thema (November 2016) zeigt sich, dass die Zustimmung unter Gewerkschaftsmitgliedern zu menschenfeindlichen Aussagen sogar höher sei, als unter Menschen, die keiner Gewerkschaft angehören. Nationalistisch-chauvinistische Ideologen übernehmen die Wortwahl von revolutionären SozialistInnen für ihre Kritik am korrupten Co-Management und stellen so *„ein gewerkschaftliches Establishment als korrupt und abgehoben"* dar.
Ganz so, als würden sie Klassenkampf führen. Aller-

12 Friedrich Ebert Stiftung, Richard Stöss, GEWERKSCHAFTEN UND RECHTSEXTREMISMUS IN EUROPA, 2017, Seite 18f

dings eben exklusiv für die nach ihrer Definition „deutschen" Arbeiter. JA, in erster Linie führen sie ihre Scheinkämpfe für „deutsche" Arbeitsmänner – „deutsche" Arbeitsfrauen gehören nach Auffassung von Nazi-Betriebsaktivisten an den Herd …

Wie hat sich die ArbeiterInnenklasse in Deutschland so weit vom antifaschistischen Gedanken entfernen können? War dieser Gedanke wirklich gefestigt? Im Rahmen der Aufarbeitung der Geschichte der ArbeiterInnenbewegung in BRD und DDR werden wir in dieser Frage mehr Klarheit schaffen.

Hier und heute begrenzen wir uns auf einige wesentliche Punkte. Warum also geht die **Tendenz** bei einem **Fünftel** der **Gewerkschaftsmitglieder** Richtung **faschistische Ideologie?**

Mit Sicherheit liegt es auch daran, dass die **revolutionäre Bewegung schwach** ist und **in den Betrieben kaum verankert**. Einige wenige KommunistInnen können nicht schaffen, was Tausende Betriebsrats- und Gewerkschaftsbürokraten über Jahrzehnte zerstört haben.

Es kann mit Gewissheit angenommen werden, dass auch über die Listen der IG Metall oder völlig unpolitisch auftretende Listen AfD-Mitglieder oder -AnhängerInnen in die Betriebsräte der Metallindustrie gewählt wurden.

Dass Höcke in Erfurt auf IG Metall-Demos in der zweiten Reihe mitlaufen durfte und auf der Protestversammlung gegen die Schließung von Siemens in Görlitz der dortige AfD-Abgeordnete begrüßt wird, zeigt die „Normalität", mit der die IG Metall mit der AfD umgeht, sofern diese nicht wie bei Daimler gezielt gegen die Gewerkschaft agiert.

Das hat seinen Grund. Die „erfolgreiche Politik", die IGM-Chef Hofmann fortsetzen will, ist keine Waffe gegen Faschisten, im Gegenteil. Die Politik der gelben DGB-Gewerkschaften dient den Interessen des deutschen Kapitals.

Der Export von Autos, Maschinen, Waffen und Großchemie ist die wichtigste Waffe des deutschen Imperialismus. Die **IG Metall** hat die **Standort-Deutschland-Politik** zur **Perfektion** entwickelt und alle dafür nötigen Maßnahmen, von Leiharbeit, Flexibilisierung, Ausgliederungen, Einschränkung des Streikrechts bis zu Industrie 4.0 und Abgaspolitik aktiv unterstützt. Das wurde mit den Extraprofiten aus dem Export geschmiert – wie sich in Korruption bei den BetriebsratsfürstInnen und den Privilegien für die Stammbelegschaften der Auto-Industrie zeigt.

So haben sich die Gewerkschaftsfürsten einen **privilegierten Machtapparat** geschaffen, um ihre Pöstchen in den Betriebsräten zu erhalten und neue für ihre Seilschaften zu verteilen. Die sichern die Interessen der Facharbeits-Arbeiteraristokratie und lassen die „LeiharbeiterInnen", die für gleiche Arbeit viel weniger Lohn bekommen, am ausgestreckten Arm „verhungern". Die Forderungen von KollegInnen abzubremsen und rassistisch gegen die migrantischen ArbeiterInnen zu richten, das ist kein „Alleinstellungsmerkmal" des AfD-nahen „Zentrums".

Die DGB-Gewerkschaften haben immer wieder rassistische Kampagnen der bürgerlichen Politik, vor allem der SPD mitgetragen. „Das Boot ist voll" in den 1970er Jahren über die 1990er Jahre, „Asylantenstopp" bis in die 2000er Jahre „wir können nicht alle bei uns aufnehmen." Die AfD knüpft daran an und verstärkt entschieden, offensiver und aggressiver die Grundforderung: *„Arbeitsplätze und Vorteile für deutsche ArbeiterInnen!"*

Als die BayerInnen Mitte Oktober 2018 ihren Landtag wählten, stimmten **14,5 Prozent der Gewerkschaftsmitglieder für die AfD**. Unter allen WählerInnen kam die Partei dagegen nur auf 10,2 Prozent der Stimmen. Schon bei der Bundestagswahl 2017 hatten überproportional viele GewerkschafterInnen AfD gewählt. Und zuletzt, bei der Landtagswahl in Hessen, stimmte jedes fünfte männliche Gewerkschaftsmitglied für die AfD.

Von Haus aus verkauft sich der DGB samt seiner Einzelgewerkschaften **parteipolitisch neutra**l, allerdings sind immer noch die meisten der hohen Funktionäre SPD-Mitglied. Und – pikantes Detail – viele Gewerkschaftsausschlüsse gegen kommunistische Kolleginnen und Kollegen stehen sehr wenigen Ausschlüssen wegen faschistischer Aktivitäten gegenüber.

Auch wenn es aktuell gegen mehr als zehn Organisationen der „extremen Rechten" Unvereinbarkeitsbeschlüsse der IG Metall gibt. Gegen AfD-Mitglieder steht das nicht zur Diskussion, wird evtl. auf dem Gewerkschaftstag 2019 beantragt. Zu nah die Positionen in der Frage der Interessenverteidigung der deutschen Arbeiteraristokraten und Gewerkschaftsbürokraten, zu groß die Angst, vor unzähligen Austritten in Folge.

Natürlich sind die **staatstragenden, gelben DGB-Gewerkschaften** die undemokratisch funktionieren, die bürokratisiert und abgehoben von der Basis handeln, **nicht immun gegen Faschisierung und braune Ideologie.** Insofern ist der Kampf in diesen Fragen auch in den Gewerkschaften und gegen die DGB-Gewerkschaften insgesamt zu führen.

Erfolgsgarant Klassenzusammenarbeit?

Anstatt den unversöhnlichen Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit zu benennen und entsprechend zu kämpfen, vermitteln die DGB-Gewerkschaften zum Wohl des Standorts Deutschlands. Diese Politik der Klassenzusammenarbeit hält die IG Metall nicht nur für erfolgreich, sondern auch für einen Schutz gegen „rechts". Das bringt IGM-Chef Hofmann auf den Punkt: *„Der beste Weg, damit das Zentrum eine Randerscheinung bleibt, ist, unsere erfolgreiche Politik fortzusetzen."*

ArbeiterInnenfeindliches Programm der AfD auseinandernehmen – KollegInnen überzeugen

Die staatliche Faschisierung und gesellschaftliche Enttabuisierung von Rassismus und Islamophobie inklusive gewalttätiger gezielter Angriffe schwappt in die Betriebe. Dabei scheint die „neue" Sympathie eines erheblichen Teils der Gewerkschaftsmitglieder zur AfD verwunderlich. Hat ihnen die einst als Sammelbecken für Neoliberale und Euro-GegnerInnen gegründete Partei bis heute doch inhaltlich so gut wie nichts zu bieten.

Wer die jüngsten **Wahlprogramme der AfD** liest, findet nur wenige, kaum unterfütterte, plakative Forderungen, etwa nach höherem Mindestlohn und einer Begrenzung der Leiharbeit. Das AfD-Programm zur

bayrischen Landtagswahl umfasste 99 Seiten; zur Sozialpolitik standen dort ganze 49 Zeilen. Strategien, um die Digitalisierung arbeitnehmerfreundlich zu gestalten? *„Ich wüsste keine"*, gab Parteichef Alexander Gauland im ZDF zu.

Wenn es um **Sozial- oder ArbeiterInnenpolitik** geht, bleibt es schwammig. Die AfD-Funktionäre, speziell auch Betriebsräte, wollen gezielt offen lassen, was ihre Alternativen sind. Denn darum geht's ihnen nicht. Sie treten nicht ein für ArbeiterInnenrecht.

Die faschistischen AfD-Ideologen zielen nur auf eins: Sie wollen eine Basis für ihre menschenverachtende Politik in den Betrieben an sich binden. Dafür nutzen sie auch die gefühlte Benachteiligung vieler KollegInnen indem sie in ihrer demagogischen Polemik die **„deutschen" ArbeiterInnen bevorzugen** und besser stellen. Sie treten auf allen Ebenen, Lohn, Gehalt, Renten, Hartz IV usw., für finanzielle Verbesserungen und Bevorteilung der „deutschen" ArbeiterInnen ein.

DAS IST DAS ZENTRALE.

Das ist ihre Hauptarbeit in Theorie und Praxis, um die völkische Betriebs- und Volksgemeinschaft wieder herauf zu beschwören. Damit und nur damit können sie die Werktätigen hinter sich bringen und mit ihnen wieder lautstark für den deutschen Imperialismus in neue Kriege ziehen.

Dass die AfD in der Ausrichtung nicht zu hundert Prozent einig ist, wird deutlich beim **Thema Altersvorsorge**. Während eine AfD-Fraktion am Umlagesystem festhalten will und offene Nazis am liebsten nur noch Rente an „Deutsche" zahlen möchten, propagieren Neoliberale um AfD-Chef Jörg Meuthen die rein private, für durchschnittliche ArbeiterInnen unbezahlbare Altersvorsorge. Wieder andere fordern eine rein steuerfinanzierte Rente.

Allerdings kommt aus der „Höcke-Ecke" das Ansinnen, Arbeitnehmer-Politik ins „Zentrum" zu stellen.

Womit wir wieder bei einem **Hauptangriffspunkt** von „Zentrum" und Co wären. Sie sprechen auf die **Gefühle von Benachteiligung** an, auf das Opfer-Sein, die „Wird-man-doch-mal-sagen-dürfen"-Mentalität. Aber sie greifen natürlich **nicht die Ursachen** von zunehmender Verarmung der prekarisierten Schichten der ArbeiterInnenklasse an.

Im Gegenteil:

Sie verschleiern die kapitalistische Ausbeutungssystematik und stellen Geflüchtete, MigrantInnen, Menschen, die nicht in ihr deutsch nationalistisches Weltbild passen, als die Schuldigen hin. Rufen auf zum nationalistischen Sozialneid und feuern Gewalt und Rassismus gegen Minderheiten an.

Und ja, auch die herrschende Politik der Gewerkschafts- und Betriebsratsbonzen hat die zweifelhaften Positionen innerhalb der Gewerkschaften genährt: **„Standort-Nationalismus"** und die Einstellung gegenüber KollegInnen aus anderen Ländern in den Betrieben.

Die Standort-Konkurrenz löst Ängste aus und bietet so Anknüpfungspunkte für nationalistische Parolen. ArbeiterInnen z.B. aus Osteuropa werden abgestempelt. Die „deutschen" ArbeiterInnen beanspruchen die besseren Verträge und Jobs für sich. Standort-Logik verdrängt die letzten Reste gewerkschaftlicher Solidarität.

„Zentrum“ bietet keine Opposition und die AfD keine Alternative zur herrschenden Ausbeutung!

Offener Rassismus, Spaltung der ArbeiterInnenklasse. Verunsicherung der Werktätigen, Hetze und Hass gegen alles, was nicht in ihr Bild passt. Vernichtung aller von uns hart erkämpften demokratischen Rechte. Senken und Abschaffen von Arbeitsstandards, Löhnen, Kündigungsschutz, Gleichberechtigung. So sieht ihre „Alternative“ ihre „Opposition“ aus.

Rückenwind bekommen sie nicht nur aus bürgerlichen Parteien, sondern auch, Nazi-Terror inbegriffen, von faschistischen Ideologen und Rattenfängern!

Der Kampf gegen Rassismus und Spaltung, der **antifaschistische Widerstand** sind unsere Pflicht!

Die Solidarität mit geflüchteten Menschen, die Hetze entlarven! Für Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen kämpfen, heißt **gemeinsam kämpfen**!

Unsere Alternative, unsere Opposition heißt Revolution! Reformen, Tarifrunden. All das sind nur kleine Schritte, die das kapitalistische System kaum stören. Dennoch bedrohen uns die Kapitalisten, sobald wir nur den Hauch von einem Anspruch auf ein Stück vom Kuchen erheben. Am Ende kommen nur Krümel raus, auch weil es mit den DGB-Gewerkschaften keinen Kampf um ein Stück Kuchen geben wird, geschweige denn um mehr.

Darüber hinaus erreichen wir UNSERE Alternative, eine **Welt ohne Ausbeutung**, nur, wenn wir uns für die sozialistische Revolution organisieren und wie eine Faust donnernd auf der Tafel der Herrschenden landen!

Dank AfD gelingt den großen **bürgerlichen Parteien**, sich vom so genannten „Rechtspopulismus“ abzugrenzen und gleichzeitig ins selbe Horn zu blasen.

Nach dem Motto: „Pfui – das sind ja üble Töne aus den Reihen der AfD – da müssen wir doch mal eine Demokratie-Kampagne starten! Und damit uns keine Wählerstimmen am rechten Rand verloren gehen, nehmen wir ein paar ihrer Töne für unser eigenes Volksverarschungs-Lied.

Das können wir nämlich schon lange – aber hübsch im Demokratie-Mäntelchen: Gesetze verschärfen, rassistische, menschenverachtende Flüchtlingspolitik, Sozialraub in allen Lebensbereichen, Lohnraub in jeder Branche, staatliche Kontrolle verstärken und massive Einschränkung demokratischer Rechte.“

So wird die Faschisierung des deutschen Staates rasant vorangetrieben. Wir Werktätige werden gegeneinander ausgespielt und mit brauner Ideologie zugemüllt. Wir sollen nicht erkennen: Alle Ungerechtigkeit, Lohnraub, Leistungsverdichtung, grenzenlose Ausbeutung, Kriege, Armut, Umwelt- und Lebenszerstörung haben eine gemeinsame Ursache: **Das kapitalistische System**.

Der „Rechtsruck“ in Gesellschaft und Betrieben zeigt sich nicht nur am Erstarken „rechter“ Parteien wie der AfD.

Rassistische Parolen und national-chauvinistische Ideologie ziehen sich durch alle Schichten und findet sich in jeder bürgerlichen Partei von CSU bis (ja, auch die!) Linke! So ist es auch in den Betrieben.

Hier, genau hier MÜSSEN wir um jeden Kopf um jedes Herz kämpfen. Denn jede rassistische Propaganda, jeder nationalistische Spruch treibt die Spaltung weiter voran. So können wir nicht gegen die Angriffe des Kapitals bestehen. Nur vereint sind wir stark, einig als Klasse, organisiert in der **kommunistischen Partei**. Allem „Rechtsruck“ zum Trotz sind Weg und Ziel klar.

Zum Sozialismus kommen wir nur kämpfend:

Im Zuge neuer Klassenkämpfe wird sich die ArbeiterInnenklasse erneut demokratische Rechte erkämpfen, vor allem aber den fundamentalen Kampf gegen das kapitalistische System aufnehmen, sich eine Kommunistische Partei schaffen und vorwärts marschieren.

Für die internationalistische Einheit der ArbeiterInnenklasse!

Korrespondenz aus Frankreich

Frankreich: Was ist von der Bewegung der Gelben Westen zu halten?

Vorweg: Französisch reden und kämpfen ist angesagt?! Die Bewegung der Gilets jaunes ist ein Ausbruch von Wut, Frust und Verzweiflung. Steigende Preise, unbezahlbare Mieten, niedrige Löhne ... um nur einige Auslöser zu nennen. Wie ist die Bewegung einzuschätzen? Was sind die Hintergründe? Gegen welche Politik der Macron-Regierung richtet sie sich? Welche politischen Kräfte setzen sich an die Spitze des Protests? Der Artikel aus Frankreich bietet erhellende Einsichten und Analysen über den Zustand der Klassenkämpfe in Frankreich. Digital auf der Webseite der Zeitschrift „Proletarischen Revolution", Österreich zu finden.

Nach mehr als einem Monat anhaltender Blockaden von Strassen und anderen für den Verkehr neuralgischen Punkten (z.B. Treibstofflagern) sowie vier großen Mobilisierungen an aufeinanderfolgenden Samstagen seit dem 17. November 2018, an denen sich jeweils **Hunderttausende** (am 27. November sogar deutlich mehr als die von den Medien genannten 300.000) beteiligten, war die Staatsmacht in Bedrängnis und unter Zugzwang geraten. Die Bewegung der „Gilets Jaunes" [1] hatte eine **beträchtliche Stärke und Breite** entwickelt, zwar nicht wie dort oder da im Ausland kolportiert „wie seit 1968 nicht". Aber immerhin wie seit den Kämpfen gegen die „Rentenreform" 2010 oder denen gegen die „Reform des Arbeitsrechts" 2016 nicht mehr. Es war bereits zu beträchtlichen Verkehrstörungen und Versorgungsengpässen mit Treibstoff in einigen Landesteilen gekommen.

Gegen **die vierte Samstagdemonstration** vom 8. Dezember musste der Staatsapparat 90.000 Mann an Polizei, Sonderpolizei (die berüchtigten CRS) und Gendarmerie [2] aufbieten, darunter (...), 11 Schützenpanzer (u.a. zum Niederreissen von Barrikaden), Wasserwerfer, Hubschrauber etc. in Paris. **2.000 Demonstranten** wurden an diesem einen Tag festgenommen (darunter 1.082 in Paris). 1.700 von ihnen wurden in Polizeigewahrsam überführt. Viele dieser Festnahmen hatten „präventiven" Charakter – es wurde Ausnahmezustand gespielt, ohne diesen formell verhängt zu haben. [3] Alle Abwiegelungs- und Spaltungsmanöver der Regierung, für die Macron seinen Premierminister Philippe vorgeschickt hatte, während er selbst sich im Hintergrund hielt, waren kläglich gescheitert. Risse im gesamten politischen Parteienspektrum, auch in der Partei Macrons selbst, der LREM („La République en Marche") waren aufgetreten. 80 Prozent und zeitweise mehr aller Franzosen unterstützten die Bewegung, darunter sogar 54 Prozent derer, die vor eineinhalb Jahren den „Hoffnungsträger" Macron gewählt hatten. Der Staatsapparat konnte nicht einfach so weitermachen wie bisher. In dieser Situation hielt **Macron** am 10. Dezember eine **Rede im Fernsehen.**

Gewalt und Gegengewalt

Im ganzen ersten Teil seiner Rede hetzte er wie üblich gegen die „Gewalt": gegen die banale Gewalt von „Randalierern" und Einbrechern, also gewöhnlichen „Kriminellen" (das darf natürlich nie fehlen). Vor allem aber gegen die „Gewalt der Strasse", den „Pöbel", die „Schänder der Republik", ihrer „Symbole" usw. Kurzum: gegen politische Gewalt gegen die Staatsmacht.

Die Regierung lasse sich nichts „von der Strasse diktieren" usw. Dass es bei solch schweren Auseinandersetzungen zwischen Volksmassen und der Staatsmacht auch zu Gewaltanwendung kommt, ist nicht überraschend. Da ist zuerst einmal Gewaltanwendung der Staatsmacht gegen die Demonstranten. Das Vorgehen des **staatlichen Gewaltapparats** war allerdings diesmal **außergewöhnlich aggressiv und gewalttätig**. Hunderte Verletzte, wovon 179 in Spitäler gebracht werden mussten, einige liegen im Koma, einige sind gestorben (in Marseille erstickte eine alte Dame in ihrer Wohnung im 4. Stock in einer Wolke von Tränengas).

Dann ist auf der anderen Seite die **vollständig berechtigte Gewaltanwendung** der Demonstranten, um ausdrückliche (wie am 24. November) oder faktische (wie am 1. Dezember.) Demonstrationsverbote zu durchbrechen und sich Zugang zu den Champs Elysées zu verschaffen. Oder auch nur um sich zu schützen und zu wehren. Am 1. Dezember hatte die

1 Gelbe Westen, weil die für die Sicherheit im Straßenverkehr vorgesehenen Warnwesten getragen werden, manchmal mit politischen Symbolen verziert.

2 Die Gendarmerie ist übrigens – als vierte Säule neben Heer, Marine und Luftwaffe – Teil der Armee und ressortiert zum Kriegsministerium; lediglich für Einsätze im Inneren wird sie derzeit zeitweilig dem Innenministerium unterstellt.

3 Eine der ersten Maßnahmen Macrons beim forcierten Ausbau des Polizeistaats war eine Strafrechtsreform, in der viele Elemente des Regimes des Ausnahmezustands ins „normale" Strafrecht integriert wurden, sodass in vieler Hinsicht kein Ausnahmezustand mehr benötigt wird und er nach 23 monatiger Dauer (November 2015 bis Oktober 2017) aufgehoben wurde. Flächendeckende „Schutzhaft" allerdings sieht auch das neue reformierte Straffrecht (noch) nicht vor.

Polizei alle Zugänge zu den Champs Elysées gesperrt und perlustrierte (untersuchten) jeden (incl. Ausweiskontrolle und Durchsuchung), der sie über den einzigen offenen Zugang betreten wollte. Das ließen sich die **Manifestanten** natürlich nicht gefallen.
Sie reihten sich natürlich nicht in kilometerlange Warteschlangen ein, um sich dort filzen zu lassen, sondern **durchbrachen in breiter Front** die Polizeisperren trotz einem **„Meer von Tränengas, in dem die Champs Elysées versinken"** (Le Monde). Dazu kamen einige zertrümmerte Schaufenster von Luxusläden in der Pariser „Prachtstrasse", einige angezündete Autos usw., einiges davon sicher auch von Demonstranten veranstaltet, die ihrem Zorn freien Lauf ließen.
Aber das meiste ziemlich offensichtlich von **agents provocateurs** und für das Staatsfernsehen inszeniert, das prompt immer zur rechten Zeit an der rechten Stelle war und einem stundenlang immer dieselben Szenen vorführte – von denen manche dermaßen gestellt erschienen, dass es sogar für diese Sorte von „Berichterstattung" schon richtig peinlich war.
Dabei ist so etwas bei einer solchen „insurrection" (Aufstand) unvermeidlich. Sogar ein Mélenchon [4], Chef der reformistischen Partei „La France Insoumise" [5]), brachte das schön auf den Punkt: *„Wenn man lange genug auf dem französischen Volk herumtrampelt, dann erhebt es sich eben, und das hinterlässt Spuren."*

Forderungen der Bewegung und Ankündigungen der Regierung

Dann ging es in der Rede Macrons weiter mit der Ankündigung neuer, weiter als bisher gehender Konzessionen, gedacht als Abwiegelungs- und Spaltungsmanöver, aber immerhin doch „Zusagen", einige der Maßnahmen, die den Aufruhr ausgelöst hatten, zurücknehmen. Nicht ohne allerdings im nächsten Atemzug die unbeirrte Fortsetzung seiner Politik ein x-tes Mal zu bekräftigen.
Was die für 1. Januar 2019 beschlossene **Erhöhung der Treibstoffsteuer auf Diesel** betrifft, war bereits zuvor angekündigt worden, sie für sechs Monate auszusetzen – die Bewegung verlangt jedoch die Annullierung der Erhöhung, nicht nur deren Verschiebung.

4 Mélenchon nahm am 1.12. an der Großdemonstration der Gilets Jaunes in Marseille teil und tritt militant gegen Macron auf, kann aber der Bewegung und dem Klassenkampf keine Perspektive bieten, weil er, Bewunderer Mitterands, nicht gegen den Kapitalismus kämpft, sondern nur gegen dessen neoliberale Auswüchse und übrigens keinerlei Kritik am französischen Imperialismus hat, ganz im Gegenteil.

5 Vielleicht so etwas wie „widerspenstiges, rebellisches Frankreich", früher „Parti de gauche" – Partei der Linken.

Dazu muss man wissen, dass Frankreich bereits die sechsthöchsten Treibstoffpreise der EU [6] und mit 64 Prozent den höchsten Steueranteil an diesem Preis hat.
Der Liter Treibstoff kostet um etwa 30 Cents mehr als in Österreich und mit Jahresbeginn 2019 sollte der Dieselpreis um weitere 15 Cents auf das Preisniveau von Benzin angehoben werden. Die Dieselquote liegt in Frankreich bei 80 Prozent, denn Dieselautos wurden massiv gefördert, insbesondere seit z.B. Renault in den 1990er Jahren mit neuen Katalysatoren einen Konkurrenzvorsprung hatte und sein Diesel auch zum Exportschlager wurde.
Die zusätzliche Dieselsteuer wurde verlogen als „Öko-Steuer" verkauft. Von derselben Regierung, die z.B. Renault erlaubt, heute noch viel größere Dreckschleudern auf den Markt zu bringen als beispielsweise Volkswagen, und der es gelungen ist, dass sich in Frankreich kaum jemand etwas unter „Dieselskandal" vorstellen kann.
Die einen Kapitalismus politisch verwaltet, der die ArbeiterInnen aus den Zentren in die Peripherien der Städte vertreibt, zu ständiger Delokalisierung der Arbeitsplätze führt, die staatliche Verkehrsinfrastruktur ruiniert und so die ArbeiterInnen zu langen Wegen zwischen Wohnort und Arbeitsplatz zwingt, die nur per Auto zu bewältigen sind.
Ebenfalls sollten rechtzeitig mit Einbruch des Winters ab Jahresbeginn die **Strompreise** und die in ihnen **enthaltene Steuerquote massiv** erhöht werden. EDF hatte für 2019 eine Erhöhung der Strompreise um **11,4 Prozent** und anschließend eine weitere jährliche Erhöhung um jeweils 3,5 Prozent pro Jahr bis 2023 gefordert, um die „notwendigen Investitionen finanzieren zu können".
Dazu muss man wissen, dass die allermeisten Franzosen mit Strom heizen, nachdem man ihnen das über Jahrzehnte mit den angeblich wegen der Atomenergie günstigen Preisen aufs Auge gedrückt hatte, um anschließend diese kontinuierlich zu erhöhen, um die Atomindustrie zu subventionieren und die internationale Konkurrenzfähigkeit zu stärken.
Auch diese geplante Strompreiserhöhung war bereits vorher zurückgenommen worden. Die EDF verlangt jetzt konsequenterweise Subventionen der Regierung zur Kompensation dieses Ausfalls bereits genehmigter Einnahmen – die Regierung hat dafür, wie es heißt, schon sehr kreative Ideen.
Neu in der Rede Macrons waren die Ankündigung eine **stärkeren Erhöhung des gesetzlichen Mindestlohns SMIC** als geplant und die der Rücknahme

6 Spitzenreiter ist Italien, gefolgt von den Niederlanden, Griechenland (!), Dänemark und Portugal.

des 2018 erfolgten Schubs bei der **Belastung der Pensionen mit Sozialversicherungsabzügen**. Diese **beiden Fragen sind die wichtigsten** in der Vorgeschichte der jetzigen Bewegung – die Erhöhung der Diesel- und Strompreise waren dann sozusagen „nur" der Tropfen, der das Fass zum Überlaufen brachte.

Der SMIC ist ein **gesetzlicher Mindestloh**n und gilt **flächendeckend für alle Arbeitsverhältnisse**. 2,9 Millionen Menschen oder 12,4 Prozent der Lohnarbeiter beziehen den SMIC. 80 Prozent der „smicards" sind Frauen. Der SMIC liegt 2018 bei 1.498,47 Euro bzw. – bei Annahme der dem Papier nach noch bestehenden 35-Stunden-Woche – bei 9,88 Euro pro Stunde. Davon gehen allerdings Sozialabgaben und mehr noch Steuern ab, sodass sich ein Netto von 1.185 Euro ergibt.

Der SMIC erhöht sich jährlich nach einer zwielichtigen

Formel, die aber doch verspricht, in etwa die Inflation zu kompensieren. So wurde er für 2018 um 1,24 Prozent erhöht – aber die Inflationsrate lag in diesem Jahr stets über 2, im November 2018 bei 2,2 Prozent.

Das ganze Jahr hindurch brodelte es deshalb bereits in und außerhalb der Gewerkschaften und wurde eine deutliche Erhöhung des SMIC gefordert.[7] Als daher vor einigen Wochen eine Erhöhung des SMIC per 1. Januar 2019 um **nur 1,8 Prozent** angekündigt wurde, erhob sich ein Proteststurm, der von der Regierung harsch abgeschmettert wurde. Die Frage des SMIC war neben den indirekten Steuern eine der Hauptforderungen der Bewegung.

Jetzt kündigte Macron doch eine außertourliche Erhöhung des SMIC um 100 Euro an – *„ohne dass dies die Arbeitgeber auch nur einen Cent kosten wird"*. Wie das? Weil es gar keine Erhöhung des SMIC ist, sondern ein staatlicher Zuschuss („prime d'activité"), der sowieso in fünf Etappen jährlich um 20 Euro erhöht werden sollte und jetzt halt vorgezogen in einem Aufwaschen. Woher kommt das Geld? Aus dem Staatsbudget für „Soziales", es wird also an anderer Stelle des Sozialsystems fehlen. Daher war die Antwort der Bewegung darauf: *„Diese ‚Erhöhung' des SMIC zahlen die Arbeitslosen."* Zudem kriegt sie, eben weil es keine Erhöhung des SMIC, sondern Sozialhilfe ist, nicht jeder, sie hängt auch vom Familieneinkommen insgesamt ab, und man kriegt sie nur auf Antrag.

Die Bewegung lehnt diese angebliche Erhöhung des SMIC daher ab. Einige Gewerkschaften fordern eine Erhöhung des SMIC auf 1.800 Euro, einige auch seine gänzliche steuerliche Entlastung.

Einen Sturm der Entrüstung gab es auch bereits das ganze Jahr über, weil 2018 die **CSG** („Contribution Sociale Généralisée" (Allgemeiner Sozialbeitrag"), ein Pendant der österreichischen Sozialversicherungsbeiträge, drastisch erhöht wurde, nämlich von **8,2 auf 9,2 Prozent.**[8]

Noch drastischer allerdings fiel die Erhöhung der CSG auf **Renten** aus: von **6,6 auf 8,2** Prozent. Die Bewegung forderte daher unmittelbar die Rücknahme der 2018er Erhöhung, aber darüber hinaus generell die Befreiung niedriger Renten von der CSG. Jetzt kündigte Macron an, man würde für Renten bis 2.000 Euro ab 2019 die Erhöhung aus 2018 aussetzen. Die Bewegung weist das zurück und besteht auf ihren Forderungen. Eine weitere Ankündigung Macrons ist die **Steuer- und Abgabenbefreiung** der **Überstundenzuschläg**e. Das ist ein alter Plan Sarkozys, teilweise auch umgesetzt, um einen zusätzlichen Anreiz zur Verlängerung der Arbeitszeit zu schaffen („Travailler plus, pour gagner plus!" = „Mehr arbeiten, um mehr zu verdienen!")**.** Bereits damals war allen denkenden Menschen die Zweischneidigkeit dieser Maßnahme klar: Verlängerung der Arbeitszeit und Verkürzung der zukünftigen Renten, Abfertigungen (Abfindungen) etc.

Die letzte Ankündigung Macrons ist eine echte Chuzpe. Er forderte die Kapitalisten auf, sie mögen

7 Siehe z.B. CGT – Fiche no.13: Un salaire minimum en France et dans chaque pays européen

8 „Nur" 9,2 Prozent, wo einem doch in Österreich das Doppelte an Sozialversicherungsbeiträgen abgezogen wird? Das hat damit zu tun, dass die Finanzierung des Sozialsystems in Frankreich anders aufgebaut ist: es wird – wie z.B. auch in der Schweiz – auch aus der Besteuerung von Finanzanlagen usw. finanziert. Die Kapitalertragssteuer liegt bei 30 Prozent, wovon aber nur 12,8 Prozent Steuereinnahmen des Staates sind, während 17,2 Prozent in die Finanzierung des Sozialsystems wandern. (Tragen also die Kapitalisten auf diese Art etwas zur Finanzierung des Sozialsystems bei zusätzlich zu den „Lohnnebenkosten"? Natürlich nicht, denn Kapitalgesellschaften können genau wie in Österreich dafür optieren, von der KESt befreit zu werden und statt dessen die Finanzgewinne der Körperschaftssteuer zu unterwerfen – und hier ist die Besteuerungsgrundlage bekanntlich sehr „gestaltbar".)

heuer freiwillig anlässlich Weihnachten eine **Sonderzahlung** leisten und zwar „alle Arbeitgeber, wenn sie können". Die Kapitalistenverbände haben postwendend erklärt, das sei eine noble Geste, aber abgesehen von möglichen Ausnahmen könnten sie leider nicht.

Eine weitere Forderung der Bewegung ist die **Rückgängigmachung** der **Abschaffung der Vermögenssteuer** durch das Macron-Regime vor einem Jahr [9] Dies lehnte Macron brüsk ab, war das doch eines seiner Vorzeigeprojekte für mehr Modernität, mehr Dynamik und mehr Liberalismus. Ebenfalls wurde gefordert, die **Taxe d'habitation („Wohnsteuer")** tatsächlich abzuschaffen – im Wahlprogramm versprochen, aber sofort nach der Wahl gleich einmal um drei Jahre hinausgeschoben.

Auch gegen die 10 Prozentige Steigerung bei der **Grundsteuer** wird protestiert.

Die Hauptbotschaft aber, die Macron und sein Premierminister ohne Unterlass in geradezu penetranter Weise trommelten und trommeln, auch bei dieser Rede, war: man habe die Anliegen der Bewegung gehört und ihre Sorgen verstanden, der Präsident würde aber die Generallinie seiner Reformpolitik entschieden beibehalten („tenir le cap" = den Kurs halten) und seine Politik unbeirrt fortsetzen. Ein „gilet jaune" meinte dazu im Fernsehen: *„Er geht einen Schritt zurück, um dann neuerlich zu springen."*

Kein Wunder daher, dass Macrons Rede nicht geeignet war, die Bewegung zu unterminieren. Sie hielt daher auch für die Bourgeoisie nicht, was sie versprach. Schlechtes Echo in den Medien, kritische Reaktionen der Oppositionsparteien, Lamentieren der Gewerkschaftsbonzen, man müsse sie jetzt endlich „an Bord holen", waren die Folge. Es herrscht Sorge, so könne man „das Problem nicht lösen".

Eine lange politische Vorgeschichte …

Um den unerwarteten Ausbruch des „Volkszorns" zu verstehen, muss man sich die Vorgeschichte vor Augen führen. **2012** waren die vorletzten Wahlen gewesen. Der **„Republikaner" Sarkozy** war zum Inbegriff der Arbeiter- und Volksfeindlichkeit geworden. Rollende Angriffe gegen Arbeits- und Sozialrecht, wilder Ausbau des Polizeistaates, Rassismus bis zum Erbrechen, in großen Teilen der Bevölkerung extrem verhasst. „Tout sauf Sarkozy" war damals die Parole: **Alles, nur nicht Sarkozy**. Der Wunsch ging in Erfüllung und es kam der **Sozialdemokrat Hollande**. Binnen weniger nicht Wochen, sondern Tage waren nahezu alle Wahlversprechen gebrochen.

Neuerlich rollende Angriffe gegen das Arbeits- und Sozialrecht, ein noch wilderer Ausbau des Polizeistaates, eine noch rassistischere „Ausländerpolitik", mehr als doppelt so viele Abschiebungen von „Zigeunern" als unter Sarkozy, eine noch üblere imperialistische Außenpolitik usw. Am Ende hatte Hollande nur mehr Zustimmungswerte von 15 Prozent. „Tout sauf Hollande!" wäre jetzt die angemessene Parole gewesen. Aber wen dann wählen?

Jetzt trat Macron aus der Hollande-Regierung aus und fabrizierte seine neue „Bewegung", „weder rechts noch links", aber ungeniert viele altgediente Lemuren aus beiden „alten" Parteien rekrutierend, dazu ein Heer „dynamischer", „junger", eingebildeter „Bewegter". Der **„gemeinsame Sohn von Sarkozy und Hollande"**, wie es bald hieß. Ultraneoliberaler, Mann der Rothschild-Bank, Bewunderer von Tony Blair, von Hollande irgendwann in die Regierung geholt, bald genauso verhasst wie dieser.

Er machte nie ein Hehl aus seiner nur auf Maximalprofit des Finanzkapitals bedachten Einstellung und beabsichtigten Politik. Aber mit der Gründung der neuen „Bewegung" schien das alles momentan vergessen.

Jung-dynamische Schaumschlägerei und ein abstoßender imperialer Personenkult um diesen Schnösel schienen zu genügen, um bei vielen den frech und offen ausgesprochenen politischen Inhalt dieser „Bewegung" vergessen zu machen. Vor allem aber, das darf man nicht vergessen, stand er wegen der akuten Krise der „Republikaner" (Korruptionsskandale brachten den Spitzenkandidaten Fillon kurz vor der Wahl zu Fall) und dem Fiasko der „Sozialisten" bei der Stichwahl im Zuge der Präsidentschaftswahlen der Le Pen vom ultrareaktionären Front National gegenüber. **Macron oder Le Pen?** So stand die Frage (sofern man nicht die Frage selbst in Frage stellt, was viele in der Praxis ja taten, indem sie nicht wählen gingen).

Die Präsidentschaftswahlen endeten mit einem Sieg Macrons: 66,1 Prozent der gültigen Stimmen – aber bei einer Wahlbeteiligung von nur 59 Prozent. Also satte 39 Prozent der Wahlberechtigten. Hollande war gar nicht in die Stichwahl gekommen. Es folgten die **Parlamentswahlen**.

Die **Wahlbeteiligung** sank auf **34,2 Prozent (!)**. Nur 18,2 von 53,2 Millionen Wahlberechtigten gaben eine gültige Stimme ab. Die Wahlen endeten mit einer krachenden Niederlage der Sozialdemokratie, die regelrecht weggefegt wurde: 1 von 53,2 Millionen Wahlberechtigten, d.h. gerade einmal 1,9 Prozent.

Macrons LREM [10] erreichte 7,8 Millionen Stimmen, das

9 Geblieben ist nur mehr eine Steuer auf Immobilien-Vermögen.

sind 43,1 Prozent der gültigen Stimmen, aber nur 14,8 Prozent der Wahlberechtigten. Dies zur Relativierung des Hype von wegen „Erdrutschsieg" und „deutlicher Mehrheit". Allerdings wurde daraus mittels der Wahlarithmetik eine deutliche Mehrheit im Parlament [11].

Kaum waren der Bursche und seine flott aus „Republikanern" (die Sarkozy-Partei) und „Sozialisten" (die Hollande-Partei) zusammengezimmerte LREM an der Regierung, waren alle Wahlversprechen vergessen, übrig blieb ein blanker und unverhüllter Ultraneoliberalismus.

Wie bei Hollande dauerte es auch bei Macron nur kurze Zeit, bis die arbeiter- und volksfeindliche Fratze für alle deutlich sichtbar hervortrat. Obwohl erst eineinhalb Jahre seit den Wahlen vergangen sind, ist dieses Regime – wie seinerzeit Hollande – wieder bei

ähnlichen „Beliebtheits"werten angelangt. „Tout sauf Macron" wäre eine Parole, die die Lage gut widerspiegelte. So schließt sich der Kreis.

Eine reaktionäre, ultraneoliberale, arbeiter- und volksfeindliche, polizeistaatliche, ausländerfeindliche, imperialistische und neokoloniale Regierung folgt auf die andere: Sarkozy – Hollande – Macron. „Tous pourris" ist ein geflügeltes Wort geworden (etwa: „ Sie sind alle verrottet"). Wie zum Hohn auf des Wählervolk und zur Bestätigung dieses Slogans traf Macron am 11. Dezember im Elysée-Palast [12] mit Sarkozy zu einem Gespräch zusammen, um sich mit ihm, dem erfahrenen Fuchs zu beraten, wie mit der aktuellen „Krise" umzugehen sei und was letzterer von den von ihm verkündeten Maßnahmen hielte. Ist der Mann so politisch dumm oder nur Opfer seiner selbstherrlichen Präsidialallüren?

… und der soziale und klassenkämpferische Background

Wichtiger noch als die Entwicklung auf der politischen Ebene sind der soziale Hintergrund der Bewegung und die Entwicklung der Klassenkämpfe. Die rollenden Angriffe gegen Arbeiterklasse und Volk wurden in den letzten Jahren immer wieder mit großen **Manifestationen** und **Streiks**, **selbstständigen** und **von den Gewerkschaften organisierten**, beantwortet. Die bedeutendsten waren die mehr als **ein Jahr** anhaltenden **Kämpfe 2016** gegen die **Reform des Arbeitsrechts**, das sogenannte „Loi El-Khomri" [13].

Sie endeten mit einer Niederlage, aber da das Hollande-Regime schlussendlich doch nicht wagte, alles was und wie es geplant war, durchzusetzen, blieb ein Rest Macron vorbehalten, der direkt an dieser Reform anknüpfte und sie perfektionierte (allerdings die verhasste Frau El-Khomri trotz deren Bewerbung doch lieber nicht in sein Team aufnahm).

Ein weiterer wichtiger Klassenkampf war der der **Eisenbahner**, die sich seit **April 2018** über Monate hin mit Wellen gestaffelter Streiks gegen den Generalangriff auf ihre Rechte wehrten. Leider ebenfalls erfolglos, nicht zuletzt wegen der **feigen Taktiererei** der **Gewerkschaftsbonzen**.

Über die Jahre hin und seit Macron nochmals verstärkt hatte sich Sprengstoff angesammelt. Die steuerlichen Plünderungsmaßnahmen zum Jahresende brachten das Fass zum Überlaufen. Daraus erklärt sich auch, warum das Steuersystem im Vordergrund steht – ohne aber die anderen Fragen zu vergessen. Die Gilets Jaunes sind ein Ausbruch des Arbeiter- und Volkszorns gegen den ultraneoliberalen Tsunami der „Macronie", wobei man diesmal auf altbewährte Kampfformen zurückgriff und speziell an den Kampf gegen die Rentenreform des Sarkozy-Regimes 2010 anknüpfte.

10 Zu Beginn hieß die Partei Macrons einfach nur EM („En Marche") und es wurde gespottet, EM stünde in Wahrheit für Emmanuel Macron. So wurde aus EM später LREM.

11 Bemerkenswert war auch die krachenden Niederlage des ultrareaktionären Front National (inzwischen zu Rassemblement National umbenannnt, um das aggressive Wort „Front" zu vermeiden). Der Front erreichte bei den Parlamentswahlen nur 1,6 von 53,2 Millionen Stimmen, d.h. 8,8 Prozent der gültigen Stimmen bzw. 3,0 der Wahlberechtigten. Er stürzte daraufhin in eine schwere Partei- und Finanzkrise und es ist seither recht still um ihn geworden.

12 Den er übrigens, in Frankreich in aller Munde, nach seinem Regierungsantritt um 300 Millionen Euro renovieren ließ. Ebenfalls, wenn auch nicht ganz so teuer, wurde der Präsidenten-Urlaubssitz an der Côte d'Azur „von Grund auf modernisiert". Ein echter dynamischer „Aufbruch in eine neue Politik-Kultur"!

13 In Frankreich werden Gesetze häufig nach dem Minister benannt, der sie einbringt.

Spontanes Entstehen der Bewegung und die Rolle der Gewerkschaften

Die Bewegung entwickelte sich spontan und „unpolitisch" und glich bzw. gleicht immer noch eher einem Netzwerk, als einer organisierten Kraft. Das hat einige Nachteile, z.B. dass sich jeder gegenüber den Medien zum lokalen oder regionalen und schließlich nationalen „Sprecher" aufschwingen kann, ohne dass ihn jemand gewählt hätte oder er jemandem verantwortlich wäre.

Daher befinden sich unter diesen „Sprechern" einige Wirrköpfe und Wichtigtuer und auch Leute mit kuriosen oder falschen Ansichten. Auch können sich so Leute in der Bewegung herumtreiben, die man lieber nicht hätte. Aber so ist das eben in einer solchen Massenbewegung. Der Premierminister Philippe hatte sich vor zwei Wochen für eine völlig inhaltsleere „Aussprache" gerade eine Handvoll solcher „Sprecher" herausgesucht, aber außer zweien traute sich dann doch keiner von ihnen zu erscheinen. Zu groß die Angst, mit leeren Händen wieder zurück zu kommen und verprügelt zu werden.

Die Bewegung entwickelte sich **außerhalb der Gewerkschaften**. Zwar beteiligten sich gewerkschaftliche Basisorganisationen sehr bald daran (zuerst Chemie, Öffentlicher Dienst,…), aber die **Gewerkschaftsführungen** zögerten lange Zeit.

Einerseits hatten sich zu Beginn auch rechte und sogar ultrarechte Kräfte beteiligt, die aber im Laufe der Wochen **mehr und mehr zurückgedrängt** wurden. Das war also eher nur ein Vorwand. Der wahre Grund lag wohl darin, dass den Gewerkschaftsbonzen jede Bewegung suspekt ist, die **sie nicht unter Kontrolle** haben.

Erst am 7. Dezember rang sich z.B. Martinez, Vorsitzender der **CGT**, dazu durch, die Bewegung wenigstens nicht mehr zu denunzieren, sondern ein Lippenbekenntnis dahingehend abzulegen, dass sie verständlich und irgendwie berechtigt, die Regierung aber, wie er meinte, taub und blind sei usw. usf. Einen Aufruf, sie zu unterstützen und sich zu beteiligen, suchte man allerdings vergeblich, auch wenn er nicht wagte, dies den Basisorganisationen der CGT zu verbieten.

Umgekehrt ist verständlich, wieso die **Bewegung** die Unterstützung der Gewerkschaftsführungen nicht nur nicht suchte, sondern sie verschiedentlich **direkt zurückwies**. Immerhin hatten diese die Kämpfe und Bewegungen der letzten Jahre noch jedes Mal in die Niederlage geführt und wollte man sich nicht von solchen Leuten gängeln lassen.

Das **Misstrauen gegen die Gewerkschaftsbonzen** ist **groß** und **berechtigt**. Dass das berechtigt ist, hat sich neuerlich bestätigt. Kaum hatte Martinez sich zu dieser doppelzüngigen „Unterstützung" durchgerungen, fiel er ihr durch eine **gemeinsame „Unterstützungserklärung"** mit mehreren anderen Gewerkschaften in den Rücken, in dem **„alle Formen von Gewalt" abgelehnt** werden, ohne die Brutalität des Staatsapparats auch nur zu erwähnen, und das Macron-Regime gelobt wird, es hätte „die Tür des Dialogs geöffnet".

Das Dokument strotzt vor dem augenscheinlichen Interesse, die unangenehme Bewegung möglichst rasch zu einem Ende zu bringen und – das ist das Wichtigste – sich selbst als **Vermittler und Verhandler mit der Regierung** ins Spiel zu bringen. Allerdings folgten empörte Reaktionen in der CGT auf dem Fuß: die CGT müsse ihre Unterschrift auf diesem Schanddokument zurückziehen. Die Beteiligung **gewerkschaftlicher Basisorganisationen** wurde dennoch

gegen den Willen der Gewerkschaftsbonzen zu einem **wichtigen organisierenden Faktor der Bewegung**.

Rebellion der Schüler und Studenten

Ab Montag, den 3. Dezember, entwickelte sich parallel eine andere wichtige Bewegung, die der Schüler und Studenten gegen eine **geplante neuerliche Schulreform** [14], die noch mehr „Formatierung", Selektion, Konkurrenz untereinander und Klassendifferenzierung bringen soll. Noch mehr Verschulung und Prüfungsstakkato, noch mehr Fragmentierung in einzelne beliebig kombinierbare Module soll die Schulen noch mehr zu reinen Produktionsstätten folgsamer und biegsamer Arbeitskräfte machen.

Eine noch **stärkere „Überprüfung"** soll die **Sanspapiers** (Menschen ohne Ausweispapiere) und **Migranten** fernhalten oder aus den Schulen werfen. Eine

14 http://ocml-vp.org/article1984.html

Versiebenfachung der Schulgebühren für **„Nicht-Europäer"** (z.B. Maghrebins und Westafrikaner) soll diesen den Zugang erschweren.188 große Schulen und einige Universitäten wurden blockiert, teilweise besetzt, andere vorsorglich gesperrt, darunter die Pariser Sorbonne.

Bei den Besetzungen, Blockaden und Manifestationen kam es zu schweren Kämpfen mit der Polizei, die unter anderem eine neue „verbesserte" Flash Ball Waffe einsetzte und dabei zwei Schüler schwer am Kopf verletzte. Ein Video machte die Runde, auch in den bourgeoisen Medien, das ein paar Dutzend Schüler vor einer Wand zeigt, auf den Knien, die Hände hinter dem Rücken gefesselt – und dahinter, fast wie ein Erschießungskommando, ein **„schwarzer Block" an Sonderpolizei CRS** [15].

Der Umweltminister des Macron-Regimes, den das eigentlich gar nichts angeht, „zeigte sich schockiert", der Innenminister, der zuständig ist, verteidigte diesen Übergriff als notwendige Maßnahme. Auch der Kampf der **Schüler und Studenten ist richtig und berechtigt, er hält nach wie vor an und hat sich mit dem der Gilets Jaunes verbunden**.

Eine breite und wuchtige Volksbewegung …

Wieso kann jemand, dieses alles in Betracht ziehend, behaupten, die Bewegung der Gilets Jaunes sei eine rechte, eigentlich reaktionäre Bewegung? Es tut dies in Frankreich auch kaum jemand, nur einige Ultrareaktionäre, die jedes Aufbegehren gegen die „Republik", also gegen die Staatsmacht für „faschistisch" halten. Zu ihnen gehört der Fascho Bernard-Henri Lévy, der eine Ähnlichkeit der Gelbwesten mit den Braunhemden der Nazis zu erkennen und den Präsidenten Macron gegen diese gelb-braune Gefahr unterstützen zu müssen glaubt.

In Österreich trat offenbar Daniel **Cohn-Bendit** in ähnlichem Sinne im Fernsehen auf. Na gut, wenn jemand sich der Sozialdemokratie so innig verbunden fühlt, dass er sich am Tag der Wahlniederlage in deren Parteizentrale in der rue Solférino einfindet, um zu trösten und seine Dienste zur Überwindung des Fiaskos anzubieten, und anschließend **Wahlkämpfer und enger Berater Macrons** wird, dann denkt er wahrscheinlich so über den „Pöbel" und die „Straße".

Es handelt sich bei den **Gilets Jaunes um eine berechtigte Volksbewegung** auf Basis der Empörung gegen die Verschlechterung der Lebensbedingungen, gegen die Verarmung, gegen die in allen Fragen reaktionäre und volksfeindliche Regierungspolitik, gegen die staatliche Ausplünderung mit der Steuerpolitik im Zentrum, für eine Reihe von richtigen und berechtigten Forderungen im Interesse der Arbeiterklasse und des Volkes. Auch gegen die offen zur Schau getragene **„Arroganz der Macht"** und die Präsidialallüren des Schnösels Macron.

Neben der **Steuerfrage** spielen der **Kampf gegen die rollenden Angriffe auf das Arbeits- und Sozialrecht, der Kampf um den SMIC usw. eine Rolle**. Wie jede wirkliche Massenbewegung, vor allem wenn sie **ohne politische Führung** ist, ist sie eine Bewegung mit aller Konfusion und allen Widersprüchen, die einer solchen Bewegung eben zwangsläufig eigen sind.

Die Bewegung ist klarerweise keine reine und feine Klassenbewegung der Arbeiterklasse, aber sie vertritt auch maßgeblich Arbeiterforderungen und wird maßgeblich von der Arbeiterklasse getragen.

Natürlich beteiligen sich auch Bauern, Fischer, Gewerbetreibende und Kleinkapitalisten, naturgemäß teilweise auch mit anderen Schwerpunkten und Interessen. Wenn so einer gegen die Steuerausplünderung auftritt, hat er vielleicht andere Forderungen und andere Steuern im Auge als ArbeiterInnen, aber das bedeutet nicht, dass es keine Volksbewegung gegen die Steuerausplünderung mit ihrem unverkennbaren kapitalistischen Klassencharakter geben kann bzw. man sie nicht unterstützen, sich nicht an ihr beteiligen sollte. Wenn dann freilich einer zusätzlich, obwohl es nicht eine deklarierte Forderung der Bewegung ist, für die Senkung der „Lohnnebenkosten" in den Ring steigt, muss man ihn eben in die Schranken weisen. Auch so etwas gibt es, aber es ist eine Randerscheinung.

… und ein paar rechte und ultrareaktionäre Vorfälle und Tendenzen

Natürlich finden sich in so einer breiten Bewegung alle möglichen Strömungen, auch rechte. Es gab **rassistische, sexistische usw. Tendenzen und Vorfälle sowie Ausritte gegen Migranten und Sans-papiers** und gibt sie immer noch. Sie waren am **Stärksten zu Beginn** und wurden dann zusehends zurückgedrängt, sodass sie heute das Bild **nicht mehr prägen**.

Es gab einen Vorfall, dass ein paar Gilets Jaunes bei der Überprüfung eines Tankwagens (ob er auch tatsächlich keinen Treibstoff aus dem blockierten Tanklager „herausschmuggle") im leeren Kessel einen Flüchtling fanden, ihn stolz der Polizei auslieferten und sich damit noch im Internet brüsteten. Dies löste große Entrüstung in der Bewegung selbst aus, wurde zum

15 https://www.lemonde.fr/societe/article/2018/12/07/video-des-lyceens-a-mantes-la-jolie-on-peut-l-interpreter-comme-un-acte-de-vengeance_5394312_3224.html?xtmc=mantes_la_jolie&xtcr=10

Schuss ins eigene Knie und half dabei, solche Kräfte zurückzudrängen.
Die Lepenisten, um die es ziemlich still geworden war, waren auch wieder aus ihren Löchern gekrochen, um sich an die Bewegung anzuhängen, vor allem aber um sich endlich wieder einmal gegen Macron zu Wort melden zu können und dabei medial beachtet zu werden. Peinlich nur, dass sich Marine Le Pen kurz zuvor gegen eine Erhöhung des SMIC ausgesprochen hatte. In den Demonstrationen und Blockaden selbst spielten sie **nirgendwo eine nennenswerte Rolle**.

Wie soll man zu den Gilets Jaunes stehen?

Wir, ich spreche da für die Marxisten-Leninisten in Frankreich, treten entschieden für die Unterstützung der Bewegung ein und beteiligen uns nach Kräften daran.
Wir treten für das Zusammenwirken, schlussendlich die Konvergenz (Annäherung, Übereinstimmung) dieser mit anderen Bewegungen und mit gleichzeitig stattfindenden Klassenkämpfen ein. Wir treten gegen Konfusion und Bewusstlosigkeit in der Bewegung und für mehr Klarheit und Klassenbewusstsein ein, wir versuchen, die Bewegung in Richtung einer bewusst antikapitalistischen Orientierung zu entwickeln. Wir bekämpfen alle reaktionären Tendenzen in ihr und entlarven die Manöver der bürgerlichen Parteien, wir denunzieren insbesondere das ultrareaktionäre lepenistische Rassemblement National, das im Hinterhalt sitzt und darauf spekuliert, in der Bewegung im Trüben zu fischen. **Wir unterstützen die Bewegung uneingeschränkt**, aber – im Unterschied zur France Insoumise des Mélenchon oder zur trotzkistischen NPA („Nouveau Parti Anticapitaliste") [16] – **nicht kritiklos**, wir führen den **ideologischen und politischen Richtungskampf** in der Bewegung.
Aber, und das ist der Kernpunkt, wir stehen nicht abseits und rümpfen die Nase über dies oder das. OCML-VP schreibt dazu in einem Flugblatt „Was soll man von der Bewegung der Gilets Jaunes halten?" [17]:

„Es stellt sich die Frage, wie sich einerseits die organisierte kämpferische Arbeiterbewegung und andererseits die konfuse, aber reelle und berechtigte Rebellion der Volksmassen miteinander verbinden können. Kämpferische politische und gewerkschaftliche Militanten haben streng über die Gilets Jaunes geurteilt und ihnen vorgeworfen, sie würden sich nicht an die übliche Vorgangsweise der linken Organisationen und der Gewerkschaften halten. Man kann das bedauern, aber es geht vielmehr darum, zu verstehen, warum die Massen in ihrem Zorn sich nicht in den reformistischen politischen und gewerkschaftlichen Organisationen, die sie vorfinden, wiedererkennen, statt ihnen ihre unerwartete spontane Revolte vorzuwerfen."

Was wird, abgesehen von den Zugeständnissen, die das Macron-Regime machte bzw. jedenfalls ankündigte, aus der Bewegung? Das ist schwer zu sagen. Besteht die Gefahr, dass bei einem Zusammenbruch der Bewegung, wenn sie nämlich sich nicht mit anderen Bewegungen und Klassenkämpfen verbinden und eine Perspektive entwickeln kann, großer Frust ausbricht und womöglich doch ein Teil einen Ausweg nach rechts sucht? Die Gefahr besteht, aber sie wäre wahrscheinlich geringer als bei früheren gescheiterten Bewegungen.
Die Gilets Jaunes haben immerhin das Macron-Regime bereits massiv unter Druck gesetzt und in Zugzwang und zum Rückzug an einigen Punkten gebracht – obwohl noch nicht ausgemacht ist, was aus den Ankündigungen wird, falls der Druck nachlässt.
Aber noch geht es ohnehin weiter. Für kommenden Samstag (15. Dezember) ist der fünfte Aktionssamstag geplant.
Es fehlt in Frankreich, anders als anderswo, **nicht an rebellischem Geist, an Militanz, an praktischen Kampferfahrungen**, aber es fehlt, wie auch fast überall anderswo, **an politischem Durchblick, an Klarheit über das ausbeuterische und unterdrückerische System**, das nicht aus den Macrons (oder Sarkozys oder Hollandes) besteht, sondern im Kapitalismus und Imperialismus. Und es fehlt an einer führenden und organisierenden politischen Kraft, an einer **revolutionären kommunistischen Partei** und **klassenkämpferischen Gewerkschaften**.
Nur so können nicht nur allenfalls vereinzelte und zeitweilige Siege erzielt werden, sondern kann eine starke und dauerhafte Klassenbewegung aufgebaut werden. Aber daran arbeiten wir und Kämpfe und Bewegungen wie die jetzige bieten gute Bedingungen und Voraussetzungen dafür.

12. Dezember 2018

https://prolrevol.wordpress.com/2018/12/13/frankreich-was-ist-von-der-bewegung-der-gelben-westen-zu-halten/

16 Die NPA unterstützt „tout ce qui bouge" („alles was sich rührt") und hat daher auch schon rein bürgerliche und kleinbürgerliche Bewegungen und Kämpfe unterstützt, z.B. die der Bonnets Rouges 2013 in der Bretagne, eine sehr militante, aber reaktionäre korporatistische Bewegung v.a. der Frächter und Schweinezüchter für spezielle Steuererleichterungen nur für sich, gegen den Plan einer Öko-Steuer für Schwer-LKWs auf Autobahnen (in der Bretagne mautfrei) usw. Das war der Kern, um den sich dann weitere Forderungen gruppierten, darunter nach mehr Autonomie für die Bretagne, nach Wiedereingliederung von Nantes in die Bretagne, da seinerzeit einmal ein Teil derselben u.a.m.

17 http//ocml-vp.org/article1985.html

„Rechtsstaat“ auf dem Vormarsch – Verbot der Roten Hilfe verhindern – Solidarität ist UNSERE Waffe!

Der **Roten Hilfe** droht staatliche Repression. Das Bundesinnenministerium stuft sie als *„bedeutsame linksextremistische Bestrebung“* ein und fordert von der Regierung *„angesichts der massiv rechtsstaatsfeindlichen Aktivitäten der Roten Hilfe“* die Prüfung eines Verbots.

Um die *„verfassungsfeindliche Grundausrichtung der Roten Hilfe“* festzustellen, reicht dem Staat die Solidaritäts- und Antirepressionsarbeit der **Roten Hilfe** wie z.B. vor, während und nach den Aktivitäten gegen den G20-Gipfel in Hamburg.

Nee, is klar! Polizei, Staatsanwaltschaft und Co befanden sich jeden Moment in diesen Junitagen auf dem Boden der demokratischen Verfassung! JA! Aber sicher doch! Im herrschenden System sind eben sie die „Verteidiger der Staatsordnung“ und beurteilen, ob oder ob nicht, wer auch immer verfassungsfeindlich oder – freundlich ist.

Den Herrschenden ist die **Rote Hilfe** ein Dorn im Auge aufgrund ihrer **Unterstützung** für staatlich verfolgte WiderstandskämpferInnen, AntifaschistInnen, KommunistInnen in allen gesellschaftlichen Bereichen. Auch aufgrund ihrer Beiträge **zur internationalen Solidarität** und nicht zuletzt ihrer **politischen Präsenz seit den 1920er Jahren**. Nur durch das Verbot des Hitlerfaschismus 1933 wurde diese Arbeit der **Roten Hilfe** brutal unterbrochen … Die **Rote Hilfe** ist unentbehrlich für alle politischen AktivistInnen!

Dem herrschenden Staat ist sie ein Rotes Tuch! Sie wirkt!

Rote Hilfe ist notwendig angesichts der Verstärkung von Repression und Verfolgung durch Polizeigesetze, Einschränkung demokratischer Grundrechte wie z.B. Versammlungsfreiheit oder Streikrecht. An uns allen hängt es, dass die **Rote Hilfe** auch weiterhin für uns alle da ist – und wir für sie!

Mit solidarischen Grüßen Redaktion Trotz alledem!

Werdet Mitglied in der Roten Hilfe und spendet für die Rote Hilfe!

Palästina: Gretchenfrage jeder demokratischen Politik

Es gibt Fragen in der Politik, deren Antworten uns bei der Einschätzung über die politische Haltung der Antwortenden einen Kompass geben. Palästina betreffende Fragen sind solche Fragen. Wir führen einige dieser Fragen auf und geben darauf Antworten, die unserer Meinung nach jede/r wirkliche/r DemokratIn, jede/r Menschenrechts-VerteidigerIn, ja, jeder Mensch mit Gewissen geben müsste.

*** Hat die arabisch palästinensische Nation das Recht auf ihren eigenen Staat?**

Aber natürlich. Die arabisch palästinensische Nation, eine der autochthonen Bevölkerungen Palästinas, hat wie jede Nation das Recht auf einen eigenen Staat. Dieses Recht auf einen Staat Palästina wird vom zionistischen Staat Israel gewaltsam unterdrückt.

*** Hat die jüdische Nation das Recht auf ihren eigenen Staat? Hat Israel ein Existenzrecht?**

Ja. Wie jede andere Nation hat auch die jüdische Nation ein Recht auf einen eigenen Staat. Dieses Recht wurde durch die Gründung des Staates Israel in die Tat umgesetzt. Israel hat wie jeder andere bürgerliche Staat ein Existenzrecht. Solange bis dieser bürgerliche Staat durch eine proletarische Revolution zerschlagen wird.

*** Ist die Besetzung der palästinensischen Gebiete und der Golan-Höhen durch den Staat Israel 1967 völkerrechtlich gedeckt und legitim?**

Natürlich nein. Die Besetzung im Zuge des Kriegs durch Israel ist völkerrechtlich eine illegitime Besetzung von Territorien anderer Ländern, ein Räuberakt. Auch die Vertreibung des Großteils der arabischen Bevölkerung aus ihren geschichtlichen Siedlungsgebieten im Krieg nach der Gründung des Staates Israel ist ungerecht und illegitim!

*** Sind die zionistischen Siedlungen in den palästinensischen Gebieten außerhalb des Staates Israel völkerrechtlich legitim?**

Nein. Diese Siedlungen sind eindeutig imperialistische Landnahme, Besetzung palästinensischen Territoriums, die Ausdehnung des israelischen Staatsgebiets durch Piratenakte.

*** Ist der Staat Israel ein demokratischer Staat?**

Nein. Die Behauptung, Israel sei der einzige demokratische Staat im Nahen Osten ist eine große Lüge. Israel ist ein zionistischer Staat. In Israel ist die reaktionärbürgerliche Demokratie nur für die jüdischen BürgerInnen dieses Staates vorgesehen. Gegenüber den arabischen BürgerInnen Israels immerhin über 20 Prozent der Gesamt-Bevölkerung, unterdrückt dieser Staat rassistisch und faschistisch! Gegenüber der arabischen Bevölkerung in Gaza und im Westjordanland ist die israelische Staatspolitik offener Terror, Faschismus.

*** Existiert in Palästina Antisemitismus?**

Ja. Wie überall in der Welt gibt es auch in Palästina Antisemitismus. In der palästinensischen Befreiungsbewegung und im palästinensischen Volk gibt es Kräfte, politische Strömungen und Parteien, die das Existenzrecht des Staates Israel nicht anerkennen. Alle jüdischen Menschen sind für sie Feinde. Teilweise wird der gerechte Kampf gegen den zionistischen Staat Israel, gegen die brutale Besetzung Palästinas durch Israel als Kampf gegen JüdInnen, das Judentum usw. begriffen und geführt. Die dünne aber fundamental wichtige Trennlinie zwischen Antizionismus und Antijudaismus verschwindet

*** Gibt es eine Lösung des Palästinaproblems?**

Die radikale Lösung des Palästinaproblems ist nur durch demokratische, proletarische Revolutionen sowohl in Israel als auch in Palästina möglich. „Nur wenn die Völker selber reden", d.h. der bürgerliche Nationalismus keine Wirkungsmöglichkeiten mehr hat, nur wenn der proletarische Internationalismus der ArbeiterInnen, Werktätigen welcher Nationalität auch immer vorherrschend wird, nur dann ist eine radikale Lösung möglich. Dann können die Völker auch in Frieden zusammen leben, wobei sie die Formen dieses Zusammenlebens gleichberechtigt zusammen bestimmen. Das ist aber ein sehr langer Weg.

Als ein wichtiger Zwischenschritt auf diesem Weg ist eine Zweistaaten-Lösung, die im UN Teilungsplan 1947 vorgesehen war, ein gangbarer Weg. Allerdings wird dieser gangbare Weg vom zionistischen Staat

Israel und den hinter diesem Staat stehenden imperialistischen Mächten ständig torpediert.
Wir haben zum Palästinakomplex, der natürlich viel mehr beinhaltet als diese kurzen Fragen und Antworten, in den *Trotz alledem!* Ausgaben 32/33 vom Juni 2004 und 47 vom März 2008 ausführlich Stellung bezogen. Unsere Grundpositionen in Thesenform veröffentlichen wir als Anhang dieses Artikels, in dem wir zu einigen der letzten Entwicklungen Stellung nehmen.

Neues und Nicht Neues I

Bis zur Präsidentschaft Trumps in den USA, die Hauptunterstützerin Israels, sah es so aus, als ob die Entwicklung in Richtung auf eine Zweistaaten-Lösung eventuell möglich wäre. Zwar lehnte die zionistische israelische Regierung diese prinzipiell ab und torpedierte die Entwicklung mit Genehmigungen bzw. staatlichen Bauprojekten für neue jüdische Siedlungen im palästinensischen Gebiet. Aber mit dieser Politik stand sie international gesehen ziemlich allein da.
Im Präsidentschafts-Wahlkampf 2016 hat sich Trump offen zur zionistischen Siedlungsbaupolitik Israels bekannt. Er versprach in seiner eventuellen Präsidentschaft, würde er Israels Politik mit allen Mitteln unterstützen. Gesagt. Getan! Am 6. Dezember 2017 kündigte der US-Präsident Trump die Verlegung der US-Botschaft nach Jerusalem an.
Das war neu in der US-amerikanischen Politik. Das war eine Umkehr von der Politik Obamas. Er unterstützte ebenfalls stark in seiner Präsidentschaft Israel. Versuchte allerdings die israelische Regierung in Richtung Zwei-Staatenlösung zu bewegen. Zwar hatte der US-Kongress schon 1995 beschlossen, die US-Botschaft nach Jerusalem zu verlegen, da Israel – wie alle Staaten – das Recht habe, seine Hauptstadt selbst zu bestimmen. Aber alle US Präsidenten nach 1995 haben in Absprache mit dem Kongress die Umsetzung dieses Beschlusses immer wieder verschoben. Denn es war ganz klar, dass ein solcher Akt von den PalästinenserInnen als unglaubliche Provokation verstanden wird. Und die Option der Zweistaaten-Lösung hemmt, wenn nicht ganz unmöglich macht.
Bereits am 15. Dezember verurteilte die UN-Vollversammlung auf Antrag der Türkei mit großer Mehrheit die Botschaftsverlegung der USA. Von 193 Mitgliedstaaten der UN stimmten 128 dem Antrag zu, darunter auch die BRD! Nur neun Länder stimmten gegen die Resolution: USA, Israel, Guatemala, Honduras, Togo, die Marshallinseln, die Föderierten Staaten von Mikronesien, Palau und Nauru. [1]
Gesagt. Getan. Viele Kommentare bewerteten diese Ankündigung von Trump nur als Show. Er wolle seine Dankbarkeit für die Unterstützung einiger jüdischen Organisationen bei seiner Wahl zeigen. Diese Ankündigung sei in kurzer Zeit überhaupt nicht zu verwirklichen. Man brauche für den Bau mindestens zwei Jahre etc. Aber am 14. Mai 2018 wurde die US-Botschaft in Jerusalem pompös eröffnet!
Diese Provokation der USA brachte die Wut der palästinensischen Bevölkerung zum Überkochen. In Gaza und Westjordanland strömten Zehntausende auf die Straßen. Besonders nach den Freitagsgebeten liefen regelmäßig Massendemonstrationen gegen die Politik der USA und Israels.
Israel reagierte auf diese Demonstrationen, vor allem im Grenzgebiet zum Gaza, mit brutaler, faschistischer

Gewalt. Hunderte PalästinenserInnen wurden seitdem durch israelische Kugeln getötet und Tausende verletzt. Ein Ende ist nicht abzusehen.

Neues und Nicht Neues II

Ermutigt von der „neuen" US-Politik hat die israelische Regierung nicht nur ihre grausamen Angriffe gegen die palästinensische Bevölkerung in Gaza und Westjordanland vervielfacht. Parallel dazu hat sie auch ihre rassistische Politik gegenüber den arabischen BürgerInnen Israels dramatisch verschärft.

Am 18. Juli 2018 wurde im israelischen Parlament ein Gesetz verabschiedet, welches das Land als den „Nationalstaat für jüdische Menschen" definiert. Zudem bezeichnet der Gesetzestext Israel als das „historische jüdische Heimatland". [2] Der mit 62 zu 55 Stimmen angenommene Gesetzestext legt Hebräisch als Nationalsprache Israels fest. Die arabische Sprache, die bislang gleichberechtigt mit Hebräisch war, erhält mit dem neuen Gesetz lediglich einen „Sonderstatus". Weiter wird im Gesetz festgelegt „jüdische Siedlungen sind im nationalen Interesse". Ferner bestimmt das Gesetz das „vereinte Jerusalem" zur Hauptstadt Israels. Fahne, Nationalhymne, der hebräische Kalender und jüdische Feiertage werden als Nationalsymbole festgeschrieben.

Der Fraktionschef der Einheitsliste, der arabische Knesset-Abgeordnete, Ayman Odeh, verurteilt das Gesetz zu Recht als „den Tod unserer Demokratie". Die Abgeordneten hätten „ein Gesetz jüdischer Vormacht verabschiedet, das arabische Israelis zu BürgerInnen zweiter Klasse" degradiere. Israel habe damit erklärt, „dass es uns hier nicht will". [3]

Das neue Gesetz wird ein Teil der Grundrechte des Landes, die de facto als Verfassung dienen.

In vielerlei Hinsicht ist das zwar nur die Festschreibung des Faktischen und in dem Sinne nicht neu. Neu ist aber, dass diese Politik jetzt auch gesetzlich festgeschrieben wird.

Damit wird der zionistisch rassistische Charakter des israelischen Staates nur noch offensichtlicher.

Gegen dieses Gesetz entwickelt sich in Israel eine breite Protestbewegung, die nicht nur arabische, sondern auch viele jüdische und drusische BürgerInnen zu Zehntausenden auf die Straße bringt.

Die Hauptparolen, in verschiedenen Sprachen gerufen, sind „Gleichheit, Gleichheit" und „Apartheid wird nicht durchkommen". [4] Gegen das Nationalstaatsgesetz wurden bisher fünf Klagen eingereicht, die nun vom Obersten Gerichtshof geprüft werden. Israels Ministerpräsident Benjamin Netanjahu hat bislang keine Bereitschaft gezeigt, das Gesetz zurückzunehmen.

Sowohl der Kampf des palästinensischen Volkes in den besetzten Gebieten für den eigenen Staat als auch die demokratische Massenbewegung in Israel gegen den Marsch der Regierung zu einem offenen Apartheidstaat braucht und verdient die starke internationalistische Unterstützung aller demokratisch gesinnten ArbeiterInnen und Werktätigen aller Länder.

In Israel und in Palästina ist die Hauptaufgabe der KommunistInnen, wie überall in der Welt, den Aufbau einer revolutionären kommunistischen Partei in den Mittelpunkt ihrer Arbeit zu stellen. Denn die wirkliche Lösung der Probleme in Palästina ist nur durch Revolutionen mit einer klaren sozialistisch-kommunistischen Perspektive möglich. Alles andere sind nur vorübergehende Lösungen. Deswegen werden wir in der Solidaritätsarbeit mit Palästina vor allem die Kräfte unterstützen, die revolutionär-kommunistisch sind.

Wie gegen Antisemitismus kämpfen? Ist jede Kritik an Israel antisemitisch?

Unsere Haltung zur BDS Kampagne [5]

Am **9. Juli 2005** veröffentlichten 171 palästinensische zivilgesellschaftliche Organisationen den Gründungsaufruf der BDS-Kampagne. Mit diesem Aufruf wird eine internationale Kampagne angestoßen, die das Ziel hat, Israel wirtschaftlich, kulturell und politisch zu isolieren , damit die im Aufruf aufgeführten Forderungen durchgesetzt werden. Überall sollen Initiativen entstehen, die diese Kampagne in den eigenen Ländern unterstützen. Am **20. Juni 2015** gründete sich auch eine BDS Kampagnen-Gruppe in Deutschland.

In *„Deutschlandweiter BDS-Aufruf"* heißt es unter anderem:

„Israels Apartheids- und Kolonialpolitik muss gestoppt werden durch Boykott, Desinvestment und Sanktionen (BDS). Schließt Euch der weltweiten gewaltfreien BDS-Bewegung an.

1 https://www.sueddeutsche.de/politik/nahost-konflikt-diese-laender-verlegen-ihre-botschaften-nach-jerusalem-1.3981209-2

2 https://www.zeit.de/politik/ausland/2018-07/knesset-israel-benjamin-netanjahu-hebraeisch-gesetz-siedlungen

3 ebenda

4 https://www.zdf.de/nachrichten/heute/arabische-israelis-demonstrieren-gegen-nationalstaatsgesetz-100.html

5 „Boycott, Desinvestment and Sanctions" – Boykott, Desinvestitionen und Sanktionen, abgekürzt BDS

Dieser Aufruf richtet sich an die deutsche Zivilgesellschaft, vor allem an die hiesigen Religionsgemeinschaften, Gewerkschaften, Berufs- und Wirtschaftsverbände sowie an alle Gruppen und Personen, die sich dem Frieden und den Menschenrechten verpflichtet fühlen. … Wir unterstützen daher den Aufruf der palästinensischen Zivilgesellschaft aus dem Jahr 2005 zur gewaltfreien und weltweiten BDS-Bewegung (www.bds-kampagne.de), die durch Boykott, Desinvestment (Kapitalentzug) und Sanktionskampagnen Israel veranlassen will, seine Kolonialpolitik aufzugeben. Ziele dieser Bewegung sind:

** Beendigung der Besatzung und Kolonialisierung des 1967 besetzten arabischen Landes und Niederreißen der Mauer.*

** Anerkennung der Grundrechte der arabisch-palästinensischen BürgerInnen Israels auf vollständige Gleichberechtigung*

** Achtung, Wahrung und Unterstützung des Rechts der palästinensischen Flüchtlinge, wie in UN-Resolution 194 festgelegt, auf Rückkehr zu ihren Wohnstätten und Schadensersatz bei Verlust oder Beschädigung ihres Eigentums oder auf Entschädigung für den Fall, dass sie nicht zurückkehren wollen.*

Die israelische Regierung betreibt eine völkerrechtswidrige und kolonialistische Politik zu Lasten der PalästinenserInnen, die sie sowohl in Israel als auch in den Besetzten Gebieten Palästinas unter Apartheid leiden lässt.

Alle bisherigen zum Palästinakonflikt getroffenen Resolutionen der Vereinten Nationen sowie Konferenzen und Abkommen haben Israels Regierungen nicht von ihrer expansionistischen und Menschenrechte verachtenden Politik abbringen können. Es fehlt vor allem an der Bereitschaft der Bündnispartner Israels, der USA sowie der Europäischen Union und ihrer Mitgliedstaaten, den erforderlichen politischen und wirtschaftlichen Druck auf Israel auszuüben. Druck aber tut Not.

BDS-Kampagnen richten sich vor allem gegen die israelische Politik der Kolonisierung, Apartheid und Besatzung. Sie umfassen Aktionen gegen die wirtschaftliche, militärische, wissenschaftliche, kulturelle und sonstige gesellschaftliche Zusammenarbeit des Auslands mit Israel. Viele PalästinenserInnen, aber auch Israelis betrachten mittlerweile BDS als eine wirksame Strategie gegen die verbohrte Politik Israels.

Wir, VertreterInnen der deutschen Zivilgesellschaft werden BDS-Aktionen durchführen, bis Israel das Völkerrecht einhält und die unveräußerlichen Rechte der PalästineserInnen einschließlich des Rechts auf Selbstbestimmung anerkennt. " [6]

Seitdem tobt in der linken Bewegung in Deutschland ein Kampf um diese BDS-Kampagne. Teilweise werden von den sog. Antideutschen gegen die BDS'lerInnen gerichtete Gewaltaktionen organisiert. Leute, die BDS-Propaganda Material verteilen, werden versucht aus Demonstrationen raus zu prügeln. Ihre Veranstaltungen werden teilweise massiv gestört. BDS-AnhängerInnen werden persönlich denunziert. Die Begründung ist, die BDS-Kampagne sei antisemitisch!

Wir KommunistInnen sind gegen Rassismus. Antisemitismus ist antijüdischer Rassismus. Wir sind entschiedene GegnerInnen des seit Jahrtausenden von verschiedenen Herrschaftsklassen geschürten Antisemitismus.

Ein wichtiger Fakt ist: DemokratInnen, RevolutionärInnen, KommunistInnen und Werktätige aus dem Land der Shoah-Täter haben eine besondere Verantwortung im Kampf vor allem gegen Antisemitismus.

Wir kämpfen gegen jede Form des Antisemitismus, die sich teilweise auch im falsch geführten antizionistischen Kampf manifestiert. Wir wissen, dass sich im Kampf gegen die zionistisch rassistische Politik des Staates Israel, unter dem Mantel der Israel-Kritik teilweise auch antisemitistische, rassistische Haltungen äußern. Wir treten dafür ein, dass in jedem konkreten Fall des Auftauchens von Antisemitismus dieser konkret entlarvt und bekämpft werden muss.

Allerdings sind wir auch dagegen, dass im Namen der Bekämpfung des Antisemitismus, die gerechtfertigte Kritik an der zionistisch rassistischen Politik Israels erwürgt wird. Das ist genau das, was die Antideutschen gegen die BDS-Kampagne betreiben.

Wir finden die folgenden im BDS-Aufruf formulierten Ziele richtig:

** Beendigung der Besatzung und Kolonialisierung des*

6 http://bds-kampagne.de/aufruf/deutschlandweiter-bds-aufruf/

1967 besetzten arabischen Landes und Niederreißen der Mauer.

** Anerkennung der Grundrechte der arabisch-palästinensischen BürgerInnen Israels auf vollständige Gleichberechtigung*

** Achtung, Wahrung und Unterstützung des Rechts der palästinensischen Flüchtlinge, wie in UN-Resolution 194 festgelegt, auf Rückkehr zu ihren Wohnstätten und Schadensersatz bei Verlust oder Beschädigung ihres Eigentums oder auf Entschädigung für den Fall, dass sie nicht zurückkehren wollen.*

Das sind demokratische Forderungen, die jeder demokratisch gesinnte Mensch, egal welcher Nationalität, verteidigen sollte. Demokratische JüdInnen unterstützen in Israel und weltweit in vielen Ländern diese Forderungen.

Diese Forderungen sind mitnichten antisemitisch. Auch die Kritik an der aktuellen Politik Israels ist nicht antisemitisch, sondern eine notwendige, sachliche, richtige und wichtige politische Kritik.

Widerlich deutsch-chauvinistisch wird es geradezu, wenn die sogenannten Antideutschen jüdische antifaschistische und antirassistische Menschen, wie Esther Bejarano, die 2018 verstorbene Felicia Langer oder Moshe Zuckermann als Israelfeinde, als *„sich selbsthassende Juden"* [7] attackieren und es wagen, ihnen Antisemitismus vorzuwerfen.

Was wir an der BDS-Kampagne falsch finden und kritisieren ist etwas anderes. Die BDS-Kampagne, geht davon aus, dass Israel durch eine internationale Isolierung dazu gezwungen werden kann, die Forderungen der Kampagne zu erfüllen.

Das ist völlig naiv, illusorisch, wenn die InitiatorInnen und UnterstützerInnen der Kampagne daran glauben. Aber wenn sie nicht daran glauben, dann ist die Kampagne objektiv ein Fake. Die Massen werden getäuscht.

In einem Staat wie Israel, der in seiner Entstehung auch ein Produkt der Shoah ist, wo das kollektive Gedächtnis mit diesem Trauma lebt, sind diese Forderungen nur dann zu erfüllen, wenn dieser Staat als bürgerlicher Staat nicht mehr existiert. Das sind zwar demokratische Forderungen, sie sind aber ohne Revolution nicht zu haben. Vor allem nicht durch äußeren Druck. Der äußere Druck erzeugt nichts anderes, als dass die ZionistInnen das ganze Volk hinter sich scharen! Nur durch Klassenkampf und Revolution in Israel selbst sind diese Forderungen durchsetzbar.

Ein anderes Manko dieser Kampagne ist folgendes: Eine gegen einen bürgerlichen Staat gerichtete Isolationskampagne wird nur erfolgreich sein, wenn andere bürgerliche Staaten diese Kampagne unterstützen und mitmachen. D.h. diese Kampagne ist in jedem gegebenen Land ein Aufruf an die Bourgeoisie, die herrschende Klasse dieses Landes, sich gegen die israelische Bourgeoisie zu stellen – mit der Begründung, sie sei nicht ausreichend demokratisch. (Die USA und die BRD würden eine solche Kampagne nie mitmachen. Damit ist die Kampagne von vornherein zum Scheitern verurteilt. Das lassen wir aber hier beiseite.)

Damit sagen wir in jedem gegebenen Land dem Proletariat und den Werktätigen, „unsere Bourgeoisie" ist auf jeden Fall besser als die israelische! Auf einmal ist die deutsche Bourgeoisie in Deutschland ein Faktor

im Kampf für die Demokratie in Israel! Der deutsche Imperialismus ist bei dieser Kampagne nicht der Hauptfeind, sondern etwaiger Bündnispartner!

Mit so einem politischen Schwachsinn sollten sich die RevolutionärInnen und DemokratInnen nicht beschäftigen, sondern Sinnvolleres machen. Zum Beispiel sich mehr im Kampf gegen den Hauptfeind im eigenen Land aktiv zu engagieren.

Dezember 2018

7 Moshe Zuckermann, „Deutsche Befindlichkeiten," 10.02.2017, junge Welt

Thesen zur Palästina-Israelfrage [1]

Palästina war ein arabisch-islamisches Land, mit religiösen Minderheiten, arabischen Juden und Christen. [2]

1) Nationale Frage

Die jüdische Frage ist nicht nur eine „religiöse Frage", das Judentum ist nicht nur „eine Religion". Mit der Entwicklung des Kapitalismus wurde die jüdische Frage zur nationalen Frage.

2) Jüdische Nation

Als Ende des 19. Jahrhunderts der politische Zionismus formuliert wurde, war es nicht möglich weltweit von einer jüdischen Nation zu sprechen. In den meisten Ländern lebte die jüdische Bevölkerung als eine unterdrückte nationale Minderheit. In einzelnen Ländern wie in Polen, der Ukraine und Weißrussland dagegen, war die Herausbildung der JüdInnen zu einer Nation am weitesten fortgeschritten.

3) Politischer Zionismus

Der politische Zionismus ist jüdischer Nationalismus und zugleich eine Reaktion auf den Antisemitismus. Dieser Nationalismus wird von den Imperialisten für ihre Zwecke benutzt.

Der politische Zionismus hat zwei Seiten: eine gerechte, mit der er sich gegen die nationale Unterdrückung der JüdInnen richtet und sich durch Gründung eines eigenen jüdischen Staates davon befreien wollte. Auf der anderen Seite hat er einen aggressiven, kolonialistischen Charakter. Mit seinem Programm „Ein Land ohne Volk für ein Volk ohne Land" leugnet er ideologisch/politisch die Existenz des eingeborenen (autochthonen) arabischen Volkes in Palästina und organisiert praktisch seine Vertreibung.

4) Jüdische Nation in Palästina

Die zionistische Einwanderung, der Antisemitismus, der im Holocaust, [3] mündete, und die vor dem Nazi-Faschismus flüchtenden jüdischen Menschen spielten bei der Herausbildung der jüdischen Nation in Palästina eine ausschlaggebende Rolle. Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs betrug die jüdische Bevölkerung in Palästina ca. ein Drittel der Gesamtbevölkerung. Gemessen an den marxistischen Kriterien einer Nation (Gebiet, Kultur, Sprache, Wirtschaft und historische Gemeinschaft) bildete die jüdische Bevölkerung in Palästina Ende des Zweiten Weltkriegs weitgehend eine Nation. Das Recht der JüdInnen auf einen Staat in Palästina war damit gegeben. Eine Lösung für das friedliche Zusammenleben beider Völker wäre ein dualer demokratischer Staat, in dem sowohl die arabische als auch die jüdische Bevölkerung gleichberechtigt zusammen leben. Das jahrzehntelange Treiben der Imperialisten hatte jedoch dafür gesorgt, dass eine Teilung Palästinas in einen jüdischen und einen arabischen Staat auf die Tagesordnung kam.

5) Lösung der Palästinafrage 1945-1948

Als die Palästinafrage in der UN (United Nations – Vereinte Nationen) auf die Tagesordnung kam, trat die sozialistische Sowjetunion für die Schaffung eines unabhängigen, vereinigten demokratischen gemeinsamen Staates, in dem AraberInnen und JüdInnen leben, ein. Als deutlich wurde, dass dies nicht zu verwirklichen sei, plädierte sie für die Zwei-Staaten Lösung d.h. in Palästina einen arabischen und einen jüdischen Staat zu gründen.

Der Teilungsplan der UN 1947 wurde von der Sowjetunion unterstützt, da das Selbstbestimmungsrecht beider in Palästina lebenden Völker und ihr Recht auf nationale, staatliche Unabhängigkeit verteidigt wurde, sowie den Abzug der britischen Kolonialmacht und ein Ende des imperialistischen Mandats beinhaltete. Er war fortschrittlich und demokratisch. Der Plan sah eine Wirtschaftsunion beider Staaten vor mit der Zielsetzung, eine freiwillige Vereinigung des jüdischen und des arabischen Staates in der Zukunft zu ermöglichen.

Das war eine Lösung, um die aufgeladene Situation zu entspannen und eine bessere Ausgangssituation für die Bildung eines unabhängigen, demokratischen arabisch-jüdischen Staats zu schaffen. Die Haltung der SU war und ist auch im Rückblick richtig.

---

1 Diese Thesen beruhen auf den ausführlichen Einschätzungen in der Palästina-Frage in *Trotz alledem!* Nr. 32/33 Juni 2004 und Nr. 47 März 2008.

2 Ende des 19. Jahrhunderts/Beginn des 20. Jahrhunderts zerfiel das osmanische Reich, unter dessen Herrschaft Palästina stand. Aufgrund seiner strategischen Bedeutung spielte Palästina eine zentrale Rolle in der Rivalität der imperialistischen Großmächte, insbesondere Frankreich und England um die Aufteilung des Nahen Ostens.
England nutzte den aufkommenden Zionismus und die damit verbundene Auswanderung europäischer JüdInnen nach Palästina, um eine Kolonisierung Palästinas durchzusetzen. In den 1910er/1920 Jahren erhob sich das palästinensische Volk gegen die koloniale Unterdrückung und kämpfte für ein freies, unabhängiges Palästina. Teile der nationalen Befreiungskräfte, wie der Großmufti von Jerusalem waren stark antisemitisch geprägt und in den 1930er/40er Jahren mit dem deutschen Faschismus eng verbunden.

3 Deutscher Völkermord an den europäischen JüdInnen

6) Gründung des Staates Israel – An Nakba des palästinensischen Volkes

Die Imperialisten, die Zionisten und die arabischen Reaktionäre haben die Zwei-Staaten-Lösung verhindert. Die Zionisten verkündeten die einseitige Gründung des Staates Israels. Die Staaten der arabischen Liga haben, auch als angebliche VertreterInnen des palästinensischen Volkes, mit Unterstützung einiger Imperialisten einen Krieg gegen den neu gegründeten Staat Israel begonnen. In diesem Krieg nahm die „An Nakba", die „große Katastrophe", die systematische brutale Vertreibung des palästinensischen Volkes aus seinem Land ungeheure Dimensionen an.

7) Zionistischer Staat Israel

Israel ist aufgrund seiner besonderen historischen Entwicklung und aktuellen Lage ein Sonderfall. Israel hat ein Existenzrecht in Palästina. Aber es ist gegründet auf der Aberkennung und Leugnung des Selbstbestimmungsrechtes und der Verhinderung der Bildung eines Staates des palästinensischen Volkes.
Israel ist ein kapitalistisch entwickeltes vom Imperialismus abhängiges Land und hat expansionistische, kolonialistische imperialistische Züge gegenüber der arabischen Nation und den arabischen Staaten.
Der Staat Israel ist zionistisch, hochgradig rassistisch, durchmilitarisiert und faschistisch gegenüber der arabischen Bevölkerung in den besetzten Gebieten Palästinas (2011 Gaza und Westbank). Die Herrschaftsform in den besetzten Gebieten ist faschistisch. Die Herrschaftsform des israelischen Staates in Israel ist bürgerlich-demokratisch mit einer faschistischen Herrschaftsstruktur gegenüber der palästinensischen arabischen Minderheit. Der zionistische Staat zieht eine Mauer um „sein annektiertes Land" sowie durch die Westbank, die er zu großen Teilen kolonisiert. In Jerusalem werden die PalästinenserInnen weiter vertrieben und enteignet. Gegen Gaza führt der israelische Staat Krieg, mauert Gaza ein und belegt es mit Blockaden.

8) Lösung nationale Frage

Im Kapitalismus gibt es für die nationale Frage keine gerechte Lösung und kann es keinen dauerhaften Frieden geben. Wir müssen uns als KommunistInnen dennoch auch heute im Imperialismus dazu verhalten. Heute, unter den kapitalistischen imperialistischen Bedingungen, unterstützen wir als Übergangslösung die Gründung von zwei Staaten auf Basis des UN-Teilungsbeschluss Nr. 181 vom 26. November 1947. Diese Lösung ist im Kapitalismus der einzig gangbare Weg. Besondere Beachtung muss der Anpassung an aktuelle Verhältnisse (Bevölkerungszuwachs, Gebiete) gegeben werden. Zusätzlich muss das Rückkehrrecht der palästinensischen Flüchtlinge gewährleistet sein. Als KommunistInnen in Deutschland müssen wir das Spiel der imperialistischen Großmächte entlarven, allen voran das der BRD, und die Befreiungsbewegung des palästinensischen Volkes unterstützen!

9) Aktuelle Lösung

Das Ende des Krieges in Palästina und ein Friedensabkommen zwischen arabischen PalästinenserInnen und dem Staat Israel ist die Voraussetzung für die Entwicklung des Klassenkampfs in Israel und Palästina. Das ist unter heutigen Bedingungen nur in einem imperialistischen Frieden möglich. Die Forderung der PLO (Palästinensische Befreiungs-Organisation), in den Grenzen von 4. Juni 1967 einen palästinensischen arabischen Staat zu gründen, in dem alle jüdischen Siedlungen aufgelöst werden, kann ein Schritt zum vorübergehenden Frieden sein. Eine solche Lösung bietet sowohl den palästinensischen Massen als auch den jüdischen Werktätigen in Israel eine Verbesserung ihrer Lage und Kampfbedingungen.
Aber dies ist keine entscheidende, vorwärts bringende Forderung für die palästinensische Sache. Die 1967er Lösung ist überhaupt der minimalste aber selbst unter zionistischer Besatzung schwer erreichbare Lösungsansatz, der keineswegs das Recht der palästinensischen Nation auf Selbstbestimmung verwirklicht und keine tatsächlich demokratische Lösung der nationalen Frage in Palästina.

10) Wirkliche Lösung

Die wirkliche Lösung liegt in den Revolutionen in Israel und in Palästina unter Führung des Proletariats mit dem Ziel des Sozialismus/Kommunismus. In Palästina spielt der Kampf gegen die israelisch-zionistische Besatzung in der Revolution die Hauptrolle.

11) Kampfmethoden

„Selbstmordanschläge" wie sie Hamas und Djiad ausführen, die auf die wahllose Ermordung jüdischer Bevölkerung abzielen, lehnen wir als Mittel des politischen Kampfes ab, da sie nicht dem Befreiungskampf dienen sondern schaden. Sie dienen letztlich dem zionistischen Staat und der arabischen Reaktion. Gleichzeitig verurteilen wir alle heuchlerischen Verdammungen der Selbstmordanschläge, die darauf hinarbeiten, die faschistische Besatzung des zionistischen Staates aus der Schusslinie zu nehmen.

Eindrücke – Jubiläumsausstellungen in Trier

200. Geburtstag von Karl Marx

Seit Mai 2018 wollten wir die großen Jubiläumsausstellungen in Trier zum 200. Geburtstag von Karl Marx besuchen. Das haben wir auf den letzten Drücker erst in der letzten Woche der Ausstellung Mitte Oktober 2018 endlich geschafft.

Nach fast dreistündiger Fahrt sind wir am Rheinischen Landesmuseum angekommen und haben eine „Karl-Marx-Card" erworben, mit der wir alle vier Museen besuchen konnten. Unter dem Titel ***„Leben.Werk. Zeit."*** 1818-1883 wurde der intellektuelle wie politische Werdegang von Marx auf rund 1 000 qm Ausstellungsfläche nachgezeichnet.

Beim Eintritt hat ein Museumsmitarbeiter uns einige Informationen über die Ausstellung gegeben. Seiner Meinung nach müssten wir nach zwei Stunden hier fertig sein und sollten lieber noch andere parallel laufende Ausstellungen besuchen.

Wir haben allgemein gemerkt, dass die MuseumsmitarbeiterInnen keinen längeren Aufenthalt der Besucher wünschen und von der Ausstellung nicht so begeistert waren. Für sie war es eine Pflichtveranstaltung. Erfreulich war, dass viele Schülergruppen die Ausstellung mit ihren Lehrern besucht haben.

Der Ausstellungsteil im Rheinischen Landesmuseum machte die Besucher sowohl mit der Epoche als auch mit dem Werk von Karl Marx vertraut. Mit den Bildern, Gemälden, Skulpturen und kulturhistorischen Objekten wurden der Bevölkerungswachstum, die schnelle Industrialisierung, die soziale Frage, die Revolutionen und die sich organisierende Arbeiterbewegung thematisiert.

Die Entwicklung von Karl Marx wurde gezeigt: Vom hegelschen Denken geprägten Philosophen, der erst Radikal-Demokrat war, dann Kommunist wurde, der Journalist, politisch Handelnder und Revolutionär war, Politökonom und Universalgelehrter wurde.

Besondere Schwerpunkte waren die Revolution von 1848 und beispielhaft für sein Werk: Die zum Weltkulturerbe der UNESCO gehörenden Schriften, das „Manifest der Kommunistischen Partei" und „Das Kapital". Außerdem wurde „Das Kapital" als theoretische Schrift mit Bildern und Objekten zur Aufdeckung der kapitalistischen Produktionsweise visualisiert (sogenannte Marxmaschine).

Am Anfang war der Stammbaum der Familie von Westphalen (Jenny Marx, geb. von Westphalen) und von der Familie Marx an der Wand zu sehen. Danach war die Geschichte der Stadt Trier (Armut, Weinbau, religiöses Leben, die Familien Marx und von Westphalen) mit Bildern und mit digitalen Texten (an den kleinen Bildschirmen zu lesen) dargestellt. Genauso wurde die historische Entwicklung der anderen Marx-Städte – Bonn, Berlin, Paris, Brüssel, Köln und Manchester – erklärt.

Für diese Ausstellung wurden Bilder, Gemälde und Skulpturen aus verschiedenen Museen, Deutschland, Frankreich, Belgien, Niederlande, Österreich und aus der Schweiz und Privatsammlungen ausgeliehen. Es war so interessant, dass wir bis zum Schluss im Museum geblieben sind. Leider durften wir hier keine Fotos machen.

Am zweiten Tag haben wir das Karl-Marx Haus besucht. Das Geburtshaus von Marx wird seit 1968 von der Friedrich-Ebert-Stiftung als Museum betrieben.

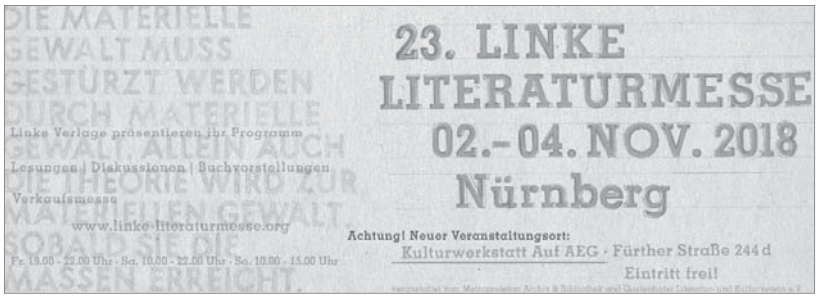
Am Eingang wurde über einen sehr großen Bildschirm ein Menü zur Auswahl der acht Städte – Trier, Bonn, Berlin, Köln, Paris, Brüssel, wieder Köln und London – in denen Karl Marx gelebt hat, angeboten, um eine kurze Biographie zu zeigen. Wir haben in einem Familienalbum mit Original-Bildern geblättert. Im Garten machten wir einige Fotos mit der Karl Marx Büste.

In dieser Ausstellung wurde der Schwerpunkt auf die Wirkungsgeschichte von Marx' Ideen bis in die Gegenwart gelegt. Sein Lebenswerk und sein globales Netzwerk wurden mit den Bildern und Skizzen an den Wänden erklärt bzw. dargestellt. Diese Ausstellung ist eine Dauerausstellung und läuft unter dem Titel ***„Von Trier in die Welt: Karl Marx, seine Ideen und Ihre Wirkungen bis heute".*** Hier haben wir auch fast vier Stunden verbracht und viele Fotos gemacht.

Am Nachmittag sind wir weiter zum Stadtmuseum Simeonstift gelaufen. Unter dem Titel ***„Stationen eines Lebens"*** wurde die bewegte Biographie von Karl Marx, die in 1818 in Trier anfing, auf einer Ausstellungsfläche von knapp 600 qm nachgezeichnet. Gleich am Eingang wurden die Städte, in denen Karl Marx gelebt

hat, an der Wand auf einer großen europäischen Landkarte markiert. Große Porträts wurden auf der Fläche des Museumsaufzugs in schwarz-weiß visualisiert.
In einem Rundgang wurde der Lebensweg von Marx anhand der Stationen seines Lebens mit den wichtigen Entwicklungen und Wendepunkten anschaulich gemacht. Über seine Kindheit und Jugend in Trier, über die Studienjahre und erste Berufserfahrungen wurde berichtet. Sein Netzwerk in den Städten, in denen er gelebt hat, wurde visuell dargestellt und eine kurze Biographie der Kontaktpersonen konnten die Besucher an einem kleinen Bildschirm auf jeder Station lesen.
Wir sind bis zum Schluss hier geblieben. Danach sind wir zur großen Karl Marx Statue auf dem Simeonstiftplatz neben dem Museum geschlendert. Diese Riesenstatue ist ein großer Besucher-Magnet und beliebtes Fotomotiv. Am nächsten Tag unternahmen wir einen Spaziergang entlang der Mosel bis zum „Zurlaubaner Ufer". Anschließend haben wir die wunderschöne, historische Altstadt mit interessanter Architektur und die älteste Löwen-Apotheke von 1242 bewundert.
Wir kamen am Dom vorbei, von weitem hörten wir schon Stimmen über Megafon und sahen eine Menschenansammlung, die eine Kundgebung veranstaltete. Wir freuten uns und dachten, es wäre eine Demo im Sinne von Marx. Weit gefehlt! Es ging dabei um Religionsfreiheit und auf den Plakaten stand „Lasst uns unseren Glauben!".
Enttäuscht und mit der Bemerkung, Marx würde sich im Grabe umdrehen, wenn er wüsste, dass sich die Geister nach 200 Jahren nicht einmal in seiner Geburtsstadt wesentlich verändert haben, zogen wir weiter. Obwohl er damals schon festgestellt hat, dass Religion „Opium für das Volk" ist.
Danach haben wir uns wieder für einen zweistündigen Aufenthalt im Stadtmuseum Simeonstift entschieden, da wir wegen der Zeit manche Stationen nicht genug anschauen konnten. Nach unserem Besuch haben wir uns mit einem Museumsmitarbeiter unterhalten. Auf unsere Frage wegen der Ausstellungszeit hat er uns erzählt, dass die Ausstellung bis zum Jahresende verlängert werden sollte. Das hat nicht geklappt, da andere Museen ihre Leihgaben zurück haben wollten. Außerdem gab es ein Kinderquizheft unter dem Motto „eine Museumsrallye für Kinder", in dem einige Fragen über die Ausstellung aller Museen gestellt wurden.
Wir waren von der Ausstellung sehr begeistert, dass so ausführlich mit historisch bedeutenden Gegenständen und Originaldokumenten über Karl Marx berichtet wurde. Obwohl die Ausstellung gezielt Karl Marx als großen Denker präsentierte, kritisiert sie aber gleichzeitig Sozialisten bzw. Kommunisten. Diese würden Karl Marx missverstehen und ihn für ihre Machtansprüche missbrauchen.
Kein Wunder, wenn die Kapitalisten seine Ideen nicht vernichten können, wird Karl Marx nur als großer Philosoph propagiert. Zum Schluss wird er sogar degradiert, indem behauptet wird, er habe sich in zu vielen Themen verzettelt und geirrt.
Aber wir wissen, dass das Gespenst des Kommunismus trotz der Verleumdung und Verfälschung weiter umgeht!

Mit rotem Gruß TA LeserInnen-Gruppe



Neues – Aufregendes – Spannendes!

Zum ersten Mal an einem neuen Ort, der Kulturwerkstatt auf AEG! Vom 2. bis 4. November ging die 23. Linke Literaturmesse an den Start. Das Orga-Team hat uns in hellen Räumen empfangen. Am Eingang des großen Saales haben wir unseren Büchertisch neben anderen Organisationen und Verlagen aufgebaut.

Auftakt am Freitagabend war – wie jedes Jahr – die **Podiumsdiskussion**. Diesmal zum Thema: *„68' da war doch was. 50 Jahre ist es nun schon her, dass 1968, ein weltweites Aufbegehren gegen die bestehende kapitalistische Ordnung, für Schlagzeilen und so mancher Orts auch erschrockene Reaktionen der herrschenden Klasse sorgte. Angesichts des Jubiläums bieten uns Teile der bürgerlichen Medienlandschaft einmal mehr ihre Interpretation der Dinge."*

Um eine andere Sicht auf die 68er zu werfen, haben die OrganisatorInnen drei VertreterInnen unterschiedlicher Strömungen eingeladen:

Werner Seppmann, Karl-Heinz Dellwo und Ulrike Heider. **Ulrike Heider** kommt aus der HausbesetzerInnen-Szene und war beim SDS aktiv.[1] Heute ist sie Schriftstellerin.

Ihre Themen sind die Spontiszene und Hausbesetzungen, SchülerInnen- und StudentInnenbewegung, Anarchismus, afroamerikanische Politik und Sexualität. Ihrer Meinung nach existiert heute nur noch unter den „Agrar-RomanktikerInnen" eine bedeutende Bewegung. Die K-Gruppen seien an ihrem Dogmatismus zugrunde gegangen. Die Spontis haben versagt, weil sie ihrem persönlichen Kampf Vorrang vor dem politischen gegeben haben. Die AnarchistInnen sind verschwunden, weil sie vergessen wurden.

Werner Seppmann, Mitherausgeber der Marxistischen Blätter und beteiligt am Projekt Klassenanalyse, Vorstand der Marx-Engels-Stiftung und Aktivist der DKP. Seiner Auffassung nach hat sich die Arbeiterklasse bis heute nicht von der Niederlage im Mai 1968 in Paris erholt.

Karl-Heinz Dellwo kommt aus der Bewegung der Stadtguerillagruppe RAF und ist heute als Autor und Verleger von Literatur und Filmen aktiv.

Die Podiums-TeilnehmerInnen haben viele Differenzen untereinander. Zum Beispiel, ob die 68er den konkreten Charakter der Herrschaft erkannten, ob das eine reine Studierendenbewegung gewesen sei, ob eine Avantgarde sich herausgebildet hatte, und wenn ja, wer diese gewesen sei, usw. Leider entwickelt sich keine wirkliche Diskussion und das Publikum kann auch keine erhellenden Erkenntnisse mitnehmen.

Ein Teilnehmer kritisiert, dass die deutsche Linke sich heute nur auf sich selber konzentriere und eurozentristisch argumentiere. In den abhängigen Ländern fanden in den 68ern antiimperialistische Befreiungskämpfe statt und mit keinem Wort wird auf dem Podium darauf eingegangen. Wesentlich mehr konnte nicht gesagt werden, denn die Thesen der ReferentInnen sind viel zu lang. Die Zeit ist nach ein paar wenigen Diskussionsbeiträgen schon vorbei.

Die wirklich spannenden Fragen aus der Ankündigung werden nicht beantwortet: *„68' – wie kam es dazu, was waren die gesellschaftlichen Voraussetzungen der Revolte. Was waren die Ziele der Bewegung. Was wurde erreicht und wie entwickelte sich das Ganze in den Jahren danach weiter?"*

Am **Freitagabend** haben wir uns mit vielen TeilnehmerInnen in dem Stadtteilladen Schwarze Katze zum gemütlichen Zusammensitzen getroffen.

1 Sozialistischer Deutscher Studentenbund 1946-1970. Hochschulbund der SPD, bis sich im Mai 1960 der Sozialdemokratische Hochschulbund (SHB) von ihm abspaltete. Im November 1961 schloss die SPD den SDS aus. Von 1962 bis zur Selbstauflösung 1970 war der SDS die linke Studentenorganisation.

Am **Samstag** um 12 Uhr ging's weiter. Das Programm hat vier parallele Veranstaltungen angeboten. Ich gehe zur Buchvorstellung von **Kurt Baumann und Gerrit Brüning**, ***„Die Novemberrevolution 1918/19. Ereignis, Deutung, Bedeutung",*** Marx-Engels-Stiftung & Neue Impulse Verlag.

Das Buch ist eine Zusammenstellung verschiedener Beiträge zum Thema. Einige befassen sich speziell mit den ideologischen Kämpfen innerhalb der SPD und der USPD [2] bis zur Gründung der KPD. Der Beitrag des Referenten im Buch lautet: ***„Erziehung der Arbeiterjugend zum Klassenbewusstsein Deutsche Hamburger Arbeiterjugendbewegung in Weltkrieg und Novemberrevolution"***. Darüber berichtet er konkret:

Eine starke Fraktion innerhalb der Arbeiterjugend, die der Gruppe Internationale nahestand, organisierte sich illegal. Ihre Agenda war eine praktische Antikriegspolitik. Sie organisierte Kundgebungen gegen den Krieg und den Burgfrieden. Einer der damaligen SPD Gewerkschaftssekretäre stellte sich gegen die Jugendorganisation und versuchte ihre Anhänger zur Kriegsteilnahme zu motivieren. Viele Funktionäre und Mitglieder der Arbeiterjugendbewegung wurden als Soldaten zwangseingezogen. Am 26. und 28. Oktober 1918 gründete die Gruppe „Freie sozialistische Jugend Deutschlands" mit.

Viele Fragen werden gestellt. Warum dauerte es so lange, bis die KPD gegründet wurde? Die Zustimmung der SPD zu den Kriegskrediten hat doch schon lange vorher gezeigt, welchen Weg die SPD eingeschlagen hatte.

Der Referent weist darauf hin, dass die **Einheit der Partei** lange Zeit im Vordergrund gestanden hat. Deshalb hat auch Karl Liebknecht – aufgrund des Fraktionszwangs – bei der ersten Abstimmung über die Kriegskredite am 4. August 1914 zugestimmt.

Eine weitere Frage lautet: Hat die Gründung der KPD zur Spaltung innerhalb der Arbeiterklasse geführt und wurde der Kampf gegen den Hitler-Faschismus dadurch geschwächt? Der Referent bewertet die Trennung der KPD von der SPD als einen notwendigen Schritt. Nach dem Motto: **Klarheit vor Einheit**. Allerdings, so seiner Meinung nach, habe die Spaltung objektiv den Sieg der Nazis erleichtert. Wobei Auslöser der Spaltung aber die SPD und die Zentristen waren, die den imperialistischen Krieg verteidigten. Die KPD hat für die Einheit der Arbeiterklasse gekämpft. Die Zentristen unter Kautsky vertraten beispielsweise, in Kriegszeiten muss die deutsche Arbeiterklasse gegen die ArbeiterInnen anderer Länder kämpfen. Nur in Friedenszeiten könne es Frieden unter den ArbeiterInnen geben. Nach dem Motto: Um den Frieden zu wollen, mach ich den Krieg mit!

Eine Nachfrage wird zu der Parole „Alle Macht den Räten" gestellt. Der Referent führt aus, die KommunistInnen in der **Sowjetunion** haben es richtig gemacht. Sie hätten erst 1917 – als sich die richtigen Positionen in den Räten durchgesetzt hatten – die Losung ausgegeben: „Alle Macht den Räten". Rätedemokratie ist kein demokratisches Spiel sondern Klassenkampf. In **Deutschland** seien die Räte nicht bereit gewesen, vorwärts zur wirklichen Revolution gegen den Staat zu marschieren.

Weitere Fragen werden zum **„Linksradikalismus"** gestellt und zu den **revolutionären Obleuten**. Warum diese zum Beispiel nicht in die KPD aufgenommen wurden.

Die Veranstaltung ist insgesamt sehr informativ. Aber leider ist keine Diskussion möglich, weil die Zeit zu kurz ist. Wir hätten sicher noch viel auch über manche falsche Positionen des Referenten zu den Lehren aus der Novemberrevolution und seine Haltung zur SED und zu Ulbricht diskutieren können.

Um 13 Uhr besuche ich die Buchvorstellung von **Werner Seppmann, *„Es geht ein Gespenst um in Europa"*,** Mangroven Verlag.

Thema ist, *„Rechte Mobilisierung zwischen Populismus und Neofaschismus sowie Linke Alternativen."*

Seine Grundthese lautet, die Linke habe die Erwartung, die nun schon seit zwei Jahrzehnten währenden Krisentendenzen würden zu progressiven Grundtendenzen führen.

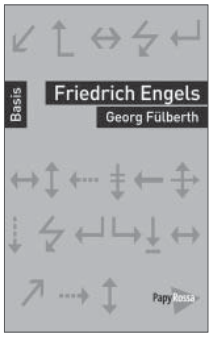
Stattdessen sammeln sich viele „ProtestwählerInnen" hinter der Fahne der AfD. Aber nicht nur dies, er stellt gleich klar, dass 20 Prozent der deutschen Bevölkerung antisemitische und 30 Prozent reaktionäre Meinungen vertreten. Es handele sich also nicht nur um reine ProtestwählerInnen bei der AfD.

Die AfD sei eine rechtspopulistische Partei mit Tendenzen zu einer neofaschistischen Partei. Die Rechtsextreme habe spätestens seit Chemnitz an Zulauf gewonnen. Historisch haben die bürgerlichen Parteien diese Rechtsentwicklung vorangetrieben, bei-

2 Die USPD (Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands) spaltete sich 1917 von der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD) ab.

spielsweise durch die Demontage des Asylrechts, der Verschärfung der Polizeigesetze. Die SPD sei die Speerspitze dieser Entwicklung.
Die sich immer weiter öffnende soziale Schere, Armut und Orientierungslosigkeit führen zum Erfolg der Rechtspopulisten.
Ich bemängele an seinem Vortrag, dass folgende Faktoren, die ebenfalls zu dieser Entwicklung geführt haben, fehlen: Die Korruption der bürgerlichen Parteien und die Abwendung der Linken von der ArbeiterInnenklasse. Zudem kritisiere ich den Begriff rechtspopulistisch, der den Charakter der AfD verharmlost, denn diese Partei ist eine faschistische Partei. Was macht eine faschistische Partei aus?
Ihre Demagogie, die offene Zusammenarbeit mit Stiefelfaschisten/Schlägertruppen und die Ablehnung (wenn auch nur in Teilen) der bürgerlichen Demokratie zugunsten einer offen kapitalistischen Diktatur. All dies trifft auf die AfD zu.
Seppmann entgegnet, wenn man die AfD als faschistisch bezeichnet, verharmlost man den Nationalsozialismus. Leider zeigt sich auch hier, selbst ein Theoretiker wie Seppmann hat den Unterschied zwischen faschistischer Partei und Faschismus an der Macht nicht verstanden.

Die Veranstaltung von **Georg Fülberth zu seinem Buch *„Friedrich Engels“,*** PapyRossa Verlag ist mein Nachmittagsevent..

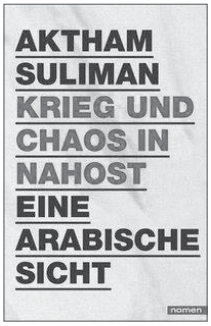


Für den Autor ist Engels – mehr noch als Marx – einer der ersten „Operativen Intellektuellen“. Engels Beitrag sei der nichtökonomische Teil des historischen Materialismus. Aus seiner Feder stammen Erkenntnisse, wie *„das Patriarchat ist das Grundübel der Weltgeschichte und die Niederlage des weiblichen Geschlechts.“*
Mit seinem Aufsatz „*Umrisse zu einer Kritik der Nationalökonomie*“ (Januar 1844) habe Engels auch seinen Teil zur Kritik an der Politischen Ökonomie beigetragen.
Betrachtet mensch die Bücher, die wir an unserem TA-Büchertisch verkaufen, sind auch einige Engels Biografien darunter. Ebenso wie *„Unser Leben- eine Biografie von Marx und Engels“* von 1984 aus dem Dietz Verlag. In diesen Büchern wird der Beitrag Engels für die Kommunistische Weltbewegung ausführlich dargelegt. Georg Fülberth hat insofern kein wirklich neues Buch verfasst.

Ich habe noch eine weitere Veranstaltung mit Werner Seppmann besucht. Er stellt das Buch ***„Die Entfremdungstheorie bei Karl Marx“*** von **Elmar Treptow**, Mangroven Verlag, vor.

Auch nach diesem Vortrag, der wirklich zum Diskutieren anregte, bleibt leider keine Zeit. Er ist einfach viel zu lang

Eine wirklich informative und zugleich humorvolle Veranstaltung moderiert **Aktham Sulim**. Sein Buch ***„Krieg und Chaos in Nahost – Eine arabische Sicht“***, ist im Nomen Verlag erschienen..



Suliman war von 2002 bis 2012 Deutschlandchef des arabischen Nachrichtensenders Al Jazeera. Er kündigte dort aus Protest gegen die zunehmende Einflussnahme der Herrschenden Katars auf die journalistische Arbeit.
In seinem Buch zeichnet er die Verbindungslinie zwischen Islamischem Staat (IS), Arabischem Frühling, Irakkrieg, 11. September 2001 und Zweitem Golfkrieg nach – aus arabischer und NICHT aus westlicher Sicht. Er selbst sagt dazu: *„Es geht in diesem Buch um eine arabische Sicht, nicht um eine westliche mit dem üblichen Islam-Kartoffelsalat am Ende.“*
Ein Beispiel seines treffenden Humors: *„Mädchenschulen in Afghanistan? Dafür gibt es nur **Eine** Baufirma – die Bundeswehr!“*

Um 20 Uhr startete unsere **Diskussionsveranstaltung *„Revolution – gab es auch in diesem Lande!“***, zur **Novemberrevolution**.
Auch wir sind auf eine Stunde beschränkt. Da wir unbedingt mit den TeilnehmerInnen eine Diskussion führen wollen, haben wir unseren Input sehr knapp gehalten. Sinngemäß führt unser Referent aus: Ja, es gab auch in diesem Lande 1918 eine Revolution.
Für die bürgerlichen Medien und PolitikerInnen ist die Novemberrevolution lange eine „vergessene“ Revolution. Zum 100. Jahrestag wird sie plötzlich als großartiges Ereignis, „für unsere Demokratie“ hervorgeholt, die es zu schätzen und zu verteidigen gelte.
Für die linke politische Bewegung, für KommunistInnen ist die Novemberrevolution eine „unvollendete“ Revolution. Sehr unterschiedliche Einschätzungen über ihren Weg, ihre Erfolge und Niederlagen werden debattiert.
Im Zuge des Ersten Weltkriegs reifen in mehreren Staaten revolutionäre Situationen heran. Auch in

Veranstaltungsankündigung
Revolution – gab es auch in diesem Lande!
Veranstaltung zur Novemberrevolution
1918 begann mit den Aufständen der Matrosenverbände in Kiel ein revolutionärer Prozess. Die Monarchie wurde gestürzt, die Republik ausgerufen. Die Unterdrückten hatten den Weltkrieg satt und gingen auf die Straßen, streikten. Der Verrat, ausgerechnet der SPD, die vier Jahre zuvor mit der Bewilligung der Kriegskredite Deutschlands Kriegsführung unterstützte, förderte die blutige Niederschlagung der Revolution in Deutschland. Unter der Federführung des SPD Reichswehrministers Gustav Noske wurden Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht von Freikorps-Militärs grausam ermordet. VeranstalterIn: Zeitschrift Trotz Alledem

Deutschland. Die Herrschenden können nicht mehr so regieren wie bisher und die Unterdrückten wollen nicht mehr so leben wie bisher.
Während des Kriegs flammen immer wieder Streiks und Proteste auf. Allein von 28. Januar 1918 bis 4. Februar 1918 streiken 1,5 Mio. ArbeiterInnen.
Am 3. November 1918 weitet sich zum Aufstand gegen den Krieg aus, was am 28. Oktober mit einer von Kieler Matrosen und ArbeiterInnen organisierten Anti-Kriegs-Kundgebung begann. Bis zum 8. November organisieren sich in fast allen großen Städten Arbeiter- und Soldaten-Räte. Am 9. November 1918 muss der Kaiser abdanken.
Die objektive Möglichkeit für eine sozialistische Revolution entsteht. Beginnend mit der Niederschlagung von revolutionären Aktionen, der Ermordung von Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg, anderer KommunistInnen und ArbeiterInnen wird die Weiterentwicklung zu einer sozialistischen Räterepublik abgewürgt. Auch wenn der Kampf der ArbeiterInnenbewegung und der kommunistischen Kräfte noch bis ins Jahr 1924 angedauert hat.
Die KPD wird erst nach der Novemberrevolution am 1. Januar 1919 gegründet. Ein wichtiger Fehler der KommunistInnen, die sich zu spät von der Sozialdemokratie, der SPD trennen. Obwohl Rosa schon früh die Sozialdemokratie als „stinkenden Leichnam" gegeißelt hat und Kommunisten wie Fritz Heckert und Franz Mehring die Trennung von der Sozialdemokratischen Partei einfordern.
Die SPD, Scheidemann, Ebert und Noske, die führenden SPD-Politiker haben nach der Novemberrevolution im Dienste des deutschen Imperialismus mit allen Mitteln die sozialistische Räterepublik bekämpft. Während sie die KommunistInnen, Rosa und Karl hinschlachten, schwören sie auf „Demokratie und Sozialismus".
Noske erklärt, nachdem er am 6. Januar 1919 zum Oberbefehlshaber beauftragt wird: *„Die Einigkeit der Arbeiterklasse muß gegen Spartacus stehen, wenn Demokratie und Sozialismus nicht untergehen sollen."* [3]
Am Ende des Referats werden kurz einige Schlussfolgerungen für uns heute gezogen. Die wichtigste ist, für alle RevolutionärInnen, für alle KommunistInnen steht als Hauptaufgabe der Aufbau einer Kommunistischen Partei an. Ohne solch eine Partei können die ArbeiterInnenklasse, die Werktätigen weder für die Revolution aufgeklärt und gewonnen werden, geschweige denn organisiert für die Revolution kämpfen.
Nach dem Referat werden verschiedene Fragen gestellt. Wann ist klar, dass die Arbeiterklasse für die sozialistische Revolution bereit ist, wann ist der richtige Zeitpunkt? Der Referent führt die Entwicklung in Russland von der Februarrevolution bis zur Oktoberrevolution 1917 an. Welche Taktik die Bolschewiki angewendet haben, wird veranschaulicht.
Ein junger Mann hat der These der gewaltsamen Revolution widersprochen und die Gründung der Münchener Räterepublik als friedliche Machteroberung dargestellt. Der Referent und andere TeilnehmerInnen stellen die tatsächlichen Fakten dagegen. Die Novemberrevolution war ein gewaltsamer Umsturz und die Münchener Räterepublik ein Produkt der Revolution. Zum damaligen Zeitpunkt war es konkret die Gewalt der Massen, die die Revolution möglich machten.

Wir empfehlen unseren LeserInnen diese Broschüre über die Novemberrevolution von perspektive Kommmunismus:
mail@perspektive-kommunismus.org

Eine lange Diskussion lief mit den Genossen vom Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD und FDJ-Gruppe Nürnberg. Die Frage ist, was sollen oder müssen wir heute tun, um eine KP aufbauen zu können. Wie können wir die ArbeiterInnenklasse dazu bringen, dass sie streikt, Fabriken besetzt und für die sozialistische Revolution den Kampf aufnimmt. Wir konnten uns nicht einigen. Dank auch der Tatsache, dass unser Veranstaltungsraum nicht weiter belegt ist, diskutieren wir sehr viel länger als vorgesehen war – fast zwei Stunden.

Für **Sonntagmorgen** ist das Verlagsplenum angesetzt, an dem wir uns auch beteiligen. Die OrganisatorInnen stellen klar, die neue Location ist nur ein Aus-

3 Dokumente zur deutschen Geschichte, 1917-1919, S. 106

weichraum, der aber zu teuer ist. Das können sich die VeranstalterInnen nicht wirklich leisten.
Sie freuen sich über die Teilnahme neuer Verlage, die für die Linke Literaturmesse gewonnen werden konnten. Ein Poetry Verlag, politische Comicverlage sowie einige Andere. Aufgrund des riesigen Interesses war das Programm so dicht und eng. Darum konnte jeweils nur eine Stunde pro Beitrag vergeben werden.
Einige Veranstaltungen wurden aus Zeitmangel abgelehnt. Eine kurze Diskussion kam auf, wie es sein könne, dass ein Vertreter der DKP für die 1968er reden konnte. Das sei ein NoGo.
Wir entgegneten, in der Podiumsdiskussion haben unterschiedliche VertreterInnen in einer Breite gesprochen, wie sie die Linke Literaturmesse darstelle. Von AnarchistInnen, GraswurzelrevolutionärInnen über ehemalige RAF-Mitglieder bis hin zu KommunistInnen. Aus Zeitmangel wurde die Diskussion aber nicht weitergeführt.
Für nächstes Jahr planen die OrganisatorInnen einige Beiträge und Veranstaltungen zu „**2019 – 1999: 20 Jahre Jugoslawienkrieg“**.
Wir bedanken uns bei dem VeranstalterInnen-Kollektiv für die freundliche Atmosphäre, die tolle Bettenbörse, die Verpflegung und die insgesamt sehr gut gelungene Organisation der 23. Linken Literaturmesse.

---

*Die **24. UN-Weltklimakonferenz** „tagte“ vom 3. bis 15. Dezember 2018 in Katowice/Polen. Fast 200 Länder ignorierten weitgehend kollektiv die verheerenden Ursachen und Auswirkungen der Vernichtung unserer Lebensgrundlagen. Dürre-Sommer, Überflutungen, Waldbrände, Tornados, Gletscherschmelze ... Die „Weltgemeinschaft der Herrschenden“ dokumentiert lediglich. Keine Sanktionen, kein Umschwenken und keine Reduktion der CO2-Emissionen – die Erderwärmung wird billigend in Kauf genommen. Hauptsache, die Profite steigen!*
Ein Puzzlestück der katastrophalen Umweltpolitik der Bundesregierung: Die geplante Abholzung der letzten Waldflächen des Hambacher Forstes. Phantasievoller, militanter Widerstand konnte nur vorübergehend die Rodung stoppen. Aktuell laufen Polizei-Razzien gegen die WaldbesetzerInnen-Camps und Baumhäuser weiter. Am 8. Oktober demonstrierten und feierten wir zusammen mit Zehntausenden AktivistInnen den Widerstand direkt am Hambacher Forst.

Nehmt ihnen – eh sie verbrannt die Erde aus der Hand!

Wir sind ArbeiterInnen und kommen aus verschiedenen Betrieben. Wir sind GewerkschafterInnen und KommunistInnen. Der internationale Kampf für den Erhalt und Schutz unseres Planeten und die Lebensgrundlagen aller werktätigen Menschen ist für uns untrennbar mit dem Kampf für bessere Arbeits- und Lebensbedingungen.

Respekt und Solidarität für alle WaldschützerInnen und BaumaktivistInnen!

Respekt und Solidarität für alle,

die den Parolen von RWE, Reul und Co keinen Glauben schenken!
Respekt und Solidarität für HAMBI!
Der Kampf um den Erhalt dieses 12 000 Jahre alten Waldes steht bei uns heute stellvertretend für alle Kämpfe auf dem Erdball um die Zukunft unserer Lebensgrundlagen, um unsere Zukunft auf einem lebendigen Planeten.
Das kapitalistische Herrschaftssystem macht Halt vor gar nichts – Es geht einzig und allein um die Steigerung der Profite. Komme, was da wolle.
Mutig stellen sich international immer wieder Menschen – zum Teil mit ihrem Leben – gegen die Zerstörung unseres Planeten!
Gegen die Verseuchung ganzer Regionen durch Ölförderung in Nigeria, Brandrodungen im Amazonasgebiet, Zwangsumsiedlungen, Müllverklappung … und das sind nur wenige Stichworte.
Hambi und Kerpen-Buir und Immenrath – das ist hier – unser Revier. Egal woher wir kommen.
Hambi soll abgeholzt werden für die Gewinne eines der größten Energiemonopole. Abgeholzt für die Braunkohleförderung von RWE. Klimaziele? Was interessiert das RWE. Kohle ist ineffizient, Klima- und Landschaftskiller Nr. Eins. Das wissen wir seit Jahren – dennoch dürfen RWE und Co immer weiter machen. Der Staat ermöglicht es. Was können wir von diesem Staat erwarten? Nichts anderes! Nur mit massiven, hartnäckigen Protesten und Widerstandsbewegungen weltweit konnten überhaupt die paar mageren Klimaschutzziele durchgesetzt werden.

Das sagt uns: Nicht dem Staat vertrauen – auf die eigenen Kräfte bauen!

Seit dem 12. September lässt die NRW-Landesregierung im Auftrag von RWE mit schwerem Gerät und Tausenden von Polizisten den Hambacher Wald räumen. Ohne Rücksicht – brutal! Vielfach dokumentiert bei hambach-forst.org.

Es regt sich Kritik – auch bei Gewerkschaften: Die Gewerkschaft der Polizei will angeblich „reden statt roden". Ein schöner Wunsch … Nein, die Polizei ist das Instrument der Staatsgewalt und da der ja für RWE und alle anderen Konzerne ist… was also erwarten wir?

Der NRW-Landesverband von ver.di will, dass mit weiteren Rodungen gewartet wird, bis die so genannte Kohlekommission ein Ergebnis vorlegt.

Auch ein schöner Wunsch … abgesehen davon, dass die Kohlekommission nicht in unserem Interesse handeln wird.

Unverrückbar an der Seite von RWE und der Landesregierung steht die Gewerkschaft IG BCE. Angeblich setzt sie sich für den Erhalt von Arbeitsplätzen ein. In der Hauptsache aber hetzt sie gemeinsam mit RWE und Innenminister Reul gegen die „kriminelle" Klimagerechtigkeitsbewegung.

Erstmal – die Arbeitsplätze. Mit RWE sind die ja soooo sicher. Von wegen! Allein durch den aktuellen „Fusions-Deal" von RWE und e.on werden rund 5 000 wegrationalisiert. Wer die Angst der ArbeiterInnen ausnützt, um gegen UmweltaktivistInnen zu hetzen, unterstützt nicht nur einen Konzern, dem unsere Dörfer, Wälder und lebenswerte Zukunft scheißegal ist. Schlimmer: Wer solche Parolen verbreitet, will uns ArbeiterInnen und werktätige Menschen für dumm verkaufen. RWE und Co verfolgen nur ein einziges Interesse, so lang wie möglich, so viel wie möglich, Profit aus der Kohle zu schlagen. Denen sind nicht nur unsere Lebensorte sondern auch unsere Arbeitsplätze komplett egal.

Zum Zweiten – Die IG BCE unterstützt mit ihrer Hetze die brutale Politik gegen Wald und Mensch und fördert die Spaltung der werktätigen Menschen.

Im „Revierappell" von IG BCE wird mit überhöhten Zahlen von gefährdeten Arbeitsplätzen ein Katastrophenszenario herbeigeschrieben.

Die Bundesregierung verlangsamt momentan den Ausbau der erneuerbaren Energien. Dadurch werden Tausende von Arbeitsplätzen in der Solar- und Windenergie vernichtet.

Wo bleibt der Aufschrei?

Lassen wir uns nicht für dumm verkaufen – Wir wissen, wer unsere Unterdrücker, unsere Ausbeuter und ihre Handlanger sind.

Dagegen hilft nur aktiver Widerstand und gemeinsam organisierter Kampf:
Gegen die Machenschaften von RWE und Co
Für bessere Lebens- und Arbeitsbedingungen
Gegen Hetze und Spaltung!

Klimagerechtigkeit fordert Revolution – Alles andere ist Illusion!

Internationale Solidarität hat viele Gesichter – es sind die schönsten auf diesem Planeten!

Raus aus der Kohle!

Rein in den revolutionären Klassenkampf !

Für eine Neue Welt ohne Ausbeutung und Unterdrückung!

#GRENZENLOS
UNITED AGAINST RACISM
Solidarität
STATT
SPALTUNG

OSSIS gegen
RECHTS!
Faschisten gehören in den Knast
und nicht ins Parlament!
(und nicht die CSU vergessen)
www.unentdecktes-land.org

OB FREITAL, CHEMNITZ ODER HAMBURG
RASISSMUS ENTGEGEN TRETEN!

ABOLIS FRONTIERS
THIS WORLD IS OUR WORLD
FOR COMMUNISM
TROTZ ALLEDEM

no borders
alle bleiben
GRENZEN LOSE SOLI-DARITÄT

MIGRATION IST DIE MUTTER ALLER GESELLSCHAFTEN

Federal Ministry of the Interior, Building and Community
Voluntary return
Get up to 12 months' additional financial assistance for housing in your country of origin when you apply by 31 December 2018!
YOUR COUNTRY. YOUR FUTURE. NOW!
REFUGEES WELCOME!
www.ReturningfromGermany.de/en/
U8 Wittenau
2571

STOPPT DAS
POLIZEIGESETZ

FROM ATHENS TO HAMBURG
SMASH RACISM & BORDERS!
REFUGEE
ACCOMMODATION SPACE
CITY PLAZA